Agrar- und Industriestaat.

Eine Auseinandersetzung
mit den Nationalsozialen und mit Professor L. Brentano
über
die Kehrseite des Industriestaats
und zur
Rechtfertigung agrarischen Zollschutzes.

Von
Professor Adolph Wagner.

Jena
Verlag von Gustav Fischer
1901.

Weimar. — Druck von R. Wagner Sohn.

Vorwort.

In dieser kleinen Schrift gebe ich eine Reihe von Artikeln noch einmal heraus, welche in der „Tägl. Rundschau“ von März bis Mai d. J. erschienen sind, aber um viele kleinere und um eine ganze Anzahl größerer Zusätze stark vermehrt. Die Artikel und die jetzige Schrift wenden sich insbesondere gegen zwei Artikelreihen, welche Professor L. Brentano in der „Hilfe“ gegen mich hat erscheinen lassen. Bei der Wichtigkeit der Streitfrage schien mir eine Wiedergabe meiner Artikel als besondere Schrift berechtigt. Sachlich halte ich dabei in letzterer durchaus an meinem in den genannten Artikeln dargelegten und begründeten, von Brentano bekämpften Standpunkt fest, den ich in keinem einzigen Punkte von Bedeutung durch Brentano widerlegt finde. Aber in den umfassenden Zusätzen ist Vieles genauer erörtert und näher begründet worden. Die Schrift hat so einen erheblich mehr als doppelt so starken Umfang als die früheren Artikel erreicht. Das Weitere ergiebt sich aus den ganz neu hinzugekommenen Abschnitten I und VII.

Nach Beendigung des Drucks ist mir der Münchener Vortrag Brentano's „Die Schrecken des überwiegenden Industriestaats“ (Berlin 1901) als nunmehr gleichfalls selbständige Schrift zugegangen. Brentano hat seine Artikel in der „Hilfe“ darin zusammengefaßt und einiges weitere statistische Material beigefügt (s. meine Schrift S. 6ff.).

Berlin, Anfang August 1901.

Adolph Wagner.

Inhaltsübersicht.

		Seite
I.	Der Kampf der Nationalsozialen und Professor L. Brentano's gegen Kornzoll und Agrarstaat und für Industriestaat	1
II.	Zur Auseinandersetzung mit den Nationalsozialen	17
III.	Über Agrarstaat und Industriestaat im allgemeinen	21
IV.	Zur Bevölkerungsfrage	30
V.	Zur Agrarfrage	45
VI.	Zur industriellen und Welthandelsfrage	66
VII.	Ein Schlußwort über L. Brentano's Artikel „Adolph Wagner über Agrarstaat und Industriestaat“	85

I.

Der Kampf der Nationalsozialen und Professor L. Brentano's gegen Kornzoll und Agrarstaat und für Industriestaat.

In dem Streite über den Kornzoll und über die demnächstige Gestaltung unserer auswärtigen Handelspolitik, besonders unseres Zolltarifs, hat sich die kleine, aber achtungswerte Partei der „Nationalsozialen" immer schärfer gegen die Erhöhung des Kornzolls gewandt und dabei zugleich immer heftiger die „Agrarier" angegriffen. Das zeigt sich deutlich in dem Organ der genannten Partei, der Wochenschrift die „Hilfe". Selbst bis zu dem agitatorischen Mittel nach sozialdemokratischem Recept, einzelnen mit Namen bezeichneten bekannten Familien der alten preußischen Grundaristokratie (Familie v. Puttkammer) den „Gewinn" aus etwaiger Kornzollerhöhung nachzurechnen, hat man sich hier verstiegen. Die schwierige Frage des Ob und Wie und Wieweit der Einwirkung des Kornzolls auf den Kornpreis hat man so nicht nur hierbei einfach und allgemein nach freihändlerischer Doktrin und Schablone gelöst, sondern auch gleich die Nutzanwendung dieser „Lösung" auf den einzelnen Fall vollzogen, — ein wissenschaftlich und praktisch gleich unhaltbares Verfahren.

Ebenso hat die „Hilfe" und die von Herrn Pfarrer Naumann und seinen näheren Freunden innerhalb der nationalsozialen Partei gebildete sozialpolitische Gruppe von Jahr zu Jahr sich mehr und mehr in den volkswirtschaftlichen und sozialen Fragen als Vertreterin des Interesses speziell der industriellen Arbeiter entpuppt. Unter anerkennenswerter Festhaltung ihres nationalen Standpunktes haben Naumann und seine Freunde zwar stets scharf für des Reiches Wehr und Waffen, in der Heeres- und Flottenfrage, in der Frage der deutschen Machtpolitik, sich geäußert und Stellung in der Tagespolitik dementsprechend genommen, auch von den Arbeitern diese Stellungnahme verlangt. Aber nach der sozialen Seite sind sie in der Arbeiterfrage doch stark nach links gegangen und haben Fühlung selbst mit

der sozialdemokratischen Partei in dieser Frage gesucht, — freilich ohne für ihre Liebesmühe hier Anerkennung, geschweige Entgegenkommen zu finden.

Auch in der sozialökonomischen Theorie haben jene nationalsozialen Männer immer mehr Neigung gezeigt, sich dem von Bernstein und einzelnen Anderen innerhalb der sozialistischen Doktrin neuerdings eingenommenen Standpunkte zu nähern. Sie vornehmlich, wenn auch keineswegs ausschließlich, vertreten die Ansicht von der „Mauserung" der Sozialdemokratie in Lehre, Agitationsweise, politischer Haltung und betrachten die neuere wissenschaftliche und publizistische Thätigkeit namentlich Bernstein's als ein starkes Ferment für die Entwicklung einer „gemäßigteren" Richtung innerhalb der Sozialdemokratie. Mit dieser Richtung ließe sich paktieren, meinen sie, wie zwar nicht direkt und offen gesagt, aber doch angedeutet wird.

Im Februar d. J. hatte ich eine Rede in der Berliner Generalversammlung der „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer" zu dem hier von anderer Seite behandelten Thema gehalten: „Die sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkte, welche für einen wirksamen Schutz der deutschen Landwirtschaft im Bereich der Zollpolitik maßgebend sind." Diese Rede ist nach dem Stenogramm von dem Bureau jener Vereinigung in Gemäßheit von in der Versammlung geäußerten Wünschen veröffentlicht und in Deutschland und Österreich stark verbreitet worden.[1]) Ich schloß diese Rede mit folgenden Sätzen:

„Ich will ja nicht gewisse große Seiten der modernen Zeit leugnen; ich begrüße mit Freuden, daß Deutschland eine Weltmacht geworden ist und daß unser junger Kaiser auch hier sich als echter Hohenzoller gezeigt hat, indem er sich eine große neue Aufgabe stellt: die Schaffung einer leistungsfähigen Marine, die uns auch England gegenüber einmal unabhängig macht in der Verfolgung unserer eigenen Interessen; — das Alles kann man zugeben, man kann sich freuen, daß die deutschen Schiffe der Handelsmarine, der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Gesellschaft wie des Bremer Lloyd, einen Rekord auf der Ozeanfahrt erreicht haben, sodaß die Engländer mit Neid darauf sehen. Dennoch aber: nicht auf dem Wasser allein wird unsere Zukunft liegen, nein, unsere Zukunft lag und liegt doch noch weit mehr auf dem Lande und so wird es auch bleiben.

„Von diesen Gesichtspunkten aus habe ich mich schon vor einigen Monaten in einer Hamburger Zeitschrift[2]) geäußert, damit lassen Sie mich schließen: „„ein genügender agrarischer Schutz, auch ein höherer als der gegen-

---

[1]) Verlag jenes Bureaus, Berlin 1901, S. W. 18 Hagelbergerstraße.

[2]) Im „Lotsen" in den beiden Artikeln „Zur Frage von Industriestaat und weltwirtschaftlicher Entwickelung" 1900, 1. Jahrg., S. 205—212 und S. 249—255.

wärtige, liegt im nationalen Gesamtinteresse, auch wenn dadurch die Industriestaatsentwicklung — nicht völlig gehemmt, wohl aber zu allseitigem Vorteil der Arbeiter und der deutschen Volkswirtschaft und vielleicht auch die Volksvermehrung verlangsamt wird"".

„Die Erhaltung einer leistungsfähigen deutschen Landwirtschaft bedeutet die Erhaltung des deutschen Volkes in Gegenwart und in Zukunft."

In dieser Rede habe ich meinen Standpunkt in diesen Fragen keineswegs zum ersten Mal und nicht erst seit kurzem so genommen, wie sich aus dem Inhalt meiner dortigen Ausführungen ergiebt, auch in nichts Wesentlichem abweichend von sonstigen öffentlichen Äußerungen von mir in Wort und Schrift in früherer Zeit über die einschlagenden Probleme. Ich werde das unten näher belegen. Namentlich meine ganz kurzen Andeutungen in der Rede über das Bevölkerungsproblem, meine Berührung des Problems von Agrar- und Industriestaat, meine Stellungnahme in der Frage des Kornzolls entsprachen durchaus meinen öfters und seit länger kundgegebenen wissenschaftlichen und volkswirtschaftspolitischen wie sozialpolitischen Auffassungen, konnten also wenigstens diejenigen, welche meine Schriften, Aufsätze und öffentlichen Reden kannten, nicht verwundern. Die Rede bei den Steuer- und Wirtschaftsreformern wurde in der Presse vielfach, beistimmend wie ablehnend, je nach dem wirtschaftspolitischen Standpunkte des Blattes, besprochen. Ähnlich erging es einem Aufsatze verwandten Inhalts von mir in der Wochenschrift „Die Woche" über „die Erhöhung der Getreidezölle und die Verwendung der Zollerträge" (Nr. 9 vom 2. März 1901). Auch die „Hilfe" spielte auf jene Rede in folgendem kleinen Artikel in ihrer Nr. 8 vom 24. Februar 1901 an:

„Professor Adolf Wagner hat sich zum Bundesgenossen der Agrarier gemacht. So ist doch Professor Ruhland, der eben eine neue Methode der Volkswirtschaftslehre entdeckt hat, nicht mehr ihre einzige wissenschaftliche Autorität. Das, was Professor Wagner zu den Agrariern führt, ist nicht eine andere Auffassung der wirtschaftlichen Thatsachen, wie die, die seine akademischen Kollegen haben; nur die Willensentscheidung ist anders, die er auf Grund der festgestellten Thatsachen fällt. Auch er weiß, daß der Zoll den Boden verteuert; aber er will den Agrariern hohe Güterpreise sichern, und darum ist er für den Zoll. Er weiß, daß der Zoll die Herrschaft des Junkertums verlängert; aber er will diese Herrschaft verlängern — und darum ist er für den Zoll. Daß es dieselben Junker sind, die ihn höhnten und verfolgten, wenn er für Arbeiterforderungen und Sozialreform eintrat, weiß er. Aber er will trotz alledem die segnen, die ihm fluchten. Das ist seine Sache, die er allein mit seiner Überzeugung abzumachen hat. Aber er

darf diejenigen nicht schelten, die in diesem Punkte sich anders entscheiden als er — gerade weil sie glauben, in den andern Fragen seine echten Schüler zu sein."

Die „Hilfe" hatte gleichzeitig mit der angesehenen und verbreiteten Berliner Zeitung „Tägliche Rundschau", mit der sie bisher durchaus freundlich gestanden hatte, eine Preßpolemik über andere sachliche und persönliche Differenzen, denen ich fern stand und stehe, aber auch über die Stellung, welche diese Zeitung in der Kornzollfrage und verwandten wirtschaftlichen Fragen eingenommen hatte. In diese letzteren Kontroversen bin ich ohne meine Veranlassung mit hinein gezogen worden. Die Ausführungen der „Täglichen Rundschau" über die neuere Haltung der „Hilfe" und der Nationalsozialen in den Agrarfragen und Arbeiterfragen stimmten indessen durchaus mit den meinen überein und fanden daher meine volle Billigung. Gegenüber der immer einseitigeren Stellungnahme des nationalsozialen Parteiorgans und der immer schärferen agitatorischen Thätigkeit wenigstens eines Teils der Nationalsozialen, besonders in der Agrar- und Kornzollfrage, bei dem tendenziösen Operieren mit dem gehässigen Schlagwort vom „Brotwucher" und von den „Brotwucherern" in der Kornzollfrage, hielt ich es für angemessen, meine Beistimmung zu den m. E. durchaus zutreffenden Ausführungen der „Täglichen Rundschau" ihrer Redaktion, bezw. ihrem Herausgeber Herrn H. Rippler, einmal kund zu thun. Dies geschah in folgendem Brief vom 6. März d. J., den die „Tägliche Rundschau" am 8. März in ihrem Morgenblatt veröffentlichte:[1])

„Hochgeehrter Herr!

„Es freut mich, Ihnen zu Ihren beiden Artikeln über und gegen Pfarrer Naumanns Stellung in der Getreidezollfrage meine vollkommene Zustimmung auszudrücken. Ich schätze Naumann persönlich und politisch, und ebenso manchen seiner Anhänger, aber ich bedauere mit Ihnen, daß diese Nationalsozialen sich immer mehr einseitig doktrinär und agitatorisch verrennen. Es mag oft über einen Byzantinismus „nach oben" geklagt werden, aber ein Byzantinismus „nach unten" gegen die Arbeiter ist um nichts besser und — noch gefährlicher. Diesen finde ich aber bei Naumann und bei einigen seiner jüngeren Mitarbeiter. Auch das ewige Verneigen vor der Sozialdemokratie ist mir allmählich zuwider. Wenn die Herren Kautsky, Bernstein und

[1]) Ich habe mir seinerzeit keine Abschrift dieses Briefes aufbewahrt und das Blatt, in welchem die „Tägliche Rundschau" den Brief abgedruckt hat, auch nicht mehr. Daher drucke ich den Brief nach dem gewiß korrekten Abdruck in Nr. 12 der „Hilfe" vom 24. März 1901 ab, und zwar mit denselben Stellen in durchschossener Schrift wie hier, eine Hervorhebung, die meiner Erinnerung nach nur zum Teil von mir selbst herrührte.

Konsorten sich streiten, wird das mit einer Wichtigkeit behandelt, als ob es sich um die höchsten Dinge der Nation handele, und wenn einer dann wie Bernstein einmal vernünftiger und praktischer schreibt und spricht, so wird es gepriesen, als hinge davon der Welt Heil ab. Die Nationalsozialen, Naumann voran, thun immer so, als ob die sozialdemokratischen Arbeiter das Einzige wären, was zu berücksichtigen sei. Das ist keine geringere Einseitigkeit, als wenn andere nur die Interessen der Börse oder der Großindustrie oder des Großgrundbesitzes gelten lassen. Mit diesem einseitigen Standpunkte Naumanns ist nicht mehr auszukommen.

„Naumann und Dr. Maurenbrecher haben in der „Hilfe" jüngst mehrfach mich in die Diskussion gezogen. Ich habe leider im Augenblick, in der Hetzarbeit des Semesterschlusses und mit anderen Arbeiten und Geschäften überhäuft, demnächst auch verreisend, schlechterdings keine Zeit, ihnen zu antworten. Wenn Sie mir erlauben, werde ich es später in ihrem geschätzten Blatte gerne thun. Einstweilen nur die Bemerkung, daß Sie sich mit vollem Recht neulich auf mich beziehen konnten und Dr. Maurenbrecher kein Recht hatte, dies zu bestreiten. Ich bin auch nicht „unter die Agrarier gegangen", sondern habe die gleichen Ansichten seit Jahren vertreten in meiner „Grundlegung", in Aufsätzen in der „Zukunft", im vorigen Herbst in dem Hamburger „Lotsen", nicht weil ich obstinat den „Willen" habe, „für die Junker" einzutreten, sondern weil ich aus den Thatsachen eben andere Schlüsse ziehe, als Naumann, seine Freunde und seine Autoritäten. Mag Naumann den, der wie ich und andere für die Getreidezölle eintritt, un-nationalsozial nennen: er hat kein Recht, uns „unsozial" zu nennen. Ich bilde mir auch ihm gegenüber ein, gerade als Vertreter des Getreidezolls und der Erhöhung desselben das wahre „soziale" Interesse unserer Volksgesamtheit wahrzunehmen. Und um diese, nicht um die „Arbeiter allein" handelt es sich, die übrigens als Glied der Volksgesamtheit auch ein eminentes Interesse daran haben, daß unsere Landwirtschaft und ländliche Bevölkerung leistungsfähig bleibe oder vielmehr wieder werde.

„Wenn Sie diese Zeilen in Ihrer Zeitung veröffentlichen wollen, habe ich nichts dagegen.

Hochachtungsvollst
Ihr ergebenster
Professor Adolph Wagner."

Wie ich diese Anklagen gegen die Nationalsozialen gemeint habe und daß ich nicht beabsichtigte, ehrenwerte Männer zu verletzen oder zu beleidigen, führe ich unten (unter II) aus. An diesen Brief knüpfte sich die weitere Diskussion mit der „Hilfe" an, worüber die folgenden Abschnitte berichten. Namentlich

die erste Artikelserie von Professor L. Brentano in München u. d. T. „Adolph Wagner und die Getreidezölle" in der Form eines „offenen Briefes an Pfarrer Naumann" („Hilfe" Nr. 11 und 12 v. 17. u. 24. März 1901) war unmittelbar durch meinen Brief an Herrn H. Rippler hervorgerufen worden.

Diese Artikel Brentano's bestimmten mich, sobald ich dazu Muße fand, und in dem Wunsche, einmal einem größeren Publikum eine andere Anschauung der großen Streitfrage zur Kenntnis zu bringen, zur Abfassung einer Reihe von Artikeln zur ganzen Kontroverse, welche in Nr. 149, 159, 165, 167, 193, 201, 205, 223, 225, zwischen dem 29. März und 15. Mai 1901 in der „Tägl. Rundsch." erschienen sind. Eine erschöpfende Behandlung der schwierigen Probleme war in der Tagespresse ausgeschlossen, auch die kritische Erörterung aller Einwände Brentano's und aller seiner einzelnen abweichenden eigenen Ansichten und Lehren hätte viel zu weit geführt. Ich nahm daher nur das in meine Ausführungen auf, was mir für die ganze Streitfrage prinzipiell am wichtigsten und auch für ein größeres gebildetes Laienpublikum von besonderem Interesse erschien. Dieser Gesichtspunkt und die notwendige Beschränkung im Raum bedingten es, daß Manches mehr nur als These kurz hingestellt und Begründungen und Beweisführungen auf das Notwendigste beschränkt wurden. Dies hängt freilich auch mit meiner methodischen Auffassung zusammen, daß in solchen Fragen mit den üblichen „statistischen Thatsachen" nur sehr bedingt etwas „bewiesen" werden kann. Bei diesem Charakter meiner Artikel habe ich auch nicht an deren besondere erneute Ausgabe als eigene Schrift gedacht und mich gegenüber Aufforderungen dazu von verschiedenen Seiten zunächst ablehnend verhalten.

Wenn ich mich jetzt trotzdem dazu entschlossen habe, diese Artikel als Broschüre herauszugeben und zwar im ganzen unverändert, nur mit einigen Zusätzen, so liegt der Grund dafür darin, daß Professor L. Brentano eine zweite umfassendere Reihe von Artikeln als Antwort auf meine Artikel in der „Hilfe" hat erscheinen lassen, u. d. T. „Adolph Wagner über Agrarstaat und Industriestaat" (Nr. 23—28, zwischen 9. Juni und 14. Juli 1901). In einem langen Artikel in den „Münchener Neuesten Nachrichten" „Die Schrecken des überwiegenden Industriestaates" (Nr. v. 3. und 4. Juli d. J.) wird ein Teil seiner Artikel in der „Hilfe" von Brentano wieder zusammengefaßt und in einer heftigen Rede in einer Versammlung der „Nationalsozialen" in München hat Brentano dasselbe Thema noch drastischer zu behandeln gewußt.

Ich könnte ja nun, wenn ich auf alles Einzelne in der Brentano'schen Kritik und Polemik einginge, mit einer entsprechenden Schrift antworten.

Weder an Angriffspunkten noch an Material würde es mir dazu fehlen und auch mit umfassenden statistischen Daten, aus der Bevölkerungs-, Agrar-, Handelsstatistik u. s. w., könnte ich ohne viel Mühe aufwarten. Aber das führte zu einem förmlichen Buche, das zu schreiben mir wenigstens gegenwärtig Zeit, Kraft und Lust fehlt und — das auch zu einem eigentlichen fachwissenschaftlichen Werke werden müßte. Auch für ein solches habe ich mich genügend vorbereitet, Materialien gesammelt und die Probleme allseitig und wiederholt mit strenger Sebstprüfung meiner Argumente durchgedacht. Aber ein derartiges Buch würde dem Zwecke, auf weitere Kreise zu wirken, nicht dienen. Das kann nur eine mehr populär gehaltene kleine Schrift, wie sie meine Artikel, auch mit der Erweiterung durch größere Zusätze, darstellen.

Ich rechtfertige diese im wesentlichen einfache Wiedergabe meiner Artikel aber auch sachlich damit, daß m. E. ihr Inhalt durch die neue Artikelserie Brentano's in keinem wichtigen Punkte erschüttert, meine Auffassung nicht widerlegt ist. Zugleich möchte ich Gelegenheit geben, meine Ausführungen genauer mit denen Brentano's und mit dem, was er aus meinen Ausführungen macht oder herauslesen will, zu vergleichen. So gerne ich zugebe, daß ich über die Form seiner Polemik im ganzen ebenso wenig in seiner Duplik, dieser zweiten Artikelreihe, wie in seiner ersten Serie Klage oder Beschwerde führen kann und will, — auch nicht einmal über seinen liebenswürdigen witzigen Vergleich meiner Wenigkeit mit der „klugen Else“ des „Mährchens“, ein Vergleich, der eben doch im Hauptpunkte, in der Ursache der Befürchtungen, hinkt — so muß ich doch zwischen der ersten und zweiten Artikelserie Brentano's einen bemerkenswerten Unterschied hervorheben. In der ersten referiert er im ganzen richtig und objektiv über meine Ansichten und Lehrmeinungen, in der zweiten übertreibt er in nicht objektiver Weise meine Auffassungen in der Bevölkerungsfrage und von Agrar- und Industriestaat, meine Folgerungen aus diesen Auffassungen, meine Forderungen inbezug auf allgemeine Wirtschafts- und Handelspolitik und — macht sich aus meinen Ausführungen einen Popanz zurecht, gegen den er dann seine Kritik und Polemik richtet. Das läuft aber — der verehrte Kollege nehme mir das nicht übel, wie ich mich über seinen Vergleich mit dem Verfahren der klugen Else auch nur amüsiert habe — auf den Kampf eines bekannten edlen Ritters mit Windmühlen hinaus. Brentano erhebt dabei auch Vorwürfe gegen meine Auffassungen und Forderungen in allerschärffster Tonart und in übertreibenden Redewendungen, nicht nur in der Münchener Rede, sondern auch in den Artikeln der zweiten Serie, besonders in der Bevölkerungsfrage. Diese Vorwürfe lassen mich aber nicht nur kalt, sie treffen

mich auch nicht, weil sie eben Auffassungen zur Voraussetzung haben, die ich nicht vertrete, und Schlüsse, die ich nicht ziehe, die aber aus meinen Auffassungen auch nicht, wie Brentano meint, folgen. Ich werde am Schluß einige Proben davon geben. Meine sachliche Erwiderung auf Brentano's erste Artikelserie enthält daher auch m. E. schon die völlig genügende Antwort auf die zweite Serie. Das, was ich vertrete, hat Brentano in dieser zweiten Serie nicht widerlegt, und das, was er widerlegt, mit kritischen Glossen begleitet und zum Teil mit der Lauge seines Spottes und Witzes überschüttet, zum Teil mit pathetischer Entrüstung abweist — vertrete ich nicht, weder überhaupt, noch in meinen Artikeln. So genügt m. E. der auch durch die jetzigen, zum Teil umfangreichen Zusätze im Hauptinhalt nicht veränderte Abdruck meiner Artikel, um meinen Standpunkt in der Frage von Agrar- und Industriestaat, Bevölkerungs-, Agrar-, Industrie- und Handelsproblemen genügend zur Darstellung zu bringen.

Bei der Bedeutung dieser Probleme für die Wissenschaft wie für die Praxis und bei der leidenschaftlichen Polemik mancher Parteien, Politiker wie Theoretiker gegen die Forderung verstärkten Agrarschutzes ist es aber auch wohl sachlich gerechtfertigt, diese Artikel, welche möglichst objektiv einmal die Kehrseite des Industriestaats zur Darstellung zu bringen suchen, einem weiteren und anderen Kreise des deutschen Publikums auch nach außerhalb des großen Leserkreises der „Tägl. Rundschau" behufs Kenntnisnahme zur Verfügung zu stellen. Von vielen Seiten sind mir schriftlich, mündlich und in der Presse lebhafte Zustimmungen zu Teil geworden, von manchen Seiten, wo ich es nicht erwartet hätte, auch von Männern anderen allgemeinen politischen Standpunktes, keineswegs nur von Konservativen und „Agrariern", von Männern anderer Wissenschaftsgebiete, aber auch gerade aus fachgenossenschaftlichen Kreisen, u. a. auch aus denen jüngerer Fachgenossen, die sonst mehr als ich geneigt sind, die weltwirtschaftliche Entwicklung der Dinge optimistisch anzusehen. So allein, wie z. B. die Hilfe wähnt und spottet, steht meine Auffassung gerade unter den deutschen wissenschaftlichen Nationalökonomen keineswegs. Ich möchte eine ihr wenigsten ähnliche als die im ganzen sogar hier vorherrschende bezeichnen. Ich wüßte z. B. kaum einen, der außer Brentano den Kornzoll im Prinzip verwirft und auch die Aufhebung des bisherigen verlangte, was doch die richtige Folgerung wäre.

So unterlasse ich es, Professor Brentano auf seinen kritischen Bahnen in seiner zweiten Artikelreihe gegen meine Ansichten genauer nachzufolgen. Ich füge nur in den Zusätzen zu den Artikeln und in dem neuen Schlußabschnitt Einiges hinzu, das sich speziell gegen seine Darstellung meiner Auffassungen, Lehren, Folgerungen und Forderungen wendet und zeige dabei

seine hier nicht objektive, sondern tendenziöse Art der Kritik und Polemik. Es liegt mir daran, daß der Leser meinen Standpunkt, meine Auffassungen aus meinen Artikeln selbst kennen lernt. Er kann dann prüfen, ob Brentano sachlich diesen Standpunkt richtig darstellt und zutreffend und durchschlagend widerlegt.

Auch hier möchte ich aber noch einen für mich wichtigen persönlichen Punkt näher berühren und sodann eine allgemeine Bemerkung machen und Verwahrung einlegen hinsichtlich des m. E. wichtigsten in der ganzen Kontroverse mit spielenden Punkts, der Bevölkerungsfrage, auch in Betreff der gegnerischen Beurteilung meiner Stellung in dieser.

Brentano stellt es so hin, als ob ich seit Herbst 1900 eine besondere eigentümliche Entwicklung in der Industriestaatsfrage genommen hätte, einigermaßen in Widerspruch mit meinen eigenen früheren Auffassungen. Er citiert da sogar eine Schrift aus neuester Zeit von mir, meine akademische Festrede an Kaisers Geburtstage am 27. Januar 1900 („Vom Territorialstaat zur Weltmacht"). Er und andere Gegner, auch die „Hilfe", deuten überhaupt Widersprüche von mir in dieser Frage mit meinen sonstigen sozialpolitischen Anschauungen an. Sie weisen spöttisch auf die anerkennenden Worte alter politischer und sozialpolitischer Gegner in der Presse hin, die nunmehr meine Gesinnungsgenossen seien, andeutend, ob mich das nicht stutzig mache und von meinem Irrwege überzeuge.

Ich antworte schlichtweg: Nein! Ich habe aber, seien sie nun richtig oder falsch, wesentlich die gleichen Ansichten über Volkswirtschaft, Agrar- und Industriestaat, Bevölkerungsfragen, Agrarfrage, seit lange gehegt, auch öffentlich litterarisch in wissenschaftlichen Werken wie publizistisch und in Reden vertreten, nebenbei auch lange vor Oldenberg's Leipziger Vortrag. Von irgend einem Meinungswechsel ist also wirklich bei mir hier keine Rede, nicht einmal von einer besonderen Fortbildung meiner früheren Auffassungen. Es sei mir gestattet, das hier zu belegen, da es mir persönlich darum zu thun sein muß, solche leicht einer mißdeutenden Verwertung fähigen Behauptungen zu widerlegen. Ich kann hierbei auch zugleich leicht nachweisen, daß diese Auffassungen einen festen Bestandteil und in mancher Hinsicht den Kern meiner wissenschaftlichen Forschungen und Lehren in meiner Fachwissenschaft, der Sozialökonomik bilden.

Ich verweise namentlich auf meine Ausführungen über Weltwirtschaft in meiner „Grundlegung der allgemeinen und theoretischen Volkswirtschaftslehre", 1. Aufl. (1876) S. 76 ff., 2. Aufl. (1879) S. 79 ff. und besonders 3. Aufl. (1892) I, S. 367 ff., ganz speziell auf den Zusatz S. 368 über die neben günstigen eintretenden bedenklichen Folgen der Weltwirtschaft.

Etwas später habe ich in einem kleinen Aufsatz in der „Zukunft“ (1894, Nr. v. 8. Sept.) über „Industriestaat und Agrarstaat“ bereits meine in den Artikeln der „Tägl. Rundschau“ des Näheren dargelegte „Theorie“ von Agrar- und Industriestaat mit besonderer Bezugnahme auf Deutschland in nuce entwickelt. Ich bin dann auf dem evangelisch-sozialen Kongreß in Leipzig 1897 Oldenberg beigetreten, wesentlich weil ich mit ihm in wichtigen Punkten — wenngleich wir in dem für mich entscheidenden (dem Bevölkerungsmoment) nicht übereinstimmen — die Auffassung über Agrar- und Industriestaat teilte, welche Oldenberg in seinem ganz vorzüglichen Vortrag hier glänzend dargelegt und begründet hat (s. Verhandlungen des evangelisch-sozialen Kongresses 1897 S. 64 ff., Diskussion S. 105 ff.). Meine Stellung zur Frage und speziell auch zu Oldenbergs Behandlung derselben habe ich in einem späteren Aufsatz in der „Zukunft“ (1897, Nr. v. 25. Sept.) über „Deutschland als Industriestaat“ darauf schon etwas näher, aber wesentlich ebenso wie jetzt entwickelt.

Für mich ist indessen, abweichend von Oldenberg — ich weiß von ihm, daß er in diesem Punkte seinen Dissens gegen mich auch gegenwärtig noch festhält — der Zusammenhang der Frage über Agrar- und Industriestaat mit dem sogen. Bevölkerungsproblem nach wie vor der eigentlich entscheidende Gesichtspunkt. Ich bestreite daher auch nicht, daß meine Kritiker mit Recht hier ihre Kritik an meine Auffassungen ansetzen, wenn ich auch nicht zugebe, daß sie meine Ansichten und Lehren immer ganz richtig darstellen und noch weniger, daß sie sie „widerlegen“, auch Brentano nicht. Ich habe nun gerade in der dritten Auflage meiner Grundlegung, hier in diesem Werk in dieser Auflage zuerst, und zwar im 1. Bande (2. Halbbande) im 4. Buch von „Bevölkerung und Volkswirtschaft“ (S. 445 bis 665) meine „nationalökonomische Bevölkerungslehre“ entwickelt, unter Verwertung eines großen statistischen Thatsachenmaterials, aber, worauf ich mehr Gewicht lege, mit weiterer theoretischer Begründung. In letzterer Hinsicht bin ich namentlich in dem Abschnitt von den „volkswirtschaftlichen Folgerungen“ § 250 ff. besonders in § 252 (S. 644 ff.) auf das Problem von Industrie- und Fabrikatenexportstaat, der einen wesentlichen Teil seines Bedarfs an Agrarprodukten, auch Nahrungsmitteln, aus dem Auslande bezieht, eingegangen. Ich operiere hier mit derselben Reihe von Beweisgründen und ziehe dieselben Schlußfolgerungen, wie jetzt, leugne übrigens auch in Betreff des Falls einer steigenden Bevölkerung bei mehr geschlossener nationaler Volkswirtschaft und daher bei Deckung des Bedarfs an Agrarprodukten vornehmlich nur auf und aus dem heimischen Boden die „Übervölkerungsgefahr“ nicht, unter Hinweis auf die Lehre vom „Bodengesetz“. Das Alles ist 1892—93 geschrieben

und 1893 im Druck erschienen — also sind das jedenfalls alt gehegte Auffassungen von mir. Ich kann mich aber auch für meinen Standpunkt in der Bevölkerungsfrage speziell noch auf eine lange vordem erschienene umfassendere Arbeit beziehen: eine Serie von 7 Artikeln, die ich 1880 über „Volksvermehrung und Auswanderung“ in der wissenschaftlichen Beilage der „Augsburger (jetzigen Münch.) Allgemeinen Zeitung“ veröffentlicht habe, die damals auch manche Beachtung fanden.

Ich glaube mit diesem meinem Standpunkte in der Bevölkerungsfrage auch nicht in Widerspruch gekommen zu sein durch meine Stellung in der Frage der Macht- und Weltpolitik des Deutschen Reichs, speziell in der Flottenfrage und in den bezüglichen Finanzfragen, ebensowenig mit meiner Stellung in der allgemeinen Sozialpolitik und in der Arbeiterfrage. Meine von Brentano citierte Rede „Vom Territorialstaat zur Weltmacht“ enthält, neben dem von Brentano herausgehobenen Satze, aber nicht in Widerspruch damit, sondern zur Ergänzung dieses Satzes, Ausführungen über Bevölkerungszunahme und die Bedingungen dafür, über die Fragen von Agrar- und Industriestaat, von Agrarschutz und Kornzoll, die Brentano eben einfach wegläßt, die aber genau, zum Teil wörtlich, denselben Standpunkt in diesen Fragen ergeben (s. in der amtlichen Ausgabe der Rede S. 17 ff.), wie ich ihn in den jetzigen Artikeln vertrete. Es ist schwer verständlich, wie Brentano gerade zwischen dieser, im Januar 1900 gehaltenen, öffentlichen Rede und meinen publizistischen Ausführungen seit dem Herbst 1900 einen unerklärlichen Widerspruch finden will. In allen diesen verschiedenen neueren Schriften und Aufsätzen von mir werden eben nur die verschiedenen Seiten des Problems behandelt, bald die eine, bald die andere mehr, aber Alles aus einem durchaus einheitlichen Gesichtspunkte, wie es Andere z. B. H. Dietzel, auch sehr wohl erkannt haben.

Stets und auch in diesen Fragen und auch jüngst habe ich „Vertreter der unhistorischen, abstrakten, deduktiven, spekulativen Nationalökonomie“, wie mich die Herren der „historischen Nationalökonomie“ gern charakterisieren, aber gerade den Standpunkt der Relativität vertreten, den Brentano, der sich gern zu der „induktiven, historischen Richtung“ rechnet, eben ganz verlassen hat. Auch indem er mir eine absolute Gegnerschaft gegen den Industriestaat und gegen Volksvermehrung nachsagt und daraufhin mich „widerlegt“, thut er mir Unrecht. Denn jede Zeile meiner Schriften, auch der jetzigen Artikel, beweist, daß ich nur relativer Gegner dieser Entwicklungen bin. Letzteres bin ich allerdings, aber eben, weil ich die Wirkungen, Folgen und Begleiterscheinungen dieser Entwicklungen nicht als etwas ohne Weiteres Naturgemäßes, unbedingt Gebotenes, nicht als etwas durchaus Erfreuliches und weil ich die Fortdauer dieser Entwicklungen als

etwas in keiner Weise genügend Gesichertes ansehe, überhaupt nicht, vollends für Deutschland nicht, meinetwegen auf die Gefahr hin, damit als die dumme Else des Märchens nach Brentanos Ansicht zu erscheinen. Mit solchem launigen Vergleich beweist man nur nichts und widerlegt mich nicht.

Nicht Prinzipienfragen, sondern Fragen des Maßes, wie ich es in den Artikeln formuliere, liegen m. E. hier vor, trennen mich von Brentano und der „Hilfe", und diese Fragen des „Maßes" werden eben von uns verschieden beantwortet. In seiner Kritik und Polemik legt Brentano aber gleichwohl mir eine absolute Ansicht, die Neigung zu einem absoluten Ideal und wirtschaftspolitische Forderungen absoluter Art unter, — lauter Dinge, die ich nicht vertrete, weshalb sein Kampf gegen mich hier eben in der That ein Kampf mit — Windmühlen ist.

In den oben genannten Aufsätzen im Hamburger „Lotsen", die ich im September 1900 geschrieben habe, ist dann nur mein früher schon gewonnener Standpunkt zur Frage von Agrar-, Industriestaat und weltwirtschaftlicher Entwicklung festgehalten und mit Rücksicht auf die Phase der Fragen, wie sie damals lagen, und auf neuere Litteratur darüber zur Geltung gebracht worden. Namentlich habe ich mich darin mit den sehr beachtenswerten, von den meinigen wesentlich abweichenden, den Brentano'schen mehr verwandten Auffassungen auseinandergesetzt, welche H. Dietzel in den Schriften „Die Theorie von den drei Weltreichen" und „Weltwirtschaft und Volkswirtschaft" (1900) dargelegt hat.

Wenn mir aber nun von den Gegnern in der „Hilfe" und von Brentano gewissermaßen ein Strick daraus gedreht wird, daß alte, und gemeinsame Gegner, wie die „Schlesische Zeitung", Herr A. Röber im „Rhein. Courier" u. a. m. nun auf einmal sich freundlicher zu mir stellten, mich als eine Art Überläufer zu ihnen betrachteten, so kann für mich dieser Umstand kein Grund sein, meine Ansichten in der Agrarfrage für unrichtig zu halten. Zum Spott der „Hilfe", daß ich dieselben „Junker" in der Herrschaft erhalten wolle, die mich höhnten und verfolgten, wenn ich für Arbeiterforderungen und Sozialreform eintrat, ist ebensowenig Grund. Nebenbei bemerkt habe ich bei den eigentlichen Konservativen und deren Presse, „Kreuz-Ztg." „Reichsbote" u. s. w., bei den echten „Junkern", auch weder Hohn noch Verfolgung erfahren. Diese ist mir immer nur aus den Kreisen der sogen. Freikonservativen und deren Presse, d. h. der im Dienst bekannter Großindustrieller stehenden Presse, wie „Post", „Volkswirtschaftliche Correspondenz", „Berliner Neueste Nachrichten", auch von der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" zu teil geworden. Ich trete für Arbeiterforderungen und Sozialreform nach wie vor ein und kämpfe dabei vielfach und gern weiter Schulter an Schulter mit

den von mir persönlich hochgeachteten und verehrten Nationalsozialen und mit theoretischen Fachgenossen, wie L. Brentano. Freilich weiche ich auch hier gelegentlich in Fragen des Maßes ab. Ich will z. B. nicht mit den Nationalsozialen Gefahr laufen, den Teil für das Ganze zu nehmen, die „Arbeiterklasse“, gar bloß die industrielle, mit allen ihren vielfach berechtigten und auch von mir anerkannten Interessen und gebilligten Forderungen mit dem ganzen Volk mit seinen doch noch höheren und noch berechtigteren Interessen und Forderungen fast zu identifizieren. Ich will daher auch nicht Arbeiterforderungen vertreten, die teils unausführbar sind, teils nicht erfüllt werden können und dürfen, weil sie mit höheren Interessen des ganzen Volks sich kreuzen und diesen, schließlich auch freilich im wahren Interesse der Arbeiter selbst, nachstehen müssen. Ich stimme zwar Brentano in der Anerkennung einer gewissen, nicht unerheblichen prinzipiellen und praktischen Bedeutung der Arbeiterorganisation, des Gewerkvereinswesens, des Arbeiterschutzes bei. Aber ich folge ihm nicht in manche seiner Übertreibungen, eine so überwiegend wichtige, fast allein in Betracht kommende Angelegenheit, wie sie nach Brentano sind, sind mir diese Dinge nicht. Auch verkenne ich manche Bedenken dabei nicht, z. B. in betreff der Arbeiterorganisation, des Gewerkvereinswesens, für allgemeine Interessen der Volkswirtschaft, des Produktenabsatzes, der internationalen Konkurrenzfähigkeit und damit für dauernde Arbeiterinteressen selbst.

Hiervon abgesehen werden mich meine verehrten litterarischen Gegner nach wie vor auf ihrer Seite sehen und „ihre Feinde in sozialpolitischen Dingen werden meine Feinde sein und bleiben“. Die erwähnte freikonservative und großindustrielle Scharfmacherpresse ist mir heute so antipathisch wie jemals früher und — ich ihr ebenso. Aber ein gelegentliches Übereinstimmen stört mich deshalb doch nicht. Auch unter dieser Presse giebt es angesehene und anständige Organe, und zu diesen zähle ich bei aller Meinungsverschiedenheit in vielen Dingen die „Schles. Ztg.“. Ich möchte diese nicht einmal mit den „Berl. Neuesten Nachrichten“, geschweige mit der „Volkswirtschaftl. Correspondenz“ und der Stumm'schen „Post“ oder gar erst mit der würdigen „Norddeutschen Allgemeinen Ztg.“ zusammenwerfen, deren lobende Anerkennung ich, nach früheren injuriösesten grundlosen Angriffen gegen mich, im vorigen Jahre bei Gelegenheit meines Eintretens für die Flottenvermehrung auch über mich habe ergehen lassen müssen, ohne daß ich mich deshalb als Gesinnungsgenosse des Blattes des Herrn Lauser gefühlt hätte oder daß meine „Hochachtung“ vor diesem Blatte eine andere geworden wäre.

Den Nationalsozialen, speziell Pfarrer Naumann, seiner „Hilfe“ und der leider eingegangenen tüchtigen Zeitung „Die Zeit“ behalte ich die dank-

bare Erinnerung für die Unterstützung, die sie mir s. Z. geleistet haben in den Kämpfen mit Stumm und nach meiner „Bochumer Rede“ gegen die Angriffe aus der industriellen Presse und nach den böswilligen Insinuationen der „Nordd. Allg. Ztg.“ gegen meine akademische Lehrthätigkeit vor vier Jahren[1]). Aber deswegen müssen mir die verehrten Herren Naumann und seine näheren politischen Freunde doch ein offenes auch gegnerisches Wort nicht verübeln, wenn ich sie auf falschen Bahnen zu sehen glaube und wenn es sich vollends um so wichtige Dinge wie die unseres jetzigen Streites handelt. Sie sollten mit Brentano zusammen m. E. doch auch nicht übersehen, daß sie mit ihren übertriebenen antiagrarischen Tendenzen schließlich nur für die einseitigen Interessen des Großindustrialismus arbeiten, der neben dem Börsengetriebe bedenklichsten und widerwärtigsten Form des Privatkapitalismus. Sie dürfen sich dann wenigstens nicht wundern, wenn dieser gehegte und gepflegte Großindustrialismus mit seinen Syndikaten, Kartellen u. s. w. schließlich ihnen und uns allen über den Kopf wächst, in seiner erreichten sozialen Machtstellung von arbeiterfreundlichen und sozialreformerischen Forderungen, Arbeiterorganisation u. s. w aber vollends nichts hören will und — auch mächtig genug ist, sich solchen Forderungen überall mit Erfolg entgegenzustämmen.

In der ganzen Kontroverse, welche zwischen der „Hilfe“, Brentano und mir besteht, dreht sich nun, wie ich wiederholt oben schon hervorgehoben habe, allerdings der Hauptstreit um das sogen. Bevölkerungsproblem. In diesem stehen sich die rein optimistische Beurteilung einer so raschen Volksvermehrung, wie sie neuerdings in Deutschland sich zeigt, von Seiten jener Männer und die, nicht rein pessimistische, aber allerdings etwas skeptische Beurteilung der Bedingungen und Folgen dieser Volksvermehrung von meiner Seite gegenüber. Auch hier kann ich mich auf meine mehrfachen an anderen Orten gegebenen Ausführungen über jenes ganze Problem und über meine Beurteilung der raschen Volksvermehrung in heutigen Kulturländern überhaupt und in Deutschland speziell beziehen, namentlich auf das, was ich darüber in meiner „Grundlegung“ an den oben angegebenen Stellen ausgeführt habe. Es stimmt das mit denjenigen Ansichten und Urteilen überein, welche man doch wohl im ganzen als die in der Wissenschaft vorherrschenden auch heute bezeichnen kann. Ich glaube nur den gegenwärtig besonders praktischen Fall hier zuerst in der Fachlitteratur schärfer ins Auge gefaßt und richtig erledigt zu haben, nämlich den bei uns vorliegenden, ob

---

[1]) S. darüber in den Preußischen Jahrbüchern 1897, B. 88 meine „Schlußworte einer akademischen Vorlesung über Sozialpolitik“.

in der „industriestaatlichen" Entwicklung, beim Bezug von agrarischen Nahrungsmitteln u. s. w. aus dem Ausland und der Bezahlung dieser Produkte mittels Fabrikatenausfuhr, die Bedenken einer raschen Volkszunahme in einem schon dicht bevölkerten Lande so weit verschwinden, wie jene Optimisten annehmen? Ich komme, wie ich es auch unten in meinen Artikeln ausführe, zu einer Verneinung dieser Frage und zu einem Zweifel an der Berechtigung dieses Optimismus. Insofern sagte und sage ich noch: „Malthus behält im wesentlichen Recht" (Grundlegung, 3. Aufl. I., S. 665). Das halte ich auch jetzt durchaus fest, gegenüber dem phraseologischen Spotte, mit dem ich darüber in einem Teil der Presse, z. B. von v. Gerlach („Welt am Montag" unter dem Pseudonym „Hello"), selbst in der „Köln. Volks-Ztg.", angegriffen worden bin, worauf Brentano gern hingewiesen hat. Ich weiß dabei wohl, daß meine Bevölkerungslehre neuerdings von einem Anti-Malthusianer, Fr. Oppenheimer, als gar nicht mehr „malthusianisch" charakterisiert worden ist, er meint, ich hielte mich irrtümlich noch für einen Anhänger von Malthus, sei es aber im Grunde gar nicht mehr. Indessen ich bekenne frei und offen, in dem Sinne, wie ich es auffasse, bin ich „Malthusianer" und — befinde mich dabei in sehr guter wissenschaftlicher Gesellschaft, ich nenne nur J. St. Mill, R. v. Mohl, Roscher, Rümelin, Schäffle. Um auch noch eine jüngste sehr beachtenswerte wissenschaftliche Arbeit zur Bevölkerungs- und zur Malthusschen Frage zu erwähnen, deren Verfasser sich ganz ebenso verhält als ich, so berufe ich mich auf den vortrefflichen Abschnitt in dem Werk meines der besonderen Parteigängerei für meine nationalökonomischen Lehrmeinungen wohl unverdächtigen Kollegen, meines sonstigen mehrfach scharfen sozialpolitischen Gegners, Reinhold — des Mannes, der, wie die Presse, auch andere Kollegen und Studenten es aufgefaßt haben, zur Korrektur von uns Berliner „Kathedersozialisten", meiner noch ganz speziell, an die Berliner Universität berufen worden sei, im Studentenmunde unseres „Strafkollegen" —. In seinen „bewegenden Kräften der Volkswirtschaft" (1898) befindet sich ein Kapitel 9 (S. 203—271) über die Volksvermehrung. Da mag man nachlesen, wie dieser mein wissenschaftlicher, von mir persönlich und wissenschaftlich hochgeachteter „Gegner" über diese Fragen denkt und was er geistvoll und durchaus zutreffend darüber ausführt; freilich völlig übereinstimmend mit zahlreichen anderen Nationalökonomen aller Richtungen, bis in die sozialistische hinein (so Kautsky wenigstens in seiner früheren Stellung zur Frage).

In solcher Sachlage läßt mich der pathetische Angriff des journalistischen Dilettantismus kühl. Wenn das durchaus anständige und brave Organ des Berliner Fortschrittphilisteriums mein geäußertes Bedenken und meine Ansicht,

daß die deutsche Volksvermehrung wohl besser etwas langsamer vor sich gehe, gar ein „furchtbares Wort" nennt, so macht mich das nicht schaudern, sondern lächeln. Wäre es wirklich so „furchtbar", wenn die allgemeine deutsche Geburtsziffer von 37—38 auf 32—33 ‰ wie in Hessen, Hannover, selbst auf noch 1—2 ‰ weniger, wie in Großbritannien, herabginge? Welche Phrasen auf gegnerischer Seite! Ich finde auch nicht, daß Brentano in der Bevölkerungslehre im Grunde von meinen Ansichten so erheblich abweicht. Aber in seinen Artikeln hat er doch dem verbreiteten Vorurteil, das in der sehr raschen deutschen Volksvermehrung etwas ganz besonders Günstiges und nur Günstiges sieht, zu große Konzessionen gemacht und meine Auffassungen weder objektiv dargestellt noch, in Bezug auf Thatsachen und Schlüsse, richtig berichtigt, geschweige widerlegt, wohl die schwächste Partie in seiner Arbeit.

Ich halte es auch nicht für nötig, bei der großen inhaltreichen wissenschaftlichen Litteratur über das Bevölkerungsproblem und die Malthus'sche Kontroverse hierauf noch weiter einzugehen, als ich es in meinen Artikeln in der „Tägl. Rundschau", die unten folgen, und in den Zusätzen dazu, schon gethan habe. Ich könnte auch nur wiederholen, was ich besonders in meiner „Grundlegung" ausgeführt habe. Eine neue Vorführung und Kritik des reichen statistischen Materials verlangte auch einen viel zu großen Raum und würde wieder zu einem fachwissenschaftlichen Buche führen. Nur bitte ich die Gegner, nicht anzunehmen, ich hätte nichts Weiteres zur Bevölkerungsfrage zu sagen, weil ich diese hier nicht wieder in aller Breite aufnehme.

So folgen hier jetzt meine Artikel aus der „Täglichen Rundschau", sachlich unverändert, mit größeren Zusätzen, welche mir der mir hier jetzt zur Verfügung stehende etwas größere Raum ermöglichte, in welchen ich aber keine sachlich abweichenden Auffassungen, sondern nur weitere Ausführungen zur Erläuterung von Einzelheiten und zur noch genaueren Begründung des Gesagten bringe.

Auf die Kornzollfrage in ihren Einzelheiten bin ich dabei nicht näher eingegangen, als es mir für meine Zwecke geboten erschien, namentlich auch nicht auf umfassendere statistische Ausführungen, deren Beweiskraft in dieser Frage ich ohnehin nur für eine beschränkte halte. Ich beziehe mich auf die neuesten trefflichen Arbeiten Conrad's, Dade's u. a. m., auch auf Dietzel's oben genannte Schriften, sowie die über Kornzoll und Sozialreform (1901) und auf die soeben erschienene Schrift von K. Diehl, Kornzoll und Sozialreform (Jena, bei Fischer, 1901). Diese wendet sich speziell gegen einen Punkt in Dietzels Schrift, m. E. mit Erfolg, und widerlegt die von Dietzel behauptete Unvereinbarkeit von Kornzoll und Sozialreform

ganz richtig. Darauf ist auch hier im Streit mit den Nationalsozialen und Brentano hinzuweisen. Für das ganze Problem von Agrar- und Industriestaat bleibt der Oldenbergsche Vortrag darüber auf dem Leipziger evangelisch-sozialen Kongreß 1897 sonst stets das Wichtigste, wie ich gern anerkenne, trotz meiner Abweichung von Oldenberg in der Würdigung des Moments der Bevölkerungsvermehrung.

II.

Zur Auseinandersetzung mit den Nationalsozialen.[1])

Mein Brief an den Herrn Herausgeber der „Täglichen Rundschau", in welchem ich meine Zustimmung zur Haltung dieser Zeitung gegenüber den Nationalsozialen in der Getreidezollfrage u. s. w. aussprach (oben S. 4), hat in der Presse mehrfach Beachtung, zustimmende wie abwehrende gefunden. In einem mir zugegangenen Blatte nationalsozialer Richtung wird mein Hinweis auf den „Byzantinismus" gegenüber den Arbeitern, den ich glaubte bei Pfarrer Naumann und einzelnen seiner Parteifreunde finden zu müssen, als eine persönliche „Beleidigung" bezeichnet. Ich brauche nicht zu versichern, daß mir diese den genannten Männern gegenüber, welche ich persönlich hochachte und deren sozialpolitische Bestrebungen ich vielfach ähnlich seit lange vertrete, völlig ferne gelegen hat. Ebenso wenig wollte ich, wie mir das gleichzeitig vorgeworfen worden ist, diesen Männern mit meiner Äußerung einen „sittlichen Vorwurf" machen.

Ich wollte nur, als ein ihnen sonst nahestehender Nationalökonom und Sozialpolitiker, den die betreffenden Herren öfters offen ihren „Lehrer" genannt haben, eine wohlgemeinte Warnung aussprechen, zu welcher ich mich schon seit längerer Zeit infolge der Lektüre der „Hilfe" und der Verfolgung der ganzen Thätigkeit der „Nationalsozialen" innerlich gedrungen gefühlt hatte. Ich glaubte mich dazu berechtigt als ein den Nationalsozialen sonst nicht fern stehender und persönlich mit einigen von ihnen auf freundlichem Fuße verkehrender Mann, der bei ihnen eine ihm bedenkliche und ihrer eigenen Sache schädliche Richtung immer mehr hervortreten sah, jetzt in der handelspolitischen und Getreidezollfrage nur in besonders starkem Maße. Ich glaube, ähnliche Anschauungen haben auch die „Tägliche Rundschau", die doch gleichfalls den Nationalsozialen bisher nicht gerade gegnerisch war, zu ihrer jüngsten

---

[1]) Der erste Artikel der Reihe in Nr. 149 vom 29. März 1901 der „Täglichen Rundschau", hier jetzt nur mit wenigen kleinen formellen Änderungen am Schluß.

Stellungnahme gegen sie veranlaßt. Wenigstens machten mir ihre bezüglichen Artikel diesen Eindruck. Deshalb freute ich mich über diese Artikel und sprach es in dem Briefe an den Herrn Herausgeber offen aus, diesen zugleich zur Veröffentlichung dieses Briefes ermächtigend, da mir allmählich eine Klärung der Stellung zu den Nationalsozialen erwünscht schien, auch der Öffentlichkeit gegenüber. Mit dem Erfolge dieser Artikel der „Täglichen Rundschau“ kann, glaube ich, die Redaktion und mit demjenigen meines Briefes auch ich zufrieden sein.

Wenn die „Nationalsozialen“ aber in einer solchen Warnung vor „Byzantinismus nach unten gegen die Arbeiter“ eine Kränkung oder gar eine Beleidigung sehen, „die meiner nicht würdig sei“ und mit der ich „darum nicht den Nationalsozialen, sondern mir einen schlechten Dienst geleistet hätte“, so kann ich nur nochmals versichern, jede Absicht einer Kränkung oder gar Beleidigung lag mir fern. Ich finde in der von mir gemachten Anwendung des Ausdruckes „Byzantinismus“ indessen auch nichts Kränkendes und Beleidigendes und habe mich in jenem Briefe schon genügend darüber geäußert, wie ich diesen Ausdruck gemeint habe. Ich glaube sogar immer noch, daß ich den Nationalsozialen einen guten Dienst geleistet habe. Ich wollte sie darauf hinweisen, doch einmal ihre Gesamthaltung in der Arbeiterfrage und in der jetzt schwebenden agrarpolitischen und handelspolitischen darauf hin zu prüfen, ob darin nicht etwas liege, was mit jenem von ihnen mir übelgenommenen, nicht irgend sie beleidigenden, aber sachlich treffenden Ausdruck richtig bezeichnet werde. Für mich persönlich habe ich auch nach wie vor die Überzeugung, daß ich mir keinen schlechten, sondern einen guten Dienst mit jener wahrlich wohlmeinenden Warnung geleistet habe. Indessen kommt dies persönliche Moment ja hier gar nicht weiter in Betracht.

Wollen die verehrten Herren jedoch durchaus in meiner Äußerung einen sittlichen Vorwurf, eine Beleidigung sehen, so frage ich, sind andere, auch ich selbst, die wir, wie wir glauben aus guten Gründen des nationalen Gesamtwohls für den Getreidezoll und eventuell auch für dessen Erhöhung einstehen, nicht ungleich mehr berechtigt, von „sittlichem Vorwurf“ und von Beleidigung zu sprechen, wenn uns bei jeder Gelegenheit das schöne Epitheton „Brotwucherer“ oder „Verteidiger des Brotwuchers“ an den Kopf geworfen wird? Wenn wir „unsozial“ genannt werden, weil wir für den Getreidezoll eintreten? Nichts soll ungerechter sein, als der Vorwurf des Byzantinismus für die Herren der „Hilfe“. Aber ist das nicht noch eine sehr zahme Replik im öffentlichen Kampf, verglichen mit jenem beständigen Vorwurf des Eintretens für den „Brotwucher“? Mich persönlich haben diese Vorwürfe allerdings allmählich auch entrüstet. „Brotwucher“, das ist ein sachlich ebenso

falscher, ja thörichter Ausdruck in der Getreidezollfrage wie zugleich ein Ausdruck der gehässigsten agitatorischen Aufhetzerei der Massen. Darin stehen hier die Nationalsozialen, diesmal in sonderbarer Bundesgenossenschaft mit den sonst doch nicht sozialpolitisch angekränkelten Herren der „Nation", leider nicht hinter der Sozialdemokratie zurück. Haben Pfarrer Naumann und seine sozialpolitischen Freunde niemals erwogen, wie sie mit einer solchen Ausdrucksweise auch alle diejenigen verletzen, welche ohne im geringsten persönlich wirtschaftlich an der Zollfrage interessiert zu sein, wie ich und viele andere nationalökonomische Theoretiker und nicht zu den agrarischen Interessenten gehörende Praktiker, völlig bona fide für den Getreidezoll und Agrarschutz eintreten? Warum thun wir es? Weil wir eben glauben, wahre, dauernde und allen Sonderinteressen, auch solchen der industriellen Arbeiter als Konsumenten, vorangehende Gesamtinteressen der Nation, damit aber auch wahre dauernde Arbeiterinteressen selbst wieder hierbei zu vertreten! Dann immer das Schimpfwort „Brotwucherer" oder „Verteidiger des Brotwuchers" zugerufen zu bekommen, ist nicht nur hart, sondern in der That auch eine wirkliche Beleidigung, die eine berechtigte Entrüstung in dem also Beschimpften erweckt. Brauchen die Herren von der „Hilfe" das Wort aber etwa nur als ein für ihre Agitation sich eignendes Schlagwort, nun, dann — heiligt also auch hier wieder der Zweck das Mittel und wird zu politischen Zwecken eine Kampfweise angewandt, welche die Herren doch wirklich auch sittlich nicht rechtfertigen können.

In der „Hilfe" hat nun auch mein verehrter Münchener Spezialkollege Professor L. Brentano in einem durch zwei Nummern gehenden ausführlichen und inhaltreichen offenen Brief an Pfarrer Naumann das Wort in dem Streite ergriffen und sich besonders gegen meine verschiedenen neuerlichen Ausführungen in der Presse und in öffentlichen Reden gewandt. Ich gestehe gern: in durchaus einwandfreier, vornehmer, natürlich polemischer, aber den Gegner in keiner Weise persönlich verletzend angreifender Form. Ich kann ihm dafür nur dankbar sein und wünsche eine Fortführung des Streits durchaus auf dieser Höhe der prinzipiellen Erörterung zu halten. Persönlich möchte ich nur bemerken, daß ich, wie Professor Brentano zu übersehen scheint, in den Streit zwischen der „Täglichen Rundschau" und der „Hilfe" erst eingegriffen habe, als die „Hilfe" mich wegen meiner öffentlichen Stellungnahme in der Getreidezollfrage mit Redewendungen, wie: ich sei „unter die Agrarier gegangen", ich wolle aus einer bestimmten, angedeutetermaßen falschen, obstinaten Willensrichtung „für die Junker" eintreten u. dgl. m., in den Streit gezogen hatte (s. oben S. 3). Dagegen wollte ich mich nebenbei in meinem

Briefe an den Herrn Herausgeber der „Täglichen Rundschau“ auch verwahren. Professor Brentano nennt ferner ebenfalls meinen Vorwurf des „Byzantinismus gegen die Arbeiter“ einen der „ungerechtesten, der je erhoben worden sei“ und hätte, wie er sagt, nicht erwartet, daß ich trotz meiner ihm bekannten, von der seinen abweichenden Stellung in der Frage der Getreidezölle, mich mit solcher Heftigkeit gegen diejenigen wenden würde, welche in diesem Punkte von mir differierten, wie ich es in meiner Zuschrift gethan. Ich weiß nicht, ob diese (oben S. 4 abgedruckte) Zuschrift wirklich „so heftig“ in Form und Inhalt genannt werden kann. Jedenfalls äußerte ich mich aber nicht nur im Hinblick auf die Stellung der „Hilfe“ in der Getreidezollfrage so, sondern weil mir die ganze Haltung der Nationalsozialen in den Agrarfragen überhaupt und in den damit zusammenhängenden weiteren wirtschaftspolitischen Fragen immer einseitiger werden zu wollen schien. Blos aus dem engen Gesichtspunkte des selbst nur momentanen Interesses der Industriearbeiter als „Konsumenten“ heraus wurde hier argumentiert. Die Stellungnahme der Nationalsozialen in der Getreidezollfrage und die damit verbundene Hetzerei gegen den „Brotwucher“ war mir so nur ein letzter entscheidender Umstand, mich auch einmal abwehrend öffentlich, wie ich es in dem Briefe gethan habe, über und gegen die Nationalsozialen zu äußern, so viele mir werte Männer darunter sind.

Es würde nun zu weit führen, etwa Punkt für Punkt im Anschluß an den Brentanoschen offenen Brief, der ja einen umfassenden Aufsatz darstellt, die ganze Kontroverse aufzunehmen. Brentano stellt meine Auffassungen aus meinen jüngsten Äußerungen zur Frage zusammen, durchaus objektiv, wie ich gerne anerkenne, und im ganzen, doch nicht in jeder Einzelheit, auch richtig. Meines Erachtens hätte es auch für ein weiteres Publikum kein Interesse, so eine Auseinandersetzung über einzelne Punkte einer Fachfrage zwischen zwei theoretischen Fachmännern zu verfolgen, wie sie durch eine entsprechende Replik meinerseits gegen die einzelnen Einwände Brentano's entstände. Ich könnte eine solche Replik auch nur dem Leser verständlich machen, wenn der Aufsatz von Brentano — denn das ist der „offene Brief“ wie gesagt — fast wörtlich zuvor hier abgedruckt würde.

Ich will mir statt dessen erlauben — um gleichzeitig so auch für die Auffassungen, welche die „Tägl. Rundschau“ wohl mit bestimmt haben, gegen die „Hilfe“ Stellung zu nehmen, wie ich denke beistimmend einzutreten — in einigen weiteren Ausführungen folgendermaßen vorzugehen. Ich habe kürzlich, am 15. März d. J., in einer großen politischen Versammlung in Wien einen Vortrag über „Agrarstaat und Industriestaat“ gehalten. In diesem bin ich auf die ganze Kontroverse nochmals eingegangen, auch mit

Hineinziehung der Getreidezollfrage, aber ohne diese zum Hauptpunkt zu machen. Dieser Vortrag, an den sich eine lebhafte sozialdemokratische und sonstige polemische Debatte knüpfte, ist durch einen großen Teil der Wiener Presse gegangen, mehrfach, so in der „Neuen Fr. Pr.", in längeren Abschnitten nach dem stenographisch aufgenommenen Wortlaut. Ich will im Folgenden den Inhalt dieses Vortrages wiedergeben, aber mit erheblicher Erweiterung der wichtigeren Teile, anderseits mit Weglassung des nur für den Ort, wo ich sprach, Bestimmten. Dabei will ich auf einige Punkte der Brentanoschen Einwände noch speziell mit eingehen, auch einzelne der mir in Wien in der Debatte gewordenen Einwürfe würdigen. Auf diese Weise hoffe ich klärend zu wirken, ohne, was hier nicht möglich ist, das Thema zu erschöpfen, oder, wie es Brentano gethan hat, auf Einzelheiten mich einzulassen. Denn diese würden eben jede selbst wieder erst eine längere Erörterung erheischen, um die Differenzpunkte festzustellen, die gegnerischen Ansichten genauer zu würdigen, und den abweichenden Standpunkt wirklich zu begründen, nicht nur hinzustellen. Das führte aber, wie gesagt, zu weit.

III.

Über Agrarstaat und Industriestaat im allgemeinen.[1])

Der Streit mit der „Hilfe" und mit Brentano bewegt sich wesentlich auf dem Gebiete des Themas, welches man neuerdings dasjenige vom „Agrarstaat und Industriestaat" zu nennen pflegt, — eine nicht eben ganz glückliche, weil nicht deutliche, nicht Mißverständnisse von vornherein ausschließende Terminologie. Im allgemeinen denkt man dabei bekanntlich an eine Entwicklung der Volkswirtschaft in folgender Richtung: Es wird mehr und mehr ein wachsender Teil des inländischen Bedarfs an agrarischen Nahrungsmitteln, namentlich an Brotgetreide, und auch an solchen Roh- und Hilfsstoffen für die Gewerbe, welche nach Klima, Boden, historischer Entwicklung der heimischen Land- und Forstwirtschaft in einigermaßen genügender Menge, Qualität und zu erträglichen Kosten, also Preisen, im Inland gewonnen werden können und bisher es wurden, aus dem Auslande, zum Teil aus weit entlegenen Ländern mit dünner Bevölkerung und extensivem Bodenanbau, regelmäßig entsprechend wohlfeiler, gedeckt und dieser Bezug wird dann mit der Ausfuhr von heimischen Industrieprodukten bezahlt.

[1]) Zweiter Artikel der Reihe in der „Tägl. Rundschau" Nr. 159 vom 4. April 1901, mit einigen größeren Zusätzen zur weiteren Ausführung und Begründung des Gesagten.

Im Grunde ist die Entwicklung vom Agrar- zum Industriestaat nur eine Phase und Fortführung der allgemeineren Entwicklung im Inlande selbst von wesentlich agrarischer, naturalwirtschaftlicher Thätigkeit, bei welcher der Eigenbedarf an verarbeiteten Gegenständen (den modern genannt: Fabrikaten) durch Eigenproduktion innerhalb jedes einzelnen Wirtschaftsbetriebes gedeckt wird, zu der Arbeitsteilung und dem Austauschsystem zwischen den Einzelwirtschaften einerseits auf dem platten Lande und anderseits in der Stadt innerhalb der heimischen Volkswirtschaftsgemeinschaft. Diese Entwicklung steht wieder in Wechselwirkung mit dem Übergang von Natural- zu Geld- und Kreditwirtschaft überhaupt. Soweit es sich in der Entwicklung von Agrar- und Industriestaat um Austausch zwischen Agrar- und Industrieprodukten handelt, spielen dieselben Fragen hier im auswärtigen, „weltwirlschaftlichen Verkehr" mit, wie bei jenen beiden vorangegangenen Entwicklungen von Natural- zu Geldwirtschaft und von agrarischer Hauswirtschaft zur Arbeitsteilung zwischen Land und Stadt und zur sogenannten stadtwirtschaftlichen Phase der Organisation der Wirtschaftsverhältnisse. Indem dann der Austausch in der industriestaatlichen Entwicklung den Verkehr mit dem Auslande in den Vordergrund schiebt, tritt das Problem vom Freihandel und Schutzzoll, das immer nur eine sekundäre Bedeutung hat, schärfer mit hervor — auch in der stadtwirtschaftlichen Phase spielt es zwischen Stadt und plattem Land schon mit —; das Problem von Agrar- und Industriestaat geht zugleich in dasjenige von Volks- und Weltwirtschaft, damit auch in dasjenige von der Stellung der einzelnen Volkswirtschaft innerhalb der Weltwirtschaft über.

Der treibenden Momente in der ganzen geschichtlichen Bewegung von der Sprengung der alten naturalwirtschaftlichen Einheit der agrarischen Hauswirtschaft bis zur modernen Eingliederung der Volkswirtschaft in die Weltwirtschaft und zur immer mächtigeren Entwicklung der letzteren, sind hauptsächlich zwei, wobei ich das oft starke Mitwirken anderer Momente nicht bestreite, ohne darauf hier jetzt weiter einzugehen: einmal die steigende Bevölkerung, wie sie sich aus den Geburtsüberschüssen ergiebt, zweitens die Entwicklung der Technik, besonders in der stoffveredelnden (sogen. industriellen) Produktion und im Verkehrs-, d. h. im Kommunikations- und Transportwesen.

Im 19. Jahrhundert, besonders seit dem Abschluß der großen französischen Revolutionskriege, ist das Moment der Bevölkerungsvermehrung ohne Zweifel wieder von ganz besonderer Bedeutung gewesen, stärker vielleicht als jemals in einem anderen, gleich langen Zeitraum der Geschichte, d. h. in einer Periode von bloß zwei bis drei Menschenaltern. Es war freilich selbst wieder

von dem zweiten Moment stark mit bedingt, vom Fortschritt der naturwissenschaftlich fundamentierten Technik in der Produktion — auch der agrarischen — und im Verkehrswesen. Die Dampftechnik ist nur eine, wenn auch bisher wohl die wichtigste Seite dieses technischen Fortschrittes. Ohne diese neue Technik, welche mehr Nahrungsmittel und andere materielle Bedarfsgüter zur Verfügung stellte, wäre ein erheblicher Teil der heute lebenden Bevölkerung gar nicht in die Existenz getreten. Das ist nicht zu viel gesagt. Im Gebiete des heutigen Deutschen Reichs lebten 1816 nur 24,83, Ende 1900 56,35 Millionen Einwohner, trotz einer deutschen, meist überseeischen Auswanderung, welche seit den 1820er Jahren auf über 6 Millionen geschätzt wird. Entsprechend hat sich die Volksdichtigkeit in diesen 84 Jahren mehr als verdoppelt, sie beträgt jetzt, 1900, 104,2 auf dem Geviertkilometer, erreicht fast die Italiens schon (106,6 in 1898), fast $^4/_5$ derjenigen Großbritanniens und Irlands (132 in 1900, diejenige von England und Wales allein ist 212,5), übertrifft die fast stabile Frankreichs (72—73) um nahezu die Hälfte. Die Vergleichung eines großen Gebiets wie das deutsche mit kleinen Staatsgebieten mit noch stärkerer Volksdichte, wie Belgien, Niederlande, ist nebenbei bemerkt für unsere Fragen unzulässig.

Gewiß hat nun diese in Wechselwirkung stehende starke heimische Volksvermehrung und die neuerliche auch bei uns stark eingetretene Entwicklung vom Agrarstaat zum Industriestaat ihr Großes, Bedeutendes, Erfreuliches.

Aber sie hat daneben auch ihr Bedenkliches. Das wird in der vorherrschend optimistischen Auffassung der Verherrlicher dieser Entwicklung und derjenigen, welche eine allgemeine Wirtschafts- und eine Agrar- und Handelspolitik empfehlen, die die Entwicklung zum Industriestaat noch immer mehr begünstigt, teils übersehen, teils beschönigt, teils ganz geleugnet.

Darin liegt mein und Anderer abweichender Standpunkt. Wir teilen eben diesen Optimismus nicht. Nicht, weil wir „Agrarier", „Reaktionäre" wären, wie uns so oft vorgeworfen wird, sondern weil wir glauben, daß diese Entwicklung zum Industriestaat — nicht etwas durchaus Falsches, aber in ihrer neuesten Phase etwas zu rasch, zu maßlos Vorsichgehendes sei; daß ihre Rückwirkungen auf alle Seiten des gesamten Volkslebens vielfach bedenklich; daß auch ihr Bestand, ihre Fortdauer, vollends ihr Vorwärtsgehen in gleicher Richtung nicht dauernd gesichert werden könne. Wir verkennen dabei nicht, daß solche Entwicklungen, wie die neuere wirtschaftliche in Deutschland, ihre tieferen inneren Ursachen, man kann selbst sagen: in einer Hinsicht etwas „Naturgemäßes" haben. Aber sie sind doch anderseits dem menschlichen Willen und der Beeinflußung

durch zielbewußtes menschliches Handeln, auch durch legislative und administrative Maßregeln keineswegs so entrückt, wie eine neuerliche, auch bei Brentano durchblickende Meinung wieder annimmt, die einen Rückfall in die alte Auffassung der Volkswirtschaft als eines reinen Naturgebildes darstellt.

Auch in der immer stärkeren, immer rascheren heimischen Volksvermehrung, in der immer größeren Verschiebung zwischen Land- und Stadtbevölkerung in der Richtung zu Gunsten letzterer, in der Bildung immer zahlreicherer und immer volkreicherer Großstädte, in der bestenfalls absoluten Stabilität, dem starken relativen Sinken der landwirtschaftlich, der großen absoluten und relativen Steigerung der industriell, montanistisch, merkantil beschäftigten Bevölkerung sehen wir keine so durchaus günstige Erscheinung, wie unsere Gegner. Wir legen uns, vorsichtiger als sie, die Frage vor, ob diese Entwicklung dem nationalen Gesamtinteresse entspricht, ob sie eine gesunde, eine Dauer verheißende sei, eine, welche auf die Dauer überhaupt gesichert werden kann. Das eben bezweifeln wir.

Und ebenso sehen wir auch in dieser Entwicklung der Bevölkerungsverhältnisse nicht etwas rein Naturgemäßes, das sich jeder bewußten menschlichen Willensbestimmung und Leitung selbstverständlich ganz entzöge, sondern etwas, zu dem der menschliche Wille, auch wie er in Gesetzgebung und Verwaltung sich äußert, Stellung nehmen kann und soll.

Diese Auffassung der Dinge und der Zusammenhänge ist es, die uns bestimmt, für eine Wirtschafts-, Agrar- und auswärtige Handelspolitik einzutreten, welche zwar nicht den unentbehrlichen auswärtigen Handelsverkehr, den Bezug fremder und den Absatz heimischer Produkte unmöglich macht, aber ihn wieder mehr auf seine alten naturgemäßen Grundlagen zurückzuführen sucht: auf die, wo die bei uns nicht oder nur in ganz ungenügender Menge und Güte erzeugbaren Produkte des Auslandes — Gegenstände mehr oder weniger fremder klimatischer und Boden-Monopol-Verhältnisse — allerdings aus dem Auslande bezogen und mit geeigneten heimischen Erzeugnissen in der Ausfuhr bezahlt werden, daher freilich wohl wesentlich mit Industrie- und Montanprodukten; wo ferner auch in denjenigen Halb- und Ganzfabrikaten, in welchen jedes Land seine besondere Stärke hat, ein großer, steigender, lohnender internationaler Austausch im Handel zu allseitigem Vorteil stattfinden kann und selbst begünstigt wird; wo aber diejenigen, namentlich Agrar-, jedoch auch Forst- und Montanprodukte, welche wir nach Klima, Boden, alt bestehender Produktion bei uns einmal gewinnen, oder auch

durch neuere technisch-ökonomische Entwicklung einmal bei uns eingebürgert haben (Rübenzucker, Tabak!) oder leicht einbürgern können und zwar zu Kosten, welche sich tragen lassen, auch fernerhin möglichst im Inlande gewonnen werden, um uns so vom ausländischen Bezug dieser Produkte unabhängiger zu machen und unsere Landwirtschaft, als die Grundlage auch der modernen nationalen Volkswirtschaft, ordentlich im Gange und fähig zur lohnenden Beschäftigung einer größeren Volkszahl auf dem Lande selbst zu erhalten.

Wir sehen in einer solchen Gestaltung der Dinge, auch wenn sie vorübergehend oder selbst dauernd die „Konsumenten" zur Zahlung etwas höherer Preise nötigt als die momentan bei freiem internationalen Güteraustausch erreichbaren, einen Segen für die nationale Gesamtheit. Wir halten dafür, daß eine solche Gestaltung eine gesichertere Dauer habe, und die Weiterentwicklung eines gesunderen Wirtschaftslebens, eine dem wirtschaftlichen, sozialen, ethischen, kulturellen, politischen wahren Gesamtinteresse mehr entsprechende Daseins- und Gedeihensform der Nation als Ganzen ermögliche und verbürge, als in dem fieberhaften Getriebe des reinen Industriestaats, der einen immer größeren Teil seines Nahrungsmittel- und Rohstoffbedarfs aus dem Auslande bezieht — so lange es geht — und einen immer mehr gesteigerten Export von heimischen Fabrikaten im Auslande absetzt — wiederum: so lange es geht und hinlänglich lohnend bleibt.

Von diesem Standpunkte aus vertreten wir „agrarische" Forderungen, nicht dem „Brotwucher" dienend, nicht einmal der ländlichen Besitzer und Landwirte, seien es Klein-, Mittel- oder Großbauern und „Junker" und Rittergutsbesitzer in erster Linie wegen, sondern weil wir in der Erhaltung einer absolut und relativ bedeutenden heimischen ländlichen grundbesitzenden und Landwirtschaft treibenden Bevölkerung, in einer wirtschaftlich leistungsfähig bleibenden solchen Bevölkerung eine unbedingte Voraussetzung des Wohles und der dauernden wirtschaftlichen und sozialen, ethischen, kulturellen und politischen Sicherung der ganzen Nation sehen.

Wir verhehlen dabei uns und Anderen nicht, daß, wie alles Große, das eine Nation braucht, Wehrkraft, innere Verwaltung, Justiz, Unterrichtswesen, Volswirtschaftspflege u. s. w., so auch diese „Erhaltung der dauernden Wirtschafts- und Bevölkerungskraft der Nation" in einer genügenden Quote tüchtiger ländlicher Bevölkerung — Opfer kostet. Aber wir glauben, diese sind hier, wie in den anderen genannten Fällen, notwendig zu bringen, um des höheren Zwecks willen. Brentano spottet darüber in seiner zweiten Artikelreihe, indem er unsere Theorie als eine solche der Erzeugung

landwirtschaftlicher „Uebermenschen“ lächerlich zu machen sucht. Das sind indessen doch nur Witzeleien und — Phrasen, die in einer so ernsten Sache nicht am Platze sind. Werden durch eine bezügliche Wirtschaftspolitik die Konsumenten, die „Arbeiter“, in etwas höheren Preisen der Nahrungsmittel, selbst des Brotes — ob und wie weit ist dabei immer noch eine offene Frage, die mit den üblichen statistischen Beweisführungen über Differenz des Preises des Getreides unverzollt und verzollt durchaus noch nicht entschieden wird — getroffen, so ist das eine in einer Hinsicht unerwünschte, aber unvermeidliche Folge. Diese kann man aber nicht nur durch andere Mittel bekämpfen, jedenfalls teilweise kompensieren, wie wir sogleich darlegen werden, sondern, soweit sie so nicht ausgeglichen wird, muß man sie als etwas hinnehmen, darf sie aber auch als etwas ansehen und für gerechtfertigt halten, was der ganzen Nation eine ruhigere, gesichertere wirtschaftliche Gesamtentwicklung verbürgen hilft, was wahrlich auch im wahren Interesse gerade der Arbeiterklassen liegt. In diesem Umstand erhält die Nation, darunter nicht am wenigsten auch die arbeitenden Klassen, so zu sagen den „Gegenwert“ für die etwaigen Opfer, welche zu bringen sind.

Bei der Bekämpfung und Kompensation jener unerwünschten Folge denke ich namentlich an zweierlei, einmal an steuerpolitische Maßregeln, sodann an die Verwendung von Erträgnissen der Getreidezölle und ähnlicher Zölle und inneren Verbrauchssteuern (u. a. auf Salz) speziell für Zwecke, welche den unteren Klassen allein oder in besonderem Maße zu gute kommen. Für beides beziehe ich mich auch auf manche, dem Fachmann bekannte Ausführungen in meiner Finanzwissenschaft, u. a. auch in dem soeben erschienenen vierten Bande, „Die deutsche Besteuerung im 19. Jahrhundert“ (Leipzig bei C. F. Winter, 1901), so hier S. 799 ff. Besonders durch höhere Einkommen-, Vermögens-, Erbschaftssteuern, mit progressivem Steuersatz für das größere Einkommen und Vermögen, bei Steuerfreiheit oder niedrigerem Steuerfuß von kleinen Einkommen, ist in Deutschland schon (preußische Reform von 1891/93 u. s. w.) und kann und soll noch mehr der allerdings mehrfach umgekehrt progressiven Wirkung der indirekten Steuern (Zölle und innere Verbrauchssteuern) entgegengewirkt werden. Die Verwendung von Zoll- und Steuererträgnissen erfolgt faktisch schon heute im Effekt für mancherlei, was den unteren Klassen allein oder vornehmlich zu gute kommt, ich erinnere nur z. B. an die unentgeltliche oder ganz wohlfeile Volksschule, an hygienische und sanitäre, an Verkehrsmaßregeln, an den Reichszuschuß zur Invalidenversicherung. Ich denke dabei aber auch an Weiteres, so in der That — mit Stimmen aus dem Zentrum, aber früher als diese — auch an die etwaige Verwendung des

Ertrags erhöhten Getreidezolls für die Mitdotation der einzuführenden Arbeiter-Wittwen- und Waisenversorgung. Ähnliches habe ich auch seit lange vertreten, um damit die Bedenken der indirekten Verbrauchssteuern mehr oder weniger, zum Teil ausreichend zu beheben. Für die Wittwen- und Waisenversorgung solche Einnahmen zu verwenden, empfahl ich u. a. in dem oben schon genannten Artikel in Nr. 9 der „Woche" (1901). Brentano weist das ab. Ich gehe hier jetzt auf weitere Begründung nicht ein, bemerke nur, er irrt sich in der Annahme, daß ich diesen Plan fallen ließe, weil ich in meinen Artikeln in der „Tägl. Rundschau" nicht mehr darauf zurückgekommen bin. Das ist allerdings unterblieben, aber nur, weil ich überhaupt nicht auf alle Einzelheiten, die mit einem solchen Thema zusammenhängen, in diesen Artikeln eingehen wollte. Eine „andere Ursache" hatte mein Schweigen über diesen „unglücklichen Zentrumsvorschlag", wie er ihn nennt, nicht. Ich halte ihn für einen sehr erwägenswerten Vorschlag. — Ich habe auch manchen anderen streitigen Punkt nicht von neuem mit erörtert, z. B. die Frage der Wehrfähigkeit der ländlichen und städtischen Bevölkerung und der Bedeutung der Erhaltung einer starken ländlichen Bevölkerung zur Sicherung unserer Wehrkraft nicht. Darauf gehe ich auch jetzt nicht weiter ein, mich in indessen auf Bindewald's Aufsatz in Schmollers Jahrbuch 1901 beziehend, den übrigens Brentano jetzt auch anführt. Ich bin mit meinen Studien zur Frage noch nicht fertig, stehe aber einstweilen nach wie vor der Brentano'schen Ansicht skeptisch gegenüber. Es wird ihm wohl von anderer Seite Antwort werden.[1])

„Konsumenten" allein sind ohnedem nicht Viele im Volk, meistens ist der Konsument anderseits „Produzent". Seine etwaige Belastung und Schädigung als „Konsument" kann durch seine Begünstigung und Hebung als „Produzent" recht wohl aufgewogen werden. So ists aber unseres Erachtens, wenn durch einen richtigen Agrarschutz unsere Landwirtschaft und die sie betreibende Bevölkerung in einer Lage erhalten oder wieder in eine Lage versetzt werden, worin sie den Städten, der Industrie u. s. w., den Arbeitern einen entsprechend lohnenden und dauernd gesicherteren Absatz ihrer Produkte und Leistungen an das heimische Landvolk ermöglichen. Dieser, uralter, richtiger Arbeitsteilung innerhalb der Nation und der heimischen Volkswirtschaft entsprechende Absatz wird ein mehr als ausreichender Ersatz des ja nicht fortfallenden, aber eventuell etwas verminderten Absatzes ins Ausland werden.

---

[1]) Dies ist mittlerweile von Ballod geschehen, in der Beilage der „Tägl. Rundsch." 1901, Nr. vom 17. Juli u. ff.

Das ist ja überhaupt die Übertreibung unserer Auffassungen und Forderungen bei unseren Gegnern, auch bei Brentano, als dächten wir und wünschten wir ein Aufhören des Welthandels oder Deutschlands Beteiligung daran! Eines der „Windmühlengefechte“ unserer Gegner. Unter allen Umständen wird, obigen Ausführungen gemäß, der internationale Produktenaustausch in Naturmonopol- oder Quasinaturmonopolartikeln, in jedes Landes Spezialartikeln der Halbfabrikat- und Fabrikatbranche u. dgl. m. bleiben und sich weiter entwickeln, auch in manchen Agrarprodukten, schon weil wir aus dem Auslande davon mehrfach besondere Sorten und Qualitäten brauchen. Das macht zusammen auch heute noch bei uns wohl etwa 3/4 unseres auswärtigen Handels aus, die also gar nicht in Frage stehen. Auch an einen vollen Ersatz der aus dem Ausland jetzt bezogenen Mengen agrarischer Nahrungsmittel gewöhnlicher Art (Getreide, einschließlich Mais, Vieh, Fleisch und Fettwaaren, Eier, Häute, Spinnstoffe, insbesondere Schafwolle, auch Flachs, Hanf) durch Steigerung der inländischen Produktion und an einen Ersatz der etwaigen weiteren, bei steigender Bevölkerung eintretenden Bedarfsmengen an solchen Artikeln durch diese Produktion denke ich wenigstens nicht, am wenigsten für eine nahe Zukunft. Nur an eine möglichste Verminderung dieser Einfuhr, an die Deckung dafür und eines Teils der weiteren Bedarfssteigerung durch heimische Agrarproduktion denke ich und in der Sicherung lohnender, daher gegen bisher etwas höherer Preise sehe ich allerdings eine Ermöglichung und eine notwendige Bedingung dieser Entwicklung. Mit solchen Rückgängen oder langsamerer Zunahme unserer Einfuhr aus dem Auslande wird aber unser auswärtiger Handel, auch unser Ausfuhrhandel nicht unterbunden, wenn auch etwas vermindert. Die Ausgleichung für die gesamte nationale Produktion, auch für die industrielle, ist einmal von der weiteren Gesamtsteigerung der übrigen Zweige des Auslandhandels, auch unserer Ausfuhr, dann aber auch von der wieder hergestellten und wachsenden Konsumtionskraft der ländlichen Bevölkerung zu erwarten. Es handelt sich daher letzterenfalls schließlich nur um den Ersatz einer Produktion für den ausländischen durch eine solche für den inländischen Markt: nach Überwindung von Übergangszeiten für die Industrie selbst ein vorteilhafter Wechsel.

Im Durchschnitt von 1899 und 1900 betrug die deutsche Einfuhr im Spezialhandel 5913 Millionen Mark einschließlich Edelmetall, 5624 Millionen Mark ohne dieses. Von dieser Summe kamen auf die vier Hauptgetreidearten (ohne Abzug des Ausfuhrwerts, der eigentlich für unsere Frage abzurechnen wäre) 6,8 %, auf Schmalz u. dgl. und frisches Fleisch 2,4 %, zusammen auf diese nicht allein, aber vornehmlich für die Agrarzollfrage in

Betracht kommenden Artikel ca. 543 Millionen Mark, ca. 9,2 % der Gesamteinfuhr, ca. 9,7 % der Wareneinfuhr (ohne Edelmetall). Nähme man selbst an, daß diese ganze Einfuhr aufhörte, was ich nicht und überhaupt kaum Jemand voraussetzt — oder statt des Ausfalls bei diesen Artikeln ein entsprechender bei anderen agrarischen, aus dem Auslande bezogenen einträte, was auch noch eine starke Annahme ist, so stände also noch nicht ein Zehntel der Einfuhr in Frage, und damit höchstens ein entsprechender Teil unserer Ausfuhr, der als Gegenwert der Einfuhr bisher in Betracht kam.

Würde damit unsere Stellung in der Weltwirtschaft so erschüttert werden? Unser Ausfuhrhandel in die Länder der Herkunft jener genannten Agrarprodukte sich so vermindern müssen, nach Nordamerika, Rußland, Argentinien, Österreich-Ungarn, Rumänien u. s. w.? Das ist doch eine augenscheinliche Übertreibung in der Argumentation der Gegner, von der sich auch Brentano nicht frei hält. Zudem: gerade die Länder, die uns am meisten von den genannten Agrarprodukten schicken, Nordamerika, Rußland, Argentinien, nehmen uns von unseren Produkten und Fabrikaten nur einen Teil des Gegenwerts als Zahlung in unserer Ausfuhr zu ihnen ab, nicht die Hälfte. Z. B. 1899 und 1900 war im Durchschnitt die deutsche Einfuhr aus den eben genannten drei Ländern 1888 Millionen Mark, die deutsche Ausfuhr dahin nur 828 Millionen Mark. Wir müssen, soweit wir nicht die Zahlungen für den fremden Einfuhrwert aus unseren anderweitigen Guthaben, Erträgnissen an Kapitalanlagen in der Fremde u. a. m. decken, jene Einfuhr aus diesen Ländern größtenteils durch unsere Ausfuhr nach ganz anderen Ländern decken, aus denen wir diese Agrarprodukte nicht oder nur wenig davon beziehen. Unser bisheriger Ausfuhrhandel in diese anderen Länder würde daher unter einer etwaigen Verminderung unserer Einfuhr von Agrarprodukten aus Nordamerika, Rußland, Argentinien gar nicht ohne weiteres zu leiden brauchen, was die Gegner immer gleich annehmen und als Schrecknis hinstellen, mit dem sie bange machen wollen.

Auch in dieser allgemeinen Erörterung über Agrar- und Industriestaat möchte ich zum Schluß nun noch ein oft gebrauchtes Argument der Gegner abweisen. Es heißt wohl, wir haben, nach unserer neuesten Berufszählung 1895 bereits eine größere Quote der Erwerbsthätigen und der Gesamtbevölkerung in Industrie, Handel und Verkehr als in der Landwirtschaft — in 1895 Erwerbsthätige im Hauptberufe in letzterer 35,11, in ersteren Zweigen 46,35 %, Gesamtbevölkerung bezw. 34,41 und 50,64 %; seit 1882, dem Jahre der ersten Berufszählung, hat die agrarische Bevölkerung — damals noch 42,47 Erwerbsthätige, 41,36 % überhaupt — stark abgenommen, die

industriell-merkantile — damals bezw. 41,95 und 46,53 % — stark zugenommen. Danach, heißt es, haben die Industriellen u. s. w. eine wachsende Mehrheit und — folglich liegt der Schwerpunkt des nationalen Interesses bei ihnen, nicht mehr bei den Landwirten und der ländlichen Bevölkerung. Das ist, volkswirtschaftlich betrachtet, eine völlig äußerliche, rein mechanische Auffassung und Behandlung einer solchen Frage; dieses „folglich" ist ein Trugschluß. Das giebt auch Brentano zu, gleichwohl aber operiert und argumentiert auch er mit diesen Zahlen zu Gunsten seiner Auffassungen, seiner Schlüsse und seiner handelspolitischen Forderungen. Die seit 1882 eingetretene Verschiebung zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen ist ohnehin ja wesentlich das Ergebnis einer Entwicklung, von der es eben dahinsteht, ob und wie weit sie notwendig und heilsam und nicht erst durch die den agrarischen Interessen ungünstige Handelspolitik mit bedingt gewesen ist. Mit solchen Zahlen ist aber überhaupt in der Frage gar nichts zu entscheiden. Diese Zahlen belegen nur, wie verhängnisvoll eine Entwicklung ist, welche jedes Jahr, wie schon Oldenberg mit Recht betont hat, die ländliche Bevölkerung um ½ % sich vermindern läßt. Das bloße zahlenmäßige Mehrheitsprinzip hat hier gar keinen Anspruch auf Beachtung. Vielmehr ist eben die Frage die, ob eine solche zunehmende Schwächung des ländlichen Elements nicht wiederum gegen das nationale Gesamtinteresse verstößt und deshalb zu verhüten gesucht werden muß. Diese Frage ist in ihren beiden Punkten zu bejahen und deshalb ist wieder eine maßvolle „agrarische" Politik — eine wahre nationale Interessenpolitik.

IV.

Zur Bevölkerungsfrage.[1]

Das Problem vom Agrar- und Industriestaat wird durch die allgemeine Entwicklung von Bevölkerung und Technik bedingt, das war der Kernpunkt unserer Ausführungen in dem vorausgehenden dritten Abschnitt. Dies Problem enthält eine große Reihe von Spezialfragen, deren jede einzelne wieder verwickelt genug ist. Durch ihre Verbindung unter einander wird das ganze Problem vollends zu dem großen, verwickelten und schwierigen, als welches es einem Jeden bei nur ein wenig tiefer eindringender Beschäftigung damit sich erweist.

[1]) Dritter und vierter Artikel der Reihe in Nr. 165 und 167 vom 10. und 11. April 1901 der „Tägl. Rundschau", hier jetzt mit mehreren größeren Zusätzen, aber ohne sachliche Änderungen des Gesagten.

Aus diesem „Knäuel" von Spezialfragen in dem ganzen Problem sollen hier nur drei besonders wichtige herausgegriffen werden, die „Bevölkerungsfrage", die „Agrarfrage", die „Industrie- und Handels-, namentlich Welthandelsfrage". Auf eine kurze Erörterung einer jeden wollen wir uns in diesen Auseinandersetzungen mit den Nationalsozialen und mit Brentano beschränken. Vieles Andere spielt in unserer Kontroverse außerdem noch mit, Manches davon wird auch von Brentano schon in seinen ersten Artikeln in der „Hilfe" mit berührt. Wir streifen es etwa da und dort, gehen aber nicht näher darauf ein und wollen mit der Erörterung jener drei Spezialfragen diese Auseinandersetzungen schließen. Natürlich, ohne damit die Diskussion über das ganze Problem als — selbst nur für unsere persönliche Auffassung, geschweige für diejenige anderer, auch unserer Gegner — für abgeschlossen anzusehen.

In der „Bevölkerungsfrage" haben wir es an und für sich schon mit einem der größten und verwickeltsten Probleme in der Menschheitsentwicklung zu thun. Wir wollen daher in Kürze hierbei nur dreierlei unterscheiden: einmal und vornehmlich die thatsächlichen Vorgänge und ihre Bedingungen, sodann die Beurteilung dieser Vorgänge, endlich die wirtschaftlichen und sozialen Folgen davon. Auch hier steht freilich Alles wieder im Verhältnis von Wechselbedingung und Wechselwirkung; namentlich der erste und der dritte Punkt, und nicht minder auch die ganze Bevölkerungsfrage, als die erste unserer drei Spezialfragen, und besonders darin wieder der dritte eben erwähnte Punkt, die wirtschaftlichen und sozialen Folgen, mit den beiden anderen, der Agrar- und der Industrie- und Handelsfrage. Die Erörterung dieses dritten Punktes verbinden wir mit derjenigen dieser beiden anderen Fragen.

Über die Thatsachen der Bevölkerungsfrage — d. h. die in richtigen Zahlen ausgedrückte Zunahme der Bevölkerung im ganzen und ihre Verteilung auf die Geschlechter, die Altersstufen, die Berufe, die Wohnorte, die Veränderungen dieser Zunahme und Verteilung, durch die sogen. „natürliche Bewegung" der Bevölkerung, wie sie in Eheschließungen, Geburten, Todesfällen hervortritt, und durch die sogen. „räumliche Bewegung", die einheimischen und die über die politischen Grenzen gehenden Wanderungen — über dies Alles steht uns zuverlässiges, ziffermäßiges Material, wenigstens für ganze Länder, nur in geringem Maße vor dem Beginn des 19. Jahrhunderts, fast nichts aus dem Altertum, ganz weniges und sporadisches aus dem Mittelalter, etwas mehr und etwas besseres erst seit der Mitte des 17. und aus dem 18. Jahrhundert zur Verfügung. Aber erst das 19. Jahrhundert und auch dieses erst nach und nach, im Laufe des zweiten Drittels, verdient den Namen des (bevölkerungs-) „statistischen" für Europa, mit partieller Ausnahme

des Ostens, für Amerika, für asiatische Gebiete (Indien, Japan) und europäische Kolonien in den anderen Weltteilen. Wesentlich erst mit diesem, aus so kurzen Zeiträumen herrührenden, weil allein zuverlässigeren Zahlenmaterial läßt sich sicherer operieren.

Wir sehen danach, daß die verschiedenen Völker im ganzen gewissen gleichmäßigen Einflüssen der natürlichen Bevölkerungsbewegung unterliegen, die mit dem menschlichen Triebleben, dem Familiensinn, den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhängen. Aber daneben zeigen sich völkerweise und innerhalb der Völker auch wohl stammesweise und nach lokalen Verhältnissen gewisse kleinere spezifische Unterschiede. Hinsichtlich der erstgenannten Einflüsse kann man wohl von fördernden und hemmenden sprechen. Bei günstigeren Erwerbsverhältnissen, auch bei mit durch mäßige Preise der Bedarfsartikel bedingten besseren Lebensverhältnissen, bei günstigen Aussichten, besonders betreffs des Erwerbs, bei politischer Ruhe, gesicherten Zuständen u. s. w. sehen wir ziemlich allgemein eine stärkere Tendenz der natürlichen Volksvermehrung, mehr Eheschließungen, etwas jüngere Heiratsalter, mehr Geburten, weniger Todesfälle, regelmäßig überhaupt und in solchen Zeiten steigende Ueberschüsse der Geburten über die Todesfälle. In entgegengesetzten ungünstigen Verhältnissen, namentlich auch mannigfach schon bei blos erst ungünstigeren Aussichten, treten die umgekehrten Erscheinungen hervor. Die Gesamtverbesserung der politischen, sozialen, wirtschaftlichen Verhältnisse im 19. Jahrhundert, seit 1815, hat, wenn auch ungleich und mit zeitlichen und örtlichen Schwankungen, doch meistens in der Kulturwelt eine rasche Volksvermehrung zu Wege gebracht. Natürlich sind es nur nach der gegebenen wirtschaftlichen Entwicklung — ob mehr noch agrarisch-kleinindustrielle, ob mehr großindustrielle — etwas verschiedene Faktoren, die sich von Einfluß zeigen. Dort mehr der Stand der Preise der wichtigsten Lebensmittel, so früher, hier, so heute, mehr der Stand der allgemeinen Erwerbsverhältnisse.

Äußere Umstände und Einflüsse, die aber zum Teil, wie meist in menschlichen Dingen, psychologisch einwirken, Hemmungsmomente (Malthus' positive oder repressive und präventive Checks), aber auch Förderungsmomente, die doch von jenen zu unterscheiden sind, machen sich geltend. Absichtliche Verhinderungen der Konzeptionen können mitspielen und thun das mitunter in erheblichem Maße („präventiver Geschlechtsverkehr", Zweikinder-, selbst Einkindersystem Frankreichs, aber auch deutscher Bauern ortsweise und der „höheren Klassen" mehrfach überhaupt). Aber die von Brentano in seiner zweiten Artikelreihe (Art. V in der „Hilfe" vom 14. Juli 1901) vertretene Behaup-

tung, daß Malthus und ich mit ihm uns eines „psychologischen Fehlers“ schuldig machten, weil wir annähmen, „das Verhältnis der Menschen zum Geschlechtsgenuß bliebe sich ewig gleich“, es ändere sich vielmehr stark (?) mit der steigenden Kulturstufe, und alles, was er dazu beifügt und an Folgerungen daraus ableitete, beruht — auf willkürlichen Annahmen, Illussionen, fast wie bei Carey oder Spencer, hinsichtlich der wirklichen Abnahme der Tendenz der Befriedigung des Geschlechtsgenusses. Oder Brentano identifiziert eben Befriedigung des Geschlechtsgenusses und deren mögliche, aber nicht notwendige Folge — Kindererzeugung, indem „er in der Abnahme der natürlichen Bevölkerungszunahme zunächst bei den höheren Klassen“, daher implicite auch vornehmlich in geringerer Geburtsziffer, ganz willkürlich den Beweis für seinen Satz findet: daß „je mehr der Mensch sich über die tierische Stufe erhebt, desto mehr die Bedeutung, welche er dem Geschlechtsgenuß für sein Wohlbefinden beilege, geringer werde, weil andere Genüsse und Erwägungen in Konkurrenz mit ihm treten.“ Da walten wohl individuelle, kaum große Unterschiede in Kulturperioden ob, jedenfalls keine durchschlagenden, wie er annimmt.

Eine bestimmte Entwicklungstendenz in den Relativzahlen, der sogen. Eheschließungs-, Geburts- und Sterbeziffer (d. h. der Quote dieser Fälle von der Bevölkerung) wird, wenigstens für ganze Staatsbevölkerungen und für diejenige größerer Gebietsteile, bisher kaum nachzuweisen sein. Was Brentano darüber kurz anführt, ließe sich mannigfach widerlegen, so namentlich in betreff der Abnahme der Geburtsziffer in Verhältnissen, wo diese Abnahme günstig zu beurteilen wäre. Man hat zwar auch gerade mit neuerem und neuestem Material (Band 44, Neue Folge, der deutschen Reichsstatistik, Vierteljahrshefte 1901 Heft 1) nachweisen können, daß sich ziemlich allgemein nach einem Maximum der Geburtsziffer in Mitte der 1870er Jahre, in Deutschland z. B. 1876 (42,61 Promille), eine Abnahme zeigt (1899 auf 37,11 bei uns). Aber in längeren Durchschnitten beobachtet man doch eine große Stabilität. So stimmen z. B. in Deutschlaud die durchschnittlichen Geburtsziffern von 1841—50, 37,6, mit denen von 1891 – 99, 37,4, auch die Trauungsziffern, 8,1 und 8,2 Promille, fast genau überein, während sie in ganzen Jahrzehntzahlen, vollends in einzelnen Jahren, inzwischen teils etwas höher, teils etwas niedriger waren. Nur die Sterbeziffer hat, mit Schwankungen, in neuester Zeit ziemlich stark abgenommen, besonders erheblich in den 1890er Jahren. In größeren Jahresperioden, z. B. in zehnjährigen, bis 1880, war aber auch sie bei uns beinahe die gleiche (1841—50 28,2, in den 3 folgenden Jahrzehnten 27,8, 28,5, 28,8, erst 1881—90 26,5, 1891—99 23,5 Promille).

Mit den Durchschnittszahlen für Staaten, Provinzen und selbst einzelne Orte läßt sich indessen auf diesem Gebiete wenig beweisen, weil diese Zahlen Ergebnisse sehr verschiedener Componenten und mitwirkender Momente sein können. Veränderungen der Zusammensetzung der Bevölkerung nach Berufen, Geschlecht, Verheirateten und Unverheirateten, vor allem nach Lebensaltern u. v. a. m. führen auch zu anderen Geburts-, Heirats- und Sterbeziffern und in größeren Gebieten können wieder die Veränderungen im einen Teil diejenigen in anderen ausgleichen. Nach strengeren wissenschaftlichen Anforderungen muß man daher die Zahlen in ihre Bestandteile zerlegen. Das gestattet aber das Material nicht immer ausreichend, die Feststellung bestimmter Tendenzen der Entwicklung, der Erhöhung oder Verminderung der Geburts-, Heirats-, Sterbeziffern ist indessen auch dann nur mit großer Vorsicht statthaft. Wenn Brentano z. B. von einer „Bestätigung seiner Lehre durch die amtliche Statistik" spricht (Artikel V, Hilfe Nr. 28, S. 4), weil von 1876 an die Geburtsziffer im Reichsdurchschnitt ziemlich stetig wie vorhin angegeben herabgegangen sei, so ist das eine kühne Behauptung. Die Jahre gleich nach dem Kriege 1870/71 hatten zumal in Deutschland begreiflicher Weise rasch steigende hohe Heirats- und Geburtsziffern (wie damals selbst in Frankreich), die hinterher wieder erheblich abnahmen, ganz in Einklang mit meiner Erklärung. In den Jahrzehnten vorher, besonders seit 1840, ist die Heirats- und Geburtsziffer in längeren Durchschnitten wie in einzelnen Jahren schon öfters nur ebenso hoch und selbst mehrfach niedriger als in den 1890er Jahren gewesen. Geht man auf einzelne Gebiete wie selbst noch von der Größe preußischer Provinzen, baierischer Bezirksgruppen, anderer Mittelstaaten ein, so tritt uns keineswegs eine allgemeine Abnahme der Geburtsziffer, etwa mit „steigender Kultur" in diesen ca. 60 Jahren entgegen, sondern wiederum wesentlich die Abhängigkeit dieser Ziffer vom Gang des Erwerbslebens, den Teuerungs- und Wohlfeilheitszeitverhältnissen, und auch — von der veränderten Zusammensetzung der Bevölkerung nach Altersklassen und Berufen (industrielle Arbeiter u. s. w.) — auch wohl von veränderter Zusammensetzung in nationaler Hinsicht (polnische Arbeiter im Westen!). Aus den Daten der beiden genannten reichsstatistischen Publikationen läßt sich das leicht erweisen. Z. B. sind die Geburtsziffern für die Provinz Posen allerdings im Durchschnitt von 1870—80 von 46,22 auf 43,0 in 1890—99 herabgegangen, aber 1851 bis 60 waren sie durchschnittlich auch schon nur 43,36 ‰. In Schlesien ist die gleiche Zahl 41,65 in 1871—80, 41,2 in 1890—99, 1841—50 war sie mit 40,24, 1851—60 mit 39,82 niedriger (in beide letzten Perioden fielen allerdings starke Teuerungsjahre). In der Provinz Sachsen, deren Bevölkerungszusammensetzung sich erheblich verändert hat, war die Geburts-

ziffer 37,8 in 1890—99, genau wie 1841—50, nachdem sie in der Zwischenzeit, auch nach den zehnjährigen Durchschnitten, höher gewesen. In einem der Hauptindustriegebiete Deutschlands, im Königreich Sachsen, dessen Bevölkerung bekanntlich stärker als fast in jedem anderen ähnlich großen Gebiete in Deutschland gewachsen und immer industrieller geworden, auch notorisch, trotz immer noch knapper Lebenshaltung der Volksmassen, eine wesentliche Hebung dieser Lebenshaltung erreicht hat, wo man also die Einflüsse „steigender Kultur" besonders erwarten müßte, ist die durchschnittliche Geburtsziffer allerdings 1890—99 mit 41,4 °/₀₀ nicht unwesentlich niedriger als 1871—80 (44,69), aber immer noch etwas höher als 1841—60 (41,33 in 1841—50, 41,01 in 1851—60). In einer anderen so stark industriell gewordenen Provinz, in Westfalen, ist selbst fast keine Verminderung der Geburtsziffer 1890—99 gegen 1871—80 wahrzunehmen (41,02 jetzt, 41,61 damals), vordem war sie erheblich niedriger (1851—60 mit 34,86). In der gleichfalls hochindustriellen Rheinprovinz, die das entwickeltste deutsche Industriegebiet enthält, den Düsseldorfer Bezirk, steht zwar die Geburtsziffer jetzt mit 38,6 in 1890—99 niedriger als 1871—80 mit 41,04, aber in den vorausgehenden Jahrzehnten war sie immer niedriger als jetzt, 1851—60 35,76 °/₀₀. Immer folgen diese Bevölkerungen noch nicht der Brentanoschen vorerwähnten Auffassung und Forderung hinsichtlich der Ersetzung des Geschlechtsgenusses durch andere Genüsse genügend! In Verbindung mit der Verbesserung der Sterblichkeit liefern uns „unsere polnischen Landsleute" bei ihrer hohen Geburtsziffer nur einen besonders starken Beitrag zu unserer hochgepriesenen starken „deutschen" Volksvermehrung, im Osten und nunmehr auch im Westen, ein in der Frage auch beachtenswerter, bisher dabei aber kaum beachteter Punkt.

Brentano fragt seltsamerweise, was ich denn eigentlich „beabsichtigte", um die Volkszunahme zu vermindern, ob Verringerung der Geburtsziffer oder Vergrößerung der Sterblichkeit! Ich „beabsichtige" überhaupt hier nichts, ich weise nur auf die Thatsachen und ihre Folgen hin und beurteile diese. Selbstverständlich wünschte ich aus mehr als einem Grunde, mit Rümelin und so vielen Anderen, eine Verringerung der Geburtsziffer, wo diese überhoch ist, ich sehe sie aber nicht oder nicht genügend eintreten, auch nicht unter dem Einfluß des von Brentano angenommenen Moments steigender Kultur. Bei der erfreulichen Verbesserung der Sterblichkeit, deren ökonomische und soziale Kehrseite allerdings im Folgenden auch berührt wird, haben wir so jene großen Geburtsüberschüsse und die daraus hervorgehenden erhöhten Schwierigkeiten der Bevölkerungsfrage. Gerade aus diesen Verhältnissen, nicht aus dem Kornzoll, droht immer wieder jene „Ver-

elendung der Massen" hervorzugehen, deren Herbeiführung zu verlangen (!!) mir Brentano wegen meines Eintretens für den Kornzoll schuld giebt und gegen welche der „Industriestaat" keine genügende Sicherheit giebt noch geben kann.

Ob etwa verbesserte Lebensverhältnisse allgemeiner zu einer gewissen bleibenden Ermäßigung einer überhohen Geburtsziffer und zu einer bleibenden und zunehmenden Verringerung der Sterbeziffer führen, steht, selbst für unsere Kulturvölker Europas, demnach dahin. Schlüsse aus einzelnen Volkskreisen, aus Verhältnissen der höheren Klassen, lassen sich nicht sicher auf das ganze Volk übertragen. Ich bin geneigt, auch noch nach und gerade wieder nach den neuesten Zahlen der letzten Jahre, besonders in Deutschland, den Schluß zu ziehen, daß jede erhebliche Verbesserung der Lebensverhältnisse sofort wieder der Volksvermehrung stark Vorschub leistet. Die Zunahme der Eheziffer (von 1895—99 von 7,91 auf 8,55 Promille) giebt zu denken. Wenn die Geburtsziffer seit 1894 nur wenig gestiegen ist, so wollen wir erst einmal deren Entwicklung in den nächsten Jahren 1900 ff. abwarten. Sie wird sich wohl nur dann nicht vermehren, wenn die Wirtschaftskrise des „Industriestaats", die bereits eingetreten ist, länger andauern sollte. Bei der Abnahme der Sterbeziffer ist aber nicht zu übersehen, daß sie besonders mit durch die Verringerung der Kindersterblichkeit bedingt ist, vielleicht auch ein Weniges durch diejenige im höheren Lebensalter, kaum wesentlich im „produktiven" Alter (16./20.—60./65. Lebensjahre). Das bedingt daher eine stärkere Belastung der erwachsenen Generation mit der Aufziehung der nachfolgenden, d. h. wenigstens zeitweise einen vermehrten wirtschaftlichen Druck auf die produktiven und erwerbenden Elemente hierdurch. Brentano macht dagegen in seiner zweiten Artikelreihe unhaltbare Einwendungen. Ob und wieweit die mittlere Lebensdauer unserer Bevölkerung im produktiven Alter zugenommen hat, steht dahin. Darauf aber kommt es doch wesentlich an, was Brentano übersieht. Wo in einzelnen Ländern große Verschiedenheit der Geburtsziffer besteht, wie zwischen den meisten europäischen, namentlich germanischen und slavischen Ländern, übrigens ebenso auch Italien einerseits, Frankreich andererseits, da tritt diese Verschiedenheit in dem angedeuteten Belastungsfaktor deutlich hervor: in Deutschland, England u. a. L. m. kommen knapp zwei Drittel Erwachsene auf ein reichliches Drittel „Kinder" (bis inkl. 15 Jahren) in der Gesamtbevölkerung, in Frankreich auf jene nahezu drei Viertel, auf diese nur ein reichliches Viertel (27 v. H.).

In letzteren Daten wird der vorhin berührte Umstand gleich besonders mit beleuchtet, nämlich daß nach Völkern, Stämmen, Lebensgewohnheiten allerdings sich auch noch mehr oder weniger konstante Verschiedenheiten

in der natürlichen Bevölkerungsbewegung zeigen. Gerade Frankreich, auch, wenigstens neuerdings, seit der großen Massenauswanderung in den 1840er Jahren, Irland belegen das, mit ihrer in ähnlich großen Gebieten sonst in Europa nicht vorkommenden konstant niedrigen Geburtsziffer, bei zwar allerdings in Irland, aber kaum in Frankreich wesentlich niedrigerer Heiratsziffer (Frankreich ca. 22, Irland ca. 23, Deutschland ca. 36, Italien ca. 35, England und Schottland ca. 30, Deutsch-Österreich ca. 37 Promille Geburten, ohne die oben eingerechneten Totgeborenen hier, in den 1890er Jahren). Die Unterschiede, welche wir sonst in der Geburtsziffer europäischer Länder und innerhalb der einzelnen Gebietsteile derselben (Provinzen u. s. w.) finden, spiegeln wohl teilweise auch etwas nationale und Stammeseinflüsse wieder, so in der höheren Geburtsziffer der Slaven, auch in Deutschland. Aber mit der Annahme eines allgemeinen Einflusses des „Kulturstandes" und des gesamten „Durchschnittscharakters" der Wirtschaft und des Wohlstandes auf diese Ziffern wird man doch, wie gesagt, sehr vorsichtig sein müssen. Das Richtige bleibt wohl die Annahme, daß, ruhige politische Verhältnisse vorausgesetzt, unsere deutsche und die übrige europäische, wie auch die amerikanische, wahrscheinlich aber auch die asiatische Volksvermehrung — letztere besonders unter dem Einfluß ruhige, geordnete Verhältnisse verbürgender europäischer Verwaltung (Indien) — einigermaßen in dem Tempo, ich sage nicht dem überraschenden des letzten Jahrzehnts (13,93 ‰ in Deutschland!), aber des letzten halben Jahrhunderts (in Deutschland ca. 11 ‰) sich ähnlich weiter vermehrt, wenn die allgemeinen Wirtschaftsbedingungen dafür erfüllt werden — und sich erfüllen lassen. Das ist eine stärkere Vermehrung, als sie mutmaßlich früher jemals längere Zeit hindurch stattgefunden hat.

Die großen Massenwanderungen, die internationalen und die innerhalb des Wohngebiets und nächsten Nachbargebiets einer Nation sich vollziehenden, sind Jahrhunderte lang zum Stillstand in West- und Mitteleuropa gekommen gewesen, seit jener Periode der großen par excellence sogen. „Völkerwanderung", welche von Osten und Nordosten nach Süden und Westen ging, und seit der umgekehrten von Westen nach Osten, welche in einer Reihe von Jahrhunderten des Mittelalters im deutschen Machtgebiet und im Eroberungsgebiete auf slavischem (oder slavisch gewordenem) Boden zur „Kolonisation des deutschen Ostens" führte, in „Ostelbien" im Norden, im „Ost-Inn"- und Mitteldonaugebiet im Süden. Erst die Kommunikationstechnik des 19. Jahrhunderts, mit Anderem verbunden, hat neue europäische Massenwanderungen aus Europa weg, meist über See nach Westen, Süden und Südosten (Nord-, südliches Südamerika, Australien) herbeigeführt. Aber so stark sie aus der ganzen germanischen Welt, auch aus Italien, neuerdings

unter Beteiligung der Slaven, waren, wo bei den Russen auch die nach Sibirien mit zu berücksichtigen ist: sie haben doch nur in kleineren Gebietsteilen einen merklicheren Einfluß auf langsamere Volkszunahme, hier und da auch einmal auf Abnahme der lokalen Bevölkerung ausgeübt. Thatsächlich haben sie vielmehr gewöhnlich nur einen kleinen Bruchteil des Geburtsüberschusses aufgezehrt, etwas mehr davon stets nur vorübergehend, wie in Deutschland 1872 ff. und besonders 1880—84, selbst im Jahre der höchsten deutschen Auswanderung, 1881 (221 000 Kopf oder 4,86 ‰ der Volkszahl) noch erheblich weniger als die Hälfte des Geburtsüberschusses (11,57 ‰). Seitdem ist diese Auswanderung mit Schwankungen viel kleiner geworden, 1897—99 sogar nur 0,43 ‰ der Bevölkerung bei einem Geburtsüberschuß von 14,89 ‰. Es ist aus manchen Gründen auch unwahrscheinlich, daß diese überseeische Massenauswanderung sich wieder einmal auf ihre frühere zeitweise Höhe steigert, jedenfalls aber auch dann nur kurz vorübergehend. Daher muß wohl im ganzen damit gerechnet werden, daß bei uns der Geburtsüberschuß ziemlich ganz zur Vermehrung der heimischen Bevölkerung führt. Das einzige größere Land mit starker bleibender Abnahme der Bevölkerung durch die Massenauswanderung (über den Ozean, aber auch über das Meer nach Großbritannien) ist das arme Irland, dessen natürliche Volksvermehrung neuerdings aber auch schwächer als, mit Ausnahme Frankreichs, diejenige jedes anderen größeren vergleichbaren europäischen Landes ist.

So stehen die Thatsachen. In der Beurteilung derselben herrscht ohne Zweifel im ganzen die Meinung vor, daß rasche starke natürliche Volksvermehrung, namentlich die durch Abnahme der Sterblichkeit bei nicht überhoher, aber auch bei nicht zu niedriger Geburtsziffer bedingte, etwas, besonders in wirtschaftlicher, politischer und kultureller Hinsicht, durchaus Erfreuliches, ja Gebotenes, das Gegenteil etwas Bedenkliches ja Verhängnisvolles sei, so die Verhältnisse in Frankreich. Ähnlich lautet das Urteil über die Auswanderung, ungünstig über eine starke, günstig über eine schwache. Die unvermeidliche Vermehrung der Volksdichtigkeit bei großem Geburtsüberschuß und geringer Auswanderung wird überwiegend als notwendige Folge dieser Verhältnisse nicht nur hingenommen, sondern gern gesehen. Die weitere, sei es Folge und Wirkung, was in der That großenteils vorliegt, sei es begleitende Erscheinung, die Vergrößerung der Städte, das Hindrängen der wachsenden Bevölkerung dahin, alles, was sonst noch damit an Änderung der örtlichen Verteilung, der Beschäftigung, an industrieller Entwicklung u. s. w. zusammenhängt, gilt nicht minder meistens für den „großen Fortschritt“, für Bedingung, Ursache, wie für Folge, Wirkung „höherer Kultur“.

Ich stehe nun nicht durchaus ablehnend der geschilderten optimistischen Ansicht gegenüber, wie mir vorgeworfen worden ist und auch Brentano wiederholt — ich behauptete, sagt er, schon in seinem ersten Artikel, daß eine „reiche Bevölkerungsvermehrung nichts Erfreuliches sei", in der zweiten Artikelserie kommt er auf diesen Punkt zurück und polemisiert weiter gegen mich. Ich verkenne nicht das Gute, das Erfreuliche der starken Volksvermehrung. Aber ich verkenne daneben auch nicht das vielfach Bedenkliche, unter sonst gegebenen Verhältnissen, wie z. B. denjenigen bei uns heute und in anderen westeuropäischen Ländern, kurz ich beachte neben dem Avers auch den Revers der Medaille; und ich vergegenwärtige mir mehr als Andere die Schwierigkeiten, welche aus dieser steigenden Volksdichtigkeit — der springende Punkt — für die regelmäßige Beschäftigung, Ernährung und Zufriedenstellung der immer anspruchsvoller werdenden größeren, immer mehr in den Städten, den Großstädten konzentrierten Bevölkerung unvermeidlich erwachsen; ich beachte weiter auch die Gefahren, welche aus diesen Verhältnissen hervorgehen. Brentano spottet über diese wie über meine Befürchtungen der Zukunft des Industriestaats, aber hat nichts Durchschlagendes gegen mich vorzubringen.

Ich weiß sehr wohl, daß von Jäger- und Fischervölkern, — soweit man davon sprechen darf — und von rein okkupatorisch oder in primitivstem Ackerbau ihre Nahrungsmittel u. s. w. gewinnenden Bevölkerungen durch zahlreiche ökonomisch-technische Stufen hindurch bis zur „Höhe" der heutigen „industriestaatlichen und weltwirtschaftlichen" Stufe ein Fortschritt der Wirtschafts- und Kulturentwicklung geht, der mit Volkszunahme und höherer Volksdichtigkeit in Wechselwirkung steht. Aber ich weiß auch, daß stets „Übervölkerung" eintritt, wenn eben nicht die Existenz- und Gedeihens-Bedingungen der Bevölkerung, welche eine jede solche Stufe voraussetzte, gesichert und diejenigen der nächsthöheren erfüllt werden. Ich verkenne nur solche Bedingungen auch für die heutige Stufe nicht, wie es meiner Ansicht nach die optimistischen Industriestaatler zu sehr thun, und unterschätze jedenfalls die Schwierigkeiten, welche der Erfüllung dieser Bedingungen auch heute und gerade heute und vollends bei immer weiterer rascher Volksvermehrung entgegen stehen, nicht so wie jene Optimisten oder jene große Schar, die überhaupt, wie z. B. die Masse unserer „Praktiker", nicht über das Heute hinüber oder höchstens bis auf das Morgen hinaus schaut. Brentano „widerlegt" mich spottend mit dem Märchen von der „klugen Else"!

Ich freue mich einerseits der steigenden Volkszahl Deutschlands, auch selbst in einer Hinsicht unserer Großstädte, freue mich, daß im deutschen Reichsgebiete, wo 1816 46 Menschen auf dem Geviertkilometer wohnten,

jetzt 104,2 wohnen und — besser leben, während in Frankreich z. B. die damals schon 53 auf diesem Raum sich nur auf 72,2 vermehrten. Ich leugne nicht, daß wir, auch mit deswegen, „Frankreich übergekommen" sind. Ich würdige es, daß Groß-Berlin Paris bald erreicht, wenigstens an Volkszahl. Ich äußerte noch neulich in Wien meine Freude darüber, daß diese alte Kaiserstadt, das heutige „Groß-Wien", doch trotz Pest und Prag in 10 Jahren sich um über 300 000 Seelen an Volkszahl vermehrt habe (von 1 346 000 auf etwa 1 700 000). Ich wies aber damals und weise hier wieder darauf hin, was es heißt, in einer solchen Stadt 300 000 Menschen, im Deutschen Reich fast jährlich über 800 000 Menschen mehr zu ernähren, zu beschäftigen, aufzuziehen, zufrieden zu stellen u. s. w. Ich habe jüngst in öffentlicher Rede und gelegentlichen Aufsätzen, wie schon vor einigen Jahren in umfassender wissenschaftlicher Behandlung des Gegenstandes in meiner „Grundlegung der Politischen Ökonomie" auch hervorgehoben, welche Schwierigkeiten diese immer weitere Volksvermehrung, Dichtigkeitszunahme, städtische Zusammenhäufung, Beschäftigung, Ernährung, kulturelle und sittliche Ausbildung und — Zufriedenstellung und Zufriedenerhaltung einer solchen immer größeren, immer mehr städtisch lebenden, industriell und merkantil beschäftigten, immer anspruchsvoller werdenden Bevölkerung unvermeidlich mit sich brächten.

Meines Erachtens so große, daß diese „Bevölkerungsfrage" trotz aller technischen Fortschritte heute wie stets eine der ernstesten des Volkslebens sei; daß ohne befriedigende Lösung dieser Schwierigkeiten eine immer weitere Vermehrung der heimischen Bevölkerung, mindestens in der neuerlichen Raschheit, immer bedenklicher werde, daß sich diese Lösung keineswegs „so von selbst" aus dem „freien Spiel der wirtschaftlichen Kräfte heraus", auch nicht innerhalb des weltwirtschaftlichen Getriebes, ja da erst recht nicht sicher, vollziehe. Ich schloß daraus weiter, daß eben deshalb ein langsameres Tempo der Volksvermehrung Vorzüge habe, daher ein rascheres wenigstens nicht noch immer künstlich durch die „industriestaatliche" Wirtschaftspolitik begünstigt werden müsse. Ich fasse Alles hier so zusammen: es taucht mir die Frage auf, ob nicht auch ein Volk mit einer mäßigeren Anzahl seiner Angehörigen und langsamerer Vermehrung derselben, aber mit qualitativ tüchtigerer Bevölkerung und mit stärkerer Autarkie in seinem Wirtschaftsleben besser dastehe, als ein so überrasch sich vermehrendes, das sein Wirtschaftsleben auf Fernher-Bezug von Agrarprodukten und Fernabsatz von Fabrikaten, d. h. auf ein völlig schwankendes Fundament, begründe.

Jedenfalls vergegenwärtige ich mir, was die Optimisten in der Frage der Volkszunahme und des Industriestaats, auch Brentano, so völlig unterlassen zu dürfen glauben, die Gefahr einer Übervölkerung bei so rascher

Volksvermehrung und bei diesem schwachen Fundament des Industriestaates und sehe diese Gefahr hier ebenso wie in jeder früheren geschichtlichen Phase der Volkswirtschaft. Man muß nur nicht, wie die Gegner, mit der sogen. absoluten Übervölkerung in der Frage operieren. Diese liegt allerdings heute selten vor, ist zwar nicht immer, aber doch glücklicherweise meistens bei uns (anders in China, Indien) ein Phantom, das zu zerstören aber eben deshalb nichts bedeutet. Es dreht sich wesentlich um die Frage der sogen. relativen Überbevölkerung, wie ich sie in meiner „Grundlegung" (3. Aufl. I, S. 656 ff.) auffasse. Ich kann mich nur auf das dort Gesagte beziehen, schalte aber bei der Wichtigkeit der richtigen Fragestellung meine dortige Fassung des Problems der relativen Übervölkerung hier ein. Diese liegt m. E. vor, „wenn die Bevölkerung, insbesondere die sog. arbeitenden Klassen, bei aller Fähigkeit und allem guten Willen zur Erwerbsthätigkeit nicht sichere und genügende Beschäftigung und Erwerb findet, und zwar nach Maßgabe folgender drei Reihen von Umständen: einmal nach den gegebenen ökonomisch-technischen Verhältnissen der Produktion, namentlich nach den Bedingungen für den Absatz der Arbeitserzeugnisse und für die dafür erlösten Preise, sowie nach denjenigen für den Bezug und die Preise der bedurften Produkte (der kritische mißliche Punkt im Industriestaatssystem, wie wir unten sehen werden); zweitens nach der gegebenen Rechtsordnung für Produktion und Verteilung der Produktionserträge (Einkommenbildung); endlich drittens aber auch nach den auf Grund der erreichten Lebenshaltung gestellten Ansprüchen, sowohl in betreff der Art, des Maßes, des Lastgefühls der Arbeitsleistung, als auch bezüglich der Art, des Maßes, des Lustgefühls der Entlohnung, bezw. der Bedürfnisbefriedigung." Gerade diese dritte Reihe von Momenten wird in der Frage zu wenig berücksichtigt. Kann man aber, kann man auch im „Industriestaat" in diesen Punkten keine Garantieen geben, so mag immer noch eine große steigende Bevölkerung nicht Hungers sterben, nicht „absolute" Übervölkerung vorliegen, nach dem Maßstab ostasiatischer Lebenshaltung mag die Bevölkerung immer noch existieren können. Aber nach dem Maßstab westeuropäischer kann sie es eben nicht, damit aber — unterliegt sie den Folgen der Übervölkerung. Dagegen schützt auch das System des Industriestaats nicht.

Damit wären wir bei den bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieser neueren Bevölkerungsvermehrung und Gesamtentwicklung unseres Volkslebens angelangt und damit denn auch bei den beiden weiteren Spezialfragen, der Agrar- und der Industrie- und Welthandelsfrage.

Doch mag zuvor noch ein besonderes gegnerisches Argument berührt werden. Die rasche starke Volksvermehrung soll insbesondere für Deutschland

nicht nur wirtschaftlich, sondern vornehmlich auch politisch noch ein besonderer Segen, ja eine Notwendigkeit sein, weil wir nur so Frankreich immer mehr überlegen werden — heute schon im Verhältnis von 3:2 der Volkszahl, 56,3 gegen 38,8 Millionen — und nur so hinter anderen Staaten an politischer Macht u. s. w. nicht zu weit zurückstehen, so gegen die slavischen Länder, Rußland voran, mit einem neuerdings mindestens ebenso starken Geburtsüberschuß als Deutschland und mit bereits fast der doppelten Bevölkerung (europäisches Rußland mit Finnland schon 1897 106,2 Millionen) und gegen Nordamerika, bei dem neben dem großen Geburtsüberschuß noch die starke Einwanderung in Betracht kommt, mit schon 76,2 Millionen Bewohnern in 1900, also zwei Fünfteln mehr als in Deutschland.

Ich will dies Argument nicht ganz ablehnen, aber möchte seine Tragweite wesentlich einschränken. Gerade unsere beiden Nachbarn im Osten und Westen zeigen, daß es für politische Macht, Wehrkraft und für alles Andere, Wirtschaft, Kultur, wahrlich nicht nur und vielfach nicht in erster Linie auf die bloße Volkszahl, deren Größe, deren Vermehrung ankommt. China zeigt es noch mehr. Der Zahl nach steht es noch heute ganz Europa an Bevölkerung etwa gleich! Und was leistet es militärisch, politisch?!

Mit der Volkszahl können wir aber politisch, militärisch wie wirtschaftlich und kulturell überhaupt den internationalen Konkurrenzkampf nach diesen drei Seiten mit Völkern und Staaten, die einmal ein weit größeres Staatsgebiet inne haben als wir, nicht entscheiden. Wir können ihn wesentlich zu unseren Gunsten nur durch die Qualität unserer Bevölkerung, durch die Überlegenheit unserer Leistungen und Staatseinrichtungen bestehen. Diese Überlegenheit ist aber schwieriger zu erlangen und zu behaupten, wenn ein sehr erheblicher Teil der einer Nation zur Verfügung stehenden wirtschaftlichen Mittel, sozialen und sittlichen Kräfte, auch des Zeitaufwandes der Erwachsenen, der Eltern u. s. w. immer durch die Aufzucht einer sehr starken Kindergeneration gebunden und der Verwendung zur besseren materiellen Pflege, aber auch zur größeren allseitigen erzieherlichen Fürsorge und besseren kulturellen Entwicklung, wie es bei einer kleineren Kindergeneration möglich wäre, entzogen wird! Was sich da, unter übrigens gleichen Umständen, von größeren Schwierigkeiten in der kinderreicheren gegenüber der Familie mit geringerer Kinderzahl zeigt, und tausendfach jeden Augenblick konstatiert werden kann, das zeigt sich doch ebenso beim Vergleich mit Völkern größerer und kleinerer Geburtsziffer, rascherer nnd langsamerer Vermehrung.

Das wird in der ganzen Frage oft zu sehr übersehen und ist die bedenkliche Kehrseite der raschen Volksvermehrung durch große Geburtsüberschüsse. Indessen handelt es sich ja gar nicht um Extreme: entweder französische Stabilität mit Zweikindersystem oder slavisch-germanische Volkszunahme mit Familien von durchschnittlich vier bis fünf und oft viel mehr Kindern, sondern nur um Würdigung der guten und üblen Seiten dieser verschiedenen Verhältnisse in objektiver Weise. Eine weitere, wenn auch nicht gerade so starke Vermehrung wie neuerdings, wird in Deutschland, verbleibende ruhige politische Entwicklung vorausgesetzt, als wahrscheinlich noch für länger anzunehmen, auch einstweilen immer noch als in einer Hinsicht erfreulich zu bezeichnen sein. Wie lange diese große Zunahme dauern wird, steht freilich dahin. Schon für den Schluß des 20. Jahrhunderts auf Grund der neuerlichen Zunahme für Deutschland die Zahlen zu berechnen, um für diese Menschenmenge die Frage der Möglichkeit ihrer Ernährung mit heimischen Agrarprodukten zu erörtern, wie es geschehen, sogar von G. Schmoller, halte ich für völlig unzulässig. Denn die Stärke der weiteren Zuwachsrate in längeren Perioden ist die unbekannte Größe und ihr langzeitiges Gleichbleiben vor allem der historischen Erfahrung entgegen, wie schon Rümelin treffend durch die Annahme der bisherigen Zuwachsrate länger zurück bewiesen hat, da das bald zu unmöglichen, d. h. zu viel zu kleinen Zahlen führen würde.

Nur die Kehrseite so rascher Volkszunahme muß, wie gesagt, nicht vergessen werden und nur der Schluß ist abzuweisen, daß wir es wegen der Konkurrenz mit mächtigen fremden Staaten diesen an Volkszunahme auf unserem Gebiete durchaus mindestens gleich thun müßten, um in der Bevölkerungsgröße gegen sie nicht zu sehr ins Hintertreffen zu kommen. In diesem Punkte können wir mit Rußland, Nordamerika, dem ganzen britischen Weltreich, China schon heute nicht konkurrieren, so wenig als in Asien es Japan gegenüber China, Rußland kann, und wir werden es später noch weniger können. Das sind feste Thatsachen, mit denen wir rechnen müssen. Eben deswegen in der auswärtigen Politik und in den politischen Machtfragen: gute Diplomaten, zuverlässige Bundesgenossen, aber vor allem doch eine Wehrkraft zu Lande und zu Wasser, bei der natürlich das quantitative Moment nicht gleichgiltig ist, und wir in dessen Entwicklung so weit gehen sollten, als wir können, aber für welche das qualitative Moment, daher die tüchtige Beschaffenheit auch eines an Zahl hinter anderen zurückstehenden Volkes, das Wesentlichste sein und bleiben muß. Und das hängt wieder mit den Fragen von Agrar- und Industriestaat zusammen.

Vorher indessen noch ein Wort zur Abwehr.[1])

In diesen Ausführungen „Zur Bevölkerungsfrage“ habe ich meinen Standpunkt in dieser Alles beherrschenden Frage zur Genüge, wie ich glaube, dargelegt und begründet, so schon in den ursprünglichen Artikeln, so vollends in diesem nunmehr erweiterten vierten Abschnitt dieser Schrift. Ich halte alles Gesagte auch den verschiedenen Anzapfungen gegenüber, die mir dafür in der Presse zu teil geworden sind, und auch Brentano's zweiter Artikelreihe gegenüber aufrecht. Wenn die „Hilfe“, ohne vom Inhalt dieser beiden Artikel Notiz zu nehmen, die Polemik v. Gerlachs („Hello's“ in der „Welt am Montag“) sich zu eigen macht, so beweist sie mir eben damit nur, daß sie so wenig wie v. Gerlach in das ganze Bevölkerungsproblem bisher eingedrungen ist — und dazu offenbar so wenig als v. Gerlach auch nur ein Bedürfnis empfindet. Mit seiner platten Auslegung von Bibelsprüchen, wie „Seid fruchtbar und mehret Euch“, gewinnt man keinen richtigen wissenschaftlichen noch höheren praktischen Standpunkt in dieser schwierigsten Frage. Die Vorwürfe wegen „Malthusianismus“ von anderen Seiten laufen auf Mißverständnisse der Malthusschen, im Kern unumstößlichen Auffassungen hinaus und treffen meine eigene Stellung in und zu der Bevölkerungsfrage vollends nicht.

Auch der Tadel eines großen, meiner sozialpolitischen Richtung und Person sonst nicht übelwollenden katholischen Preßorgans, der „Köln. Volkszeitung“, daß mein Hereinziehen der Bevölkerungsfrage in die Diskussion eine „Entgleisung“ sei, wie sie „Professoren“ in der praktischen Politik leicht begegne, nehme ich getrost hin. Die ganze Art der Preßpolemik in diesen Punkten zeigt mir wiederum einmal an einem drastischen Beispiel, wie ungemein leicht sich ein großer Teil der öffentlichen Presse die Polemik gegen Gegner und deren abweichende Ansichten macht und wie außerordentlich oberflächlich die Behandlung solcher schwieriger Fragen dann ausfällt. Mit einigen Schlagworten, wie in dem Artikel „Hello's“, wird alles erledigt und die trivialsten Einwendungen werden einem entgegengehalten. Als ob man sie nicht selbstverständlich sich selbst längst und sofort gemacht hätte, ohne sie eben für entscheidend anzusehen. Mir fällt dabei immer wieder ein, wie mein verstorbener Freund Ernst Engel, der große geniale Statistiker, gerne gewissen Opponenten gegen seine Auffassungen in schwierigen Fragen derb antwortete: „Halten Sie mich denn wirklich für so dumm oder so unwissend, daß ich diese flachen Einwürfe nicht sofort selbst bedacht und hinfällig be-

[1]) Aus dem Artikel „Zur Abwehr“ in Nr. 193 der „Tägl. Rundschau“ vom 26. April 1901.

funden habe?" Das möchte ich meinen Gegnern in der Bevölkerungsfrage auch erwidern. Ihre Kampfweise ist eben die von — Agitatoren. Gegen diese Manier verwahre ich mich, aber halte es auch nicht für notwendig, immer von neuem meinen Standpunkt darzulegen und zu begründen. Auch die Einzelheiten der Preßpolemik in dem Helloschen Artikel und sonst, zeigen eben, daß die Herren wirklich zu wenig Kenntnis der Thatsachen haben, z. B. über den behaupteten Zusammenhang zwischen geringerer Geburtsziffer und Prostitution, als daß es sich lohnte oder für den Kenner der Mühe wert wäre, alle solche falsche Einzelheiten und die daraus gezogenen Schlüsse zu berichtigen. England, nicht Frankreich, mit einer um ein Sechstel geringeren Geburtsziffer als Deutschland, hat keine größere Prostitution und in unseren Provinzen mit kleiner Geburtsziffer ist sie auch nicht größer als in denen mit großer, mehrfach verhält es sich eher umgekehrt.

So mögen die werten Herren mich für „widerlegt" und meine populationistischen Ansichten für völlig verfehlt halten, — meinethalben.

Auf Brentano's Behandlung der Bevölkerungsfrage in seiner neuen Artikelreihe und auf seine Polemik gegen mich dabei bin ich in diesem Abschnitt schon mit eingegangen. Die pathetischen Deklamationen, mit denen er seine Erörterungen schließt, sollen uns im Schlußabschnitt dieser Schrift beschäftigen.

Ich gehe unter voller Festhaltung meiner Ausführungen nunmehr zu der Erörterung der „Agrarfrage" und der „Industrie- und Merkantilfrage" über.

V.

Zur Agrarfrage.[1])

Die große Bevölkerung und die starke Volksdichtigkeit unseres heimischen Wohngebiets ist eine einmal gegebene Thatsache. Die weitere starke Vermehrung dieser Bevölkerung und Steigerung dieser Volksdichtigkeit, wenn auch schwerlich für sehr lange in dem besonders raschen Maße, wie in den allerletzten Jahren, ist einstweilen nicht minder als eine gegebene Thatsache anzusehen. Ob, wie lange, in welchem Grade diese Vermehrung und Steigerung andauern kann, wird die Zukunft lehren.

Für die wissenschaftliche Erörterung und für die weiter vorausschauende praktische Politik liegt dann eben das doppelte Problem vor, zu den wirt-

[1]) Fünfter und sechster Artikel der Reihe in der „Tägl. Rundschau" in Nr. 201 und 205 vom 1. und 3. Mai 1901, jetzt mit größeren Zusätzen hier.

schaftlichen und sozialen Voraussetzungen und Folgen dieser starken Volkszahl und Volksvermehrung Stellung zu nehmen und sich nach den Bürgschaften umzusehen und diese möglichst zu sichern, damit aus dieser Entwicklung der Bevölkerung nicht Überbevölkerung mit all den schweren peinlichen Folgen einer solchen hervorgehe. Um das zu verhüten, handelt es sich um Fürsorge für die ausreichende Beschäftigung, genügende Ernährung, gesicherte und befriedigende Ausstattung der Bevölkerung mit allen erforderlichen materiellen und Kulturgütern, an deren Genuß unsere Bevölkerung sich in ihrer heutigen Lebenslage einmal gewöhnt hat und in betreff welcher sich die Ansprüche fortwährend in allen Kreisen steigern, nicht am wenigsten auch bei den unteren arbeitenden Klassen, zumal der städtischen, der industriellen Bevölkerung. Es ist ja auch zuzugeben, wenngleich nicht, wie es meistens geschieht, ohne Einschränkung, daß ein gesteigertes Maß materieller und kultureller Bedürfnisbefriedigung Voraussetzung und Folge höherer Gesamtentwicklung menschlicher Kultur ist.

Hier liegen denn nun die beiden Möglichkeiten und die ihnen entsprechenden Mittel und Wege vor, um welche sich in Theorie und Praxis von „Agrarstaat" und „Industriestaat" der Streit dreht.

Von vornherein muß man sich dabei nur darüber klar sein, daß es sich auch hier, wie so vielfach in praktischen Wirtschaftsfragen, nicht um die Wahl zwischen zwei Prinzipien, sondern um das Maß handelt, in welchem die „agrarstaatliche" Gestaltung festgehalten, gesichert oder preisgegeben, die „industriestaatliche" Entwicklung überhaupt und speziell in ihrer modernen Form des Fabrikatenexports und Nahrungsmittelimports herbeigeführt, gefördert oder in gewissen Grenzen gehalten werden soll. Nur darüber, nur über dieses Maß, kann unter Nüchternen und Besonnenen, Theoretikern wie Politikern, ernstlich diskutiert werden. Das wird in dem heutigen heftigen Tagesstreit der Parteien, gewiß mitunter auch auf agrarischer Seite, aber weit mehr auf der Gegenseite, oft vergessen. Die Fragestellung: ob Agrar-, ob Industriestaat, ist daher auch falsch.

Auch Brentano übertreibt betreffs meiner Stellungnahme in der Frage, wenn er sie in der ersten und zweiten Artikelreihe beinahe so charakterisiert, als sei ich ein Vertreter des „reinen" Agrarstaats, hielte für möglich und forderte eine Rückkehr der heutigen deutschen Volkswirtschaft zu diesem. In meinen Ausführungen und Wünschen, auch in dem Wunsche, daß ich den auswärtigen Handelsverkehr wieder mehr auf seine alten naturgemäßen Grundlagen zurückgeführt sähe, ist das doch nicht enthalten. Wenn ich wegen meiner Stellung in diesen Fragen von Brentano und anderen den Namen eines „Reaktionärs" erhalten habe, so ist mir das im Grunde gleichgiltig, da

so ein Schlagwort nichts beweist, aber in einem vorwurfsvollen Sinne glaube ich diesen Namen nicht zu verdienen.

Es handelt sich bei uns schon lange nicht mehr um den „reinen Agrarstaat", der ist ja im Grunde mit der alten Trennung von Stadt und plattem Lande schon verschwunden. Die Entwicklung des auswärtigen Handels hat noch weiter von ihm ab- und zum „Industriestaat" hingeführt. Unsere wie alle modernen Volkswirtschaften der Kulturvölker stellen eine Mischung von Agrar- und Industriestaat dar, früher mit dem Vorwalten des ersteren, neuerdings mit demjenigen des zweiten Elements. Diese „Mischung" ist wieder an sich als richtig und notwendig anzuerkennen, und nicht, ob sie, sondern nur in welchem Verhältnis sie passend stattfinde, ist der strittige Punkt.

Die richtige Fragestellung ist daher: in welchem Maße ist für eine moderne Volkswirtschaft eines großen Kulturvolkes mit stark wachsender Volkszahl und stark steigenden Lebensanforderungen seiner Bevölkerung, in welchem Maße ist speziell für die heutige deutsche Volkswirtschaft die Entwicklung des industriestaatlichen Elements in moderner Weise neben und eventuell auf Kosten des agrarstaatlichen geboten, erwünscht, möglich und gesichert auszuführen? Und anderseits: in welchem Maße ist überhaupt und wiederum speziell für das heutige Deutschland die Festhaltung des agrarstaatlichen Elements neben dem und statt dieses industriestaatlichen, mit seinem Schwerpunkt im auswärtigen Handel, geboten, erwünscht, möglich und gesichert ausführbar?

Hier eben trennen sich die Ansichten in der bekannten und in den früheren Abschnitten schon berührten Weise. Die Beweisführung unserer Gegner ist etwa die folgende. Ich führe sie zunächst ohne Kommentar und Kritik im Zusammenhang vor und füge dann zu den numerierten Sätzen unten kritische Bemerkungen bei.

1. Die Vertreter der stärkeren Entwicklung des industriestaatlichen Elements, des internationalen Austausches von heimischen Industrieprodukten mit fremden Agrarprodukten, namentlich auch mit solchen, wie unseren gewöhnlichen Nahrungsmitteln, Getreide voran, die wir bis vor kurzem gewohnt waren, ganz oder fast ganz nur in der Heimat zu gewinnen — sagen, es ist ein Vorteil für die Konsumenten und für das Volksganze, dank der Verbesserung der Kommunikationsmittel massenhaft wohlfeile Agrarprodukte einzuführen und sie mit Gewinn im Handel gegen unsere Fabrikate auszutauschen. Dadurch erzielen wir wohlfeile Ernährung unseres Volks, was nach allen Seiten und mit nur günstigen Wirkungen besonders den unteren Klassen zu gute kommt, und finden in dem lohnenden Absatz unserer Fabrikate zugleich eine gesicherte Beschäftigung unserer

steigenden Bevölkerung. So nehmen wir in wachsendem Maße am Welthandel teil, erhalten große Transportobjekte für unsere Seeschiffahrt, sichern damit die Bedingung für deren gesunde wirtschaftliche Entwicklung. So empfangen wir alle die gewaltigen, vielseitigen Anregungen, welche Seeschiffahrt, auswärtiger Handel, Verkehr mit Fremden über den ganzen Erdball mit sich bringen, zum unendlichen Vorteil unseres gesamten Volkslebens, unserer Volkswirtschaft, unserer Kultur. So wird unsere Bevölkerung in immer größerem Maße städtisch-industriell, was weitere Kulturfortschritte zur Folge habe.

2. Unsere Landwirtschaft kann, heißt es dann weiter, nach Umfang und Beschaffenheit unseres Bodens, auch wohl nach der Agrarverfassung in einigen Teilen unseres Gebiets, wie im preußischen Osten, in Pommern, Mecklenburg, schon jetzt die erforderliche Menge agrarischer Nahrungsmittel, namentlich Getreide, besonders Weizen, Gerste und andere Agrarprodukte gar nicht mehr liefern oder nur zu Kosten, welche unerträglich für den Konsumenten sind. In jedem Jahre, bei unserer Volkszunahme um $^3/_4$ Millionen Kopf und mehr, wird unsere Landwirtschaft für unsere Versorgung mit Agrarprodukten unzureichender. Die überhohen Grundstückspreise verteuern dem Produzenten die Produktion. Die starke Verschuldung drückt ihn weiter darnieder. Die hohen Kornzölle haben ihm nicht genutzt, so sehr sie die Konsumenten schädigten, die unteren Klassen durch Verteuerung des Brotgetreides, die „gehässigste" Politik, bedrückten. Denn, soweit die Zölle den Kornpreis steigerten oder sein Sinken auf den heutigen Weltpreis wenigstens hinderten, schlugen sie sich alsbald in Rentensteigerungen (oder Hochhaltungen) auf den Bodenwert nieder, ermöglichten so auch dessen weitere Belastung mit Schulden. Eine neue Kornzollerhöhung würde die nämlichen Wirkungen haben, — eine Schraube ohne Ende. Schon heute sind die Kornpreise bei uns viel höher dank diesen Kornzöllen, als in England, dem Lande des freien internationalen Kornhandels, zum Nachteil unserer industriellen Konkurrenzfähigkeit, zum Schaden der unteren, der arbeitenden Klassen, denen so die bisherige Lohnsteigerung keinen ihrem Geldbetrag völlig entsprechenden Nutzen bringe, die ihre Lebensweise einschränken müßten. Der Kornzoll sei die ungerechteste Steuer, schlimmer noch als jede andere Verbrauchssteuer, weil je kleiner das Einkommen der Familie, eine desto größere Quote davon auf die Ausgabe für Nahrung, für Brot speziell, verwendet werden müsse, wie statistisch bekanntlich feststehe.

3. Dieser Zoll komme aber außerdem den ländlichen Besitzern, den Landwirten, in ganz ungleichem Grade, der Mehrzahl überhaupt nicht zu gute. Einmal natürlich bestenfalls nur kurz vorübergehend, für

die Dauer der Kontrakte, den Pächtern, deren Pachtschilling aber alsbald erhöht werde. Da habe also nur der Verpächter, der Grundbesitzer, Nutzen. Aber auch hier nur der jeweilige Besitzer. Denn beim nächsten Besitzwechsel im Erbgang oder Kauf werde eben der Preis des Grundstücks, des Guts, entsprechend dem höheren, dem Zoll zu verdankenden Preise der Agrarprodukte, speziell des Getreides, in die Höhe gehen. Viele Besitzer warteten ja nur auf den höheren Kornzoll, um dann nach der davon zu erwartenden Rentensteigerung ihre Güter mit entsprechendem Profit zu verkaufen. Der Grundbesitzer bekomme so ein kolossales, dem Kapitalwert des Kornzolls auf das von ihm gebaute Getreide etwa entsprechendes Geschenk, — auf Kosten der Konsumenten, d. h. großenteils der ärmeren, unteren Klassen. Die „Hilfe" rechnet bereits, wie erwähnt, bekannten Großgrundbesitzerfamilien diesen Profit aus dem Kornzoll heraus.

4. Auch dieser Vorteil, so ungerechtfertigt er sei, komme aber, wie gesagt, beim Kornzoll nicht einmal allen ländlichen Besitzern überhaupt und den am Vorteil teilnehmenden nicht in gleichem Maße zu gute. Denn „bekanntermaßen" könne die Masse der kleinen Besitzer und Landwirte kein oder fast kein Getreide verkaufen, weil sie es selbst nicht in genügender Menge bauten und eher für den eigenen Bedarf noch zukaufen müßten. Diese alle hätten daher vom Kornzoll, so weit er den Preis steigere — und thue er das nicht, so habe er doch gar keinen volkswirtschaftlichen, höchstens einen, prinzipiell aber unzulässigen, finanziellen Zweck — nicht nur keinen Vorteil, sondern direkten Nachteil. Um so größeren, einseitigen Vorteil hätten nur die größeren mittleren und vollends die Großgrundbesitzer, die allein stark Getreide bauten und verkauften, die „Junker" des Ostens voran. Die ganze Maßregel des Kornzolls und seiner etwaigen neuen Erhöhung laufe also schließlich auf eine Klassenpolitik zu Gunsten des Junkertums auf Kosten der ganzen übrigen Bevölkerung, zu Gunsten der „reichen Rittergutsbesitzer" auf Kosten der „armen Leute" hinaus: die denkbar gehässigste, thörichtste, verhängnisvollste Politik. Diese sei außerdem auch noch verderblich, weil sie im Auslande zur Vergeltung dränge, zur Erhöhung der Zölle auf unsere Fabrikate, Handelsverträge unmöglich mache, das Ausland erst recht selbst in die „industriestaatliche" Richtung treibe.

5. Für die Landwirtschaft als solche hätte diese Politik aber sogar noch ihre spezifischen Nachteile. An die Deckung des Defizits unserer nationalen Getreideproduktion gegenüber unserem heutigen Getreidebedarf durch Steigerung dieser Produktion sei jetzt nicht mehr ernstlich zu denken. Unser noch neu verfügbarer Boden sei dafür viel zu klein, der bereits kultivierte

ländliche Boden könne die erforderliche größere Produktenmenge auch nicht liefern. Jedenfalls würde das selbst für einen Teil nur zu sehr gesteigerten Kosten, daher bei enormen Preisen, mithin bei deren Voraussetzung, bei ganz enorm hohen Zöllen, geschehen können. Noch weniger aber werde der wachsende Getreidebedarf, die notwendige Folge steigender Bevölkerung und besserer Ernährung der letzteren, sich so in der Heimat decken lassen. Gleichwohl bewirke der Getreidezoll auch noch ein unrichtiges Festhalten eines zu ausgedehnten Kornbaus, der vielmehr einzuschränken sei zu Gunsten der Viehzucht, des Futterbaus, der Handelsgewächse. Diese allein richtige und rationelle Entwicklung der Landwirtschaft, auf die Alles ankomme, dies einzige wahre betriebstechnische Heilmittel der agrarischen Notlage, werde durch Kornzölle gerade noch gehemmt.

6. Es sei so kein anderer Weg da, als nach Englands Vorgang, unter Fallenlassen jedes agrarischen Schutzes, die Landwirtschaft auf diese Änderung ihrer Produktionsweise hinzudrängen. Allerdings müßten dabei die überhohen Grundstücks- und Gutspreise stark herab, damit wahrscheinlich viele Besitzer zu Grunde gehen, müßte Besitzwechsel, Übergang des ländlichen Bodens in kräftigere Hände, an intelligentere Besitzer und Wirte, als ein großer Teil unserer Rittergutsbesitzer und Bauern sei, erfolgen. Dies sei unvermeidlich und eine notwendige Kur und Durchgangsstufe. Hinterher, wenn mit geringerem Bodenwert zu rechnen sei, könne Grundbesitz und Landwirtschaft auch wieder prosperieren und genügend rentieren und werde es thun. Und wenn dann auch ein wachsender Teil des Getreidebedarfs, wie in England, aus dem Auslande, aus weiter Ferne gedeckt werden müsse, es würde immerhin der heimischen Landwirtschaft für Getreide, Vieh, Milchprodukte, Handelsgewächse u. a. m. ein genügend großer und lohnender Absatz im Inlande verbleiben. Die Prosperität der Städte, der Industrie, auch der Exportindustrie werde ohnedem doch immer günstig auf die Landwirtschaft rückwirken, weil viele Agrarprodukte auch jetzt noch in der Nähe des Bedarfsorts, in der Heimat gewonnen werden müßten. Die Städte, die Industriellen, reich durch Fabrikatenexport, würden die besten, die zahlungsfähigsten Käufer, auch der heimischen Agrarprodukte, trotz des Getreidebezugs aus dem Auslande, sein.

Das sind so die hauptsächlichsten Argumente von industriestaatlicher Seite in der Agrarfrage. Sehen wir, ob sie stichhaltig sind und was ihnen von agrarstaatlicher Seite an Gegenargumenten gegenübergestellt wird. Es wird sich dabei aber nicht so sehr, am wenigsten bloß um Prüfung und Widerlegung jedes einzelnen der dargelegten Argumente handeln, die übrigens

nicht so schwierig ist und sich teilweise bei einigem Nachdenken für Jeden von selbst ergiebt. Ich erkenne sogar in vielen dieser Argumente etwas Richtiges an, aber halte trotzdem keines derselben in der Frage für entscheidend. Viele davon sind freilich auch falsch oder schief oder haben nicht die ihnen beigelegte Tragweite. Ich beschränke mich indessen in der Einzelkritik nur auf einige Gegenbemerkungen, insbesondere auch gegen Brentano's erneute Beweisführung in seiner zweiten Artikelreihe, wo übrigens nur die bekannten Gründe der Gegner, wie ich sie soeben im Vorausgehenden vorgeführt habe, wiederholt und mit einigen statistischen Daten zu belegen gesucht werden. Der entscheidende Beweis ist m. E. mit solchen einzelnen Gründen nicht zu führen, selbst wenn man sie als richtig anerkennte, was ich freilich doch vielfach nicht thue. Aber auch der entscheidende Gegenbeweis ist, das gebe ich zu, mit der Einzelkritik der Gründe, selbst wenn diese alle sich als unstichhaltig nachweisen ließen, was ich nicht behaupte, nicht zu führen. Vielmehr ist sogar der entscheidende Gegenbeweis m. E. auch ohne solche Einzelkritik zu geben. Durch die vorausgehende Anführung dieser Argumente möchte ich nur zeigen, daß ich sie kenne und zum Teil anerkenne und dennoch, selbst soweit sie Richtiges enthalten, in der ganzen Frage nicht für so wichtig halte, um ihretwegen meine Stellung für den Kornzoll und den agrarischen Schutz aufzugeben. Es handelt sich eben doch noch um gewichtigere Gründe für diese Schutzzollpolitik, durch welche alle die einzelnen angegebenen Gründe gegen diese Politik m. E. aufgewogen werden, selbst soweit sie zutreffen: — Gründe für jene Politik, welche folgen aus den großen wirtschaftlichen Zusammenhängen, aus der Stellung der heimischen Landwirtschaft als des Fundaments der ganzen Volkswirtschaft, auch der modernen im Zeitalter des Verkehrs, und aus den Unsicherheiten des Fabrikatenexports.

Zum ersten Punkt:[1])

In betreff der oben hier vorgeführten Gründe der Gegner gebe ich Vieles ohne weiteres zu. Ich verkenne durchaus nicht die Vorteile, welche die Verbesserung der Kommunikationsmittel für die Sicherung gegen Mißernten und übermäßige Verteuerung des Getreides in solchen Zeiten gewährt. Aber diesen Vorteil können wir, wie schon gesagt, in diesen Zeiten auch bei größerer Emanzipation von der Getreideversorgung aus der Fremde in gewöhnlichen Zeitläuften, bei guten und mittleren heimischen Ernten, haben. Die weit größere Abhängigkeit des Getreidepreises von der großen Spekulation

[1]) Diese Ausführungen zu den einzelnen Punkten fehlten in meiner Artikelreihe in der „Täglichen Rundschau" und sind vollständig neu hier eingeschaltet.

im Welthandel bleibt ferner auch hier in den heutigen Verhältnissen des internationalen Getreidehandels die Kehrseite. Wie sehr diese Spekulation über das richtige und notwendige Maß bei Ernteschwankungen den Preis verteuern kann, hat sich z. B. Anfang der 1890er Jahre bei der damaligen Mißernte in Rußland und sonst für Weizen und Roggen, bei den berüchtigten Spekulationsmanövern jenes Leiter später 1898 in Nordamerika gezeigt. Das sind auch immer Verhältnisse, wo ganz ungebührliche Gewinne von Spekulanten erzielt werden, nicht bloß auf Kosten anderer Spekulanten, obgleich die Weiterwirkungen dieses Getriebes auch in diesem Falle wirtschaftlich, sozial und ethisch bedenklich genug sind, sondern auf Kosten teils der Produzenten, teils der Konsumenten. Daß dann oft bald wieder Rückschläge kommen, wie in den beiden genannten Fällen, ist zwar richtig, aber hat wieder neue Übel im Gefolge und macht die alten nicht wieder gut. Die Preisstürze, die großen Schwankungen der Preise sind solche neue Übel, worunter namentlich wieder die Produzenten leiden. Und wenn Spekulationen wie die Leiter's mißlingen und das „normale Gleichgewicht" dann wieder hergestellt, die Schuldigen selbst durch ihren eigenen Ruin gestraft werden, — was von der Gegenseite als genügende Sühne hingestellt und als Beweis genommen wird, daß sich „naturwidrige" d. h. den wirklichen Verhältnissen von Vorrat und Bedarf, Angebot und Nachfrage widersprechende Preisgestaltungen doch auch heute mit allen technischen Hilfsmitteln der Spekulation, des Kredits, der Börsengeschäfte u. s. w. nicht lange durchführen ließen, — so werden dadurch die vorausgegangenen schädlichen Folgen der Spekulationsmanöver doch nicht wieder gut gemacht. Jene Leitersche Spekulation brach allerdings bald zusammen, aber eine, wenn auch nur kurze, Zeit lang hat sie das Niveau der Weltmarktpreise unverhältnismäßig erhöht, dieser Nachteil bleibt doch.

Auch die wohlfeilere Ernährung der Massen gebe ich bereitwillig in einer Hinsicht als einen Vorteil zu. Nur hat sie nicht die Bedeutung, die ihr oft gegeben wird. Regelmäßige gesicherte Beschäftigung, wie sie eben das Industrie- und Exportsystem nicht gewährt, ist wichtiger als etwas wohlfeileres Brot. Nebenbei bemerkt ist es auch wieder eine tendenziöse unrichtige Darstellung, als ob es bei den Getreidezöllen sich um eine direkte „Verteuerung" des Getreides handle, die mit dem Namen „Brotwucher" stigmatisiert wird: nicht eine Verteuerung, sondern eine Verhütung übermäßigen Preissinkens, was durchaus nicht dasselbe ist, wird erstrebt und etwas Weiteres ist weder mit den bisherigen Zöllen erreicht noch wird es mit höheren Zöllen zu erreichen gesucht. Diese Verhütung übermäßig niedriger Preise wird aber mit den notwendig und zwar wieder im nationalen Gesamtinteresse wahrzunehmenden Interessen der Produzenten und auch damit gerechtfertigt, daß

die erhaltene oder wieder hergestellte Leistungsfähigkeit und Kaufkraft der Landwirte für die Industrie einen zahlungsfähigen besseren Markt schafft, als ihn der allen Schwankungen der Konjunkturen und den internationalen Konkurrenzverhältnissen, auch den störenden Einflüssen der fremden Handels- und Zollpolitik ausgesetzte Absatz der Fabrikate im Auslande liefert. Der Nachteil, bei mehr wieder heimischer Deckung des Nahrungsmittelbedarfs alsdann stärker den Wechselfällen der heimischen Ernteschwankungen ausgesetzt zu sein, ist ein geringerer als die eben angedeutete Unsicherheit des Auslandsabsatzes, kann aber gerade heutzutage bei den jetzigen Kommunikationsmitteln durch Getreidebezug aus der Fremde, alsdann wenn es die heimischen Ernten bedingen, sehr eingeschränkt werden.

Die günstigen Einflüsse des Auslandsverkehrs, des Seehandels u. s. w. brauchen dabei gar nicht irgend wie bestritten zu werden, ich erkenne sie voll an. Aber auch bei Verringerung der Einfuhr fremder Agrarprodukte, namentlich Nahrungsmittel, bleibt noch ein großes Gebiet dieses Auslandverkehrs und des Seehandels übrig, wie ich oben schon gezeigt habe. Hat jedoch eventuell die Seeschiffahrt weniger Kornfrachten u. s. w., so haben dafür die einheimischen Verkehrsanstalten, die Binnenschiffahrt, die Eisenbahnen wieder mehr Verfrachtungen einheimischen Korns innerhalb des Inlands zur Ausgleichung von heimisch gewonnenen Vorräten mit dem Bedarf über das ganze Reichsgebiet.

Zum zweiten und fünften Punkte:

Beide hängen näher zusammen und spielen bei den Gegnern eine besonders große Rolle. Auch Brentano kommt auf sie in seinem 2. und 3. Artikel seiner zweiten Serie („Hilfe“ Nr. 24 und 25) zu sprechen, um zugleich eine weiter unten von mir gemachte Bemerkung, daß die Gegner „fast ohne Weiteres“ den gesteigerten Import von Agrarprodukten auf das Zurückbleiben der Leistungsfähigkeit unserer Landwirtschaft zurückführten, zu widerlegen. Aus der Flächengröße des überhaupt vorhandenen und agrarisch benutzten Landes und aus der geringen Ausdehnung, welche z. B. nach der Statistik zwischen 1883 und 1893 in der Fläche dieser so benutzten Böden stattgefunden, sucht Brentano den Schluß zu rechtfertigen, dessen Zutreffendheit ich im obigen Satz bezweifelte. Es handelte sich hier nun eigentlich erst um die Prüfung dieser Statistik, um feststellen zu können, wie weit sie in dieser Frage überhaupt sichere Antworten ermöglicht. Die in einigen Kategorien (Weiden und Hutungen, 1883 3,425,000 ha, 1893 2,873,000, Öd- und Unland bezw. 1,616,000 und 2,061,000 ha) eingetretenen erheblichen Veränderungen zeigen schon, daß die Daten kaum ganz korrekt und nicht streng vergleichbar sind. Summiert

man die Zahlen dieser beiden genannten Kategorieen, so erhält man rund 5,041,000 ha im ersten, 4,934,000 im zweiten Jahre, eine Abnahme, welche teils dem Ackerbau u. dgl., teils freilich auch den Forsten, den Haus- und Hofräumen, den Wegeanlagen (Bahnen inkl.) zu gute gekommen sein wird. Nun ist schwer und ohne speziellste lokale Untersuchungen natürlich nicht ziffernmäßig festzustellen, ob und wieviel von diesen rund 5 Millionen ha Boden in regelmäßigen Anbau und landwirtschaftliche Kultur noch genommen werden kann und mit welchen Anlage-, Meliorations- und Betriebskosten das möglich sein würde. Immerhin wird von diesen 5 Millionen ha, die fast ein Fünftel des Acker- und Gartenlandes (außer den Hausgärten) ausmachen, ein Teil allmählich noch zu kultivieren sein. In jeder Provinz finden sich solche Strecken, aber ohne daß einigermaßen die Kosten gedeckt werden, geht es freilich nicht. Wichtiger indessen ist die bereits als Acker- (und Garten-)Land geltende Gesamtfläche, die 1883 auf 26,177,000, 1893 auf 26,243,000 ha angegeben wird, also wenig, aber doch selbst in dieser Periode noch etwas zugenommen hat. Da die Erhaltung des Waldbestandes aus anderen Gründen im ganzen durchaus erwünscht ist, wird nur ausnahmsweise eine Ausdehnung der Landwirtschaft auf Forstboden in Betracht kommen; indessen sollte das vielleicht in passenden Fällen geschehen und nicht unbedingt gehemmt werden, während andererseits durch Aufforstung auf minderwerten Acker-, Weideböden u. s. w. eine Ausdehnung des Forstbodens mitunter zweckmäßig erfolgen kann und auch jetzt schon erfolgt (Fläche 1883 13,908,000, 1893 13,957,000 ha). Immerhin kommt für unsere Frage wohl vornehmlich die bereits als Ackerland u. s. w. und als Wiese benutzte Fläche nebst einem Teil des sonstigen Weidebodens in Betracht. Aber hier kann doch nun auch noch viel durch Änderung und Verbesserung des Betriebssystems in der Richtung gesteigerter Intensität des Anbaus geschehen. Das ist indessen bekanntermaßen meist wieder an einen größereren Kostenaufwand für die Anlagen, die dauernden Meliorationen, den Betrieb gebunden. Auch hier hängt das Wesentlichste also von genügend die Kosten deckenden Preisen der Agrarprodukte ab. Gewiß wird es sich dabei vielfach um Ausdehnung des eigentlichen schon bebauten Ackerbodens durch noch weitere Verminderung der Brache, wo sie noch in größerem Umfang besteht, und der Ackerweide handeln. Dadurch läßt sich der jeweilig wirklich Erträge gebende Agrarboden noch ziemlich erheblich ausdehnen, — wenn es lohnend gemacht wird, so z. B. wohl in Schleswig-Holstein, Hannover, Oldenburg und sonst in Osten. 1883 wird die Fläche der Ackerweide und Brache auf 3,337,000, 1893 nur auf 2,760,000 ha für das Reich angegeben, hat sich also in diesen 10 Jahren nicht unwesentlich vermindert.

Sie beträgt aber auch jetzt, 1893, immer noch über ein Sechstel der mit Getreide und Hülsenfrüchten bebauten Fläche von 15,992,000 ha (1883 15,724,000), fast die Hälfte der Wiesenfläche (1893 5.916,000 ha), und ist noch größer als die mit Futterpflanzen bestellte Fläche (1893 2,519,000 ha). Hier liegt also doch noch eine ziemlich weite Grenze der Ausdehnungsmöglichkeit des eigentlichen Ackerlandes vor, wohl besonders in den Gebieten der neueren Feldgraswirtschaft, — wenn man es lohnend macht.

Gewiß wird dann auch die Ausdehnung des Futtergewächsbaus, des Hackfrucht- und Gemüsebaus, des Handelsgewächsbaus, eventuell auch des Wiesenlands im allgemeinen erwünscht und zu erstreben sein, auf Kosten der Getreideflächen. Die Bewegung ist ja auch, früher stärker, auch neuerdings immerhin noch etwas, in dieser Richtung vor sich gegangen. Aber einmal ist auch hier vielfach wieder die Voraussetzung: daß es lohnend ist, und auch bei anderen Agrarprodukten als Getreide, wenn auch meist in geringerem Grade, bei Vieh, Fettwaaren u. s. w., Gemüse, macht es wieder die fremde Konkurrenz eben nicht mehr immer lohnend. Sodann jedoch hat die Entwicklung in der angegebenen Richtung auch ihre Grenzen, weil der Bedarf bei manchen Produkten (Handelsgewächse, Gemüse, Zuckerrüben) sie hat und weil aus betriebstechnischen Gründen sich der Anbau dieser anderen Produkte nicht über ein gewisses Maaß ausdehnen läßt, vielmehr mit aus solchen Gründen, vollends nach örtlicher Lage, Klima, Bodenbeschaffenheit in einzelnen, aber im ganzen in weiten Teilen des Reichsgebiets, der Getreidebau weitaus die Hauptsache, auch nach der von ihm eingenommenen Fläche des ländlichen Kulturbodens, bleiben muß. Das übersehen in der ganzen Frage die Gegner, zumal die städtischen „landwirtschaftskundigen" Politiker und Journalisten der Freihandels- und Industriepolitik zu sehr, wenn sie von ihren Redaktionsstuben aus der Landwirtschaft ihre guten und gewiß oft gut gemeinten Ratschläge geben. Der landwirtschaftliche sachverständige Theoretiker — ich erinnere nur an Kühn — hat jenen Punkt immer betont. Der Praktiker ist mit Recht geneigt, jenen städtischen Ratgebern das „Schuster, bleib bei deinem Leisten" zuzurufen. Aber selbst Brentano ergeht sich hier in gleichen Ratschlägen (Artikel III, „Hilfe" Nr. 15), ohne irgend deren beschränkte Ausführbarkeit zu beachten. Er rät u. a. die Anholzung schlechterer Agrargrundstücke an. Diese wird bisweilen, wie ich schon zugab, wohl einmal mit Recht zweckmäßig sein, in etwas größerer Ausdehnung ist sie aber etwas Bedenkliches. Denn sie führt vollends zur Verödung des Landes an Menschen und Kultur — mit Recht eine Befürchtung, die als Folge der Unergiebigkeit der Kartoffel-

brennerei im Osten wohl einmal ein auch hier so eminenter Sachkenner ebenso großer theoretischer wie praktischer Bildung, Finanzminister v. Miquel, in der Frage der Branntweinsteuer geäußert hat.

Und nun gar als ein besonderes Hilfsmittel die Ausdehnung des Handelsgewächsbaus! Ich komme da den Gegnern immer wieder gern mit meinem fränkischen Meerrettighändler, der die Ausdehnung des Meerrettigbaus als ein Hilfsmittel der notleidenden Landwirtschaft mir einstens anpries! Einmal haben wir es hier mit so vielfachen Nachteilen starker Ernteschwankungen zu thun, ferner bestehen hier die besonderen Abhängigkeiten von den Händlern (Hopfen, Tabak!) und zum Teil wieder von der ausländischen Konkurrenz (Tabak), weiter ist auch der kleine Landwirt hier ohne andere Bodenkultur und ohne Gelegenheit zur Viehhaltung — weshalb ihm die Aufteilung der Gemeinweiden öfters so schädlich war — in schwieriger Lage, bestehen auch so mancherlei betriebstechnische Bedenken bei diesem Handelsgewächsbau, endlich aber und vor Allem: wohin mit der vermehrten Menge der Handelsgewächse?! Es giebt doch zu denken, daß die den Handelsgewächsen gewidmete Bodenfläche im Deutschen Reich von 1883—93 (wenn die Aufnahmen streng vergleichbar sind —?) von 352,000 auf 261,000 ha, von 1,3 auf 1 % der Gesamtfläche des Ackerlandes sogar abgenommen hat! Wenn selbst in Baden die Handelsgewächse nur 2,6 %, das Getreideland 56,0 % dieser Fläche umfassen, sonst in keinem Gebiete von der Größe einer preußischen Provinz oder eines Mittelstaats auch nur 1,5 % erreichen, meistens viel weniger, während die Getreideflächen in solchen Gebieten kaum einmal unter 50 % sinken, gewöhnlich an 60 und darüber sind (Provinz Sachsen 63,3, Rheinland 57,3, Königreich Sachsen 61,3, Pfalz 50,4, Hessen 57,9 u. s. w.)!

Alles das zeigt: im Getreidebau liegt der Schwerpunkt der deutschen Landwirtschaft, in genügenden, die Produktionskosten nebst einigem Geschäftsgewinn deckenden Preisen die unbedingte Voraussetzung des Gedeihens und der aus den wichtigsten Gründen des nationalen Gesamtinteresses gebotenen Fortentwicklung der Landwirtschaft. Dann wird diese — vielleicht nicht den ganzen heutigen oder vollends den späteren noch größeren Bedarf an Agrarprodukten aller Art, an Getreide, aber wohl einen erheblichen Teil dieses Bedarfs, einen stärkeren als neuerdings, auch decken, die Bodenproduktion, auch an Getreide, noch gewaltig steigen können. Das haben die Untersuchungen unserer tüchtigsten wissenschaftlichen Agronomen, eines Kühn, eines Max Delbrück m. E. erwiesen, gerade unter Anwendung der neueren auf den naturwissenschaftlichen Fort-

schritten beruhenden Methoden[1]) Aber — ohne Kostendeckung dafür geht es nicht. Schon jetzt würde unser für menschlichen Konsum erforderlicher Bedarf an Brotgetreide im ganzen aus heimischem Produkt gedeckt werden können, wie Dade nachgewiesen hat, wenn eben die niedrigen Preise nicht zu einer so starken Verfütterung von Getreide veranlaßten, ja nötigten.

Zum dritten und vierten Punkte oben:

Hier handelt es sich um die bekannten Angriffe der Gegner auf den Kornzoll, weil er nach der Größe des Besitzes den Einzelnen ungleich zu gute komme und die Kleinbesitzer von diesem Zoll überhaupt gar keinen Vorteil hätten. Ich fasse mich über diese Behauptungen ganz kurz, sie sind in der Kornzollfrage von allen Seiten oft behandelt worden. Eine ungleiche Wirkung des Zolls nach den Besitzgrößen und nach dem Verhältnis der Getreideanbauflächen zu den anderen Flächen in jedem Wirtschaftsbetrieb kann man ja zugeben. Sie beweist aber nichts für die Gegner. Denn sie ist einmal die unvermeidliche Folge der Besitzungleichheit überhaupt, die wir wenigstens in der Hauptsache als einen Bestandteil unserer Wirtschaftsorganisation, damit als etwas Gegebenes hinnehmen müssen, das neben den allgemeinen Bedenken aller großen Besitzungleichheit auch sein Gutes hat. Sie ist sodann die Folge des Umstands, daß allerdings der größere, namentlich der eigentliche Großgrundbesitz und dessen Wirtschaftsbetrieb relativ mehr Korn baut und bauen muß und weniger davon innerhalb seiner Naturalwirtschaft selbst verbraucht, als der mittlere und kleine, der bäuerliche Betrieb. Eben deswegen kann er aber auch mehr den Bedarf der heimischen nicht-ländlichen Bevölkerung, der Städte u. s. w. decken, und das ist wieder ein Vorteil. Daß der Verkauf von Getreide aber selbst in Ländern intensiver Spezialkulturen auch noch in recht kleinen Landwirtschaftsbetrieben eine Rolle spielt, ist durch Männer wie Kühn, durch vielerlei Untersuchungen, z. B. in der Pfalz, hinlänglich festgestellt, wenn auch über die Frage der Betriebsgröße nach unten zu, wo der Zukauf den Verkauf zu übersteigen beginnt, der Streit nicht entschieden ist und in dieser Hinsicht auch nach den gesamten Betriebsverhältnissen notwendig manche Verschiedenheiten bestehen. Daß schließlich auch die Bauern, einschließlich der Mittelbauern und selbst der Kleinbauern, am Kornzoll mit interessiert sind und wissen, wo sie der Schuh drückt, beweist m. E. die Thatsache, daß ziemlich überall Groß-, Mittel- und Kleinwirte in dieser Frage zusammenstehen. Das zeigen die neueren Bauernvereine, wie der westfälische, der

[1]) Ich verweise für diese Seite der Frage auf die trefflichen Ausführungen von Dr. Ballod in einem Artikel der „Tägl. Rundschau" August 1901 („Noch einmal das Industriestaatproblem").

rheinische, auch der Bund der Landwirte, dessen notorische Ausdehnung auf die Bauern aller Art nur Verblendung und Tendenzmacherei auf die „agrarische Agitation“ zurückführen können, wenn auch wie überall die höheren, gebildeteren Elemente, daher die Großgrundbesitzer und größeren Wirte, die Initiative haben. Auch die Übereinstimmung in den Gegenden größerer Bauerwirtschaften (Hannover, Westfalen, Altbayern), mittlerer und kleiner, wie am Rhein, im Südwesten Deutschlands, mit dem preußischen Osten und seinem „Junkertum“, mit Sachsen u. s. w., ist für die Gemeinsamkeit des ländlichen Interesses in dieser Frage charakteristisch. Und sind denn etwa die französischen Landwirte „ostelbische Junker“? Je weniger endlich auch der Kornbau rentiert, desto mehr sind die Landwirte, daher gerade auch die größeren, gezwungen, sich, soweit es irgend geht, auf andere Produktionen zu werfen, wie gewisse Zweige der Vieh- und Molkereiwirtschaft, Rübenbau, Spezialkulturen, wo dann aber den bäuerlichen, auch den mittleren und zum Teil selbst den Kleinbetrieben in diesen Zweigen wieder eine um so schärfere Konkurrenz entsteht und unter Umständen gar erst Überproduktion droht. Mit auf diese Weise erklärt sich die Überproduktion im Zuckerrübenbau.

Zum sechsten Punkte:

Hier läuft Alles auf die Annahme der Notwendigkeit einer großen Agrarkrisis als des einzigen wirksamen Heilmittels hinaus: ein Zusammenbruch eines wesentlichen Teils des Großgrundbesitzes und soweit geboten, auch des bäuerlichen, und daraus hervorgehend eines umfangreichen Besitzwechsels zu stark ermäßigten Güterpreisen! Man braucht das nur so nackt hinzustellen, um dies „Heilmittel“ in seinen Wirkungen auf die Besitzverhältnisse, die Landwirtschaft, die ganze Volkswirtschaft zu erkennen. Es wäre ein solches, wie ein Besitzwechsel nach ungeheuren Kriegskatastrophen. Nicht in erster Linie um der Nächstbetroffenen Willen, sondern deshalb ist das im allgemeinsten volkswirtschaftlichen und nationalen Interesse selbst mit großen Opfern der Gesamtheit, wenn es nicht anders geht, zu verhüten, weil diese verdrängten Elemente des Besitzes und der Bevölkerung wichtige, ja unentbehrliche Glieder des ganzen volkswirtschaftlichen Organismus, die altangesessenen, so von der Scholle vertriebenen adligen, bürgerlichen, bäuerlichen Familien wichtige Bestandteile des nationalen und sozialen Organismus sind; weil deren Ersatz schwierig und die Ersatzelemente großenteils keineswegs die erfreulichsten wären; weil, wie in romanischen Ländern, mit einem solchen Vorgang der Übergang eines erheblichen Teils des ländlichen Grundbesitzes an die städtische Bourgoisie, d. h. heute

vollends an das städtische Börsen-, Bank-, Spekulations-, Handels-, Industriekapital, verbunden wäre, das so seinen Erwerb festlegt; weil dann Latifundienbesitz und zum Teil selbst Latifundienwirtschaft, verbunden mit Pachtproletariat und Taglöhnerproletariat, wie in Italien, in Großbritannien, in Irland, das Endergebnis wäre — von allen sonstigen Rückwirkungen einer solchen Agrarkrisis auf die Besitz- und wirtschaftlichen Verhältnisse im ganzen Reich, auch im städtischen mittleren und kleineren Kapitalbesitz, bis in den der arbeitenden Klassen weit hinein, ganz abgesehen (Hypothekenwesen, Sparkassen!).

Kann ein besonnener Theoretiker, ein vernünftiger Staatsmann, ein guter Patriot an ein solches „Heilmittel", dessen dauernde Wirksamkeit ohnedem ganz dahin stände, ernstlich denken? Müßten sie nicht, wenn eine derartige Katastrophe, z. B. in Gefolge eines großen unglücklichen Kriegs, drohte, Alles anwenden, um sie zu verhüten, zu mildern? Und hier soll man „laisser faire et passer" anwenden, die Dinge einfach gehen und diese „Kur" mit vollem Bewußtsein eintreten lassen?! Dann hätten wir wirklich eine „Verelendung" weiter tüchtiger Volkskreise, die betreffs der Arbeiter Brentano und andere dem Kornzoll zur Last legen zu können meinen. Ich wenigstens bin mir darüber klar, auf welche Seite ich mich in solcher Frage zu stellen habe, und halte mich dabei nicht für Einen, der „unsozial", sondern gerade recht für Einen, der „sozial" im besten Sinne des Wortes urteilt und handelt. —

Die industriestaatliche, in Bezug auf Agrarprodukte im wesentlichen freihändlerische Richtung, deren Argumente oben und im unmittelbar Vorausgehenden kritisch glossiert worden sind, hat darin ganz recht, daß sie betont, wie bei einem Bevölkerungszuwachse wie dem heutigen in Deutschland und überhaupt in Westeuropa, bei einer weiteren raschen Vermehrung und bei steigenden Lebensansprüchen der Bevölkerung die sichere, genügende und nicht zu teuere Versorgung dieser Bevölkerung mit agrarischen Nahrungsmitteln und anderen Stoffen das große zu lösende Problem sei. Es möchte auch zuzugeben sein, die agrarstaatliche, im wesentlichen gegenwärtig für Agrarprodukte schutzzöllnerische Richtung hat nicht immer genügend die Thatsache, daß eben dies Problem vorliege, berücksichtigt.

Aber die Industriestaatler gehen doch über die Frage, ob eine entsprechende, quantitativ, qualitativ und bezüglich der Kosten befriedigende Steigerung der heimischen Agrarproduktion möglich sei, viel zu leicht hinweg oder prüfen sie nicht eindringend und objektiv genug. Sie würdigen ferner viel zu wenig die Vorteile einer solchen Steigerung, der wir die größere Unabhängigkeit der Versorgung mit Getreide und anderen Agrarprodukten aus dem Auslande und einen weit lebhafteren Austauschverkehr zwischen

heimischen Agrarprodukten und heimischen Industrieprodukten verdanken würden, sie unterschätzen den inneren und überschätzen den auswärtigen Absatzmarkt der Industrie. Sie nehmen fast ohne weiteres an, daß oder untersuchen wieder nicht objektiv genug, ob der Bezug von Agrarprodukten aus dem Auslande, wie er sich in den letzten Jahrzehnten auch in Deutschland entwickelt habe, durchaus bedingt gewesen sei durch das Zurückbleiben der Leistungsfähigkeit unserer heimischen Landwirtschaft hinter dem steigenden Bedarf, besonders bei Weizen und Gerste, wo wir im Durchschnitt der letzten 1890er Jahre schon ein Viertel bis ein Drittel des Bedarfs hätten aus dem Ausland decken „müssen", auch bei Roggen immerhin 5—10 v. H., ähnlich bei Hafer. Sie untersuchen dabei zu wenig, zum Teil gar nicht die Frage, ob denn nicht gerade wegen der durch die fremde Konkurrenz und bei den unzureichenden Zöllen gedrückten Produktenpreise eben die Produktion sich nicht oder doch nicht so stark gehoben habe, als es ökonomisch-technisch möglich und bei höheren Preisen auch zu erwarten gewesen wäre. Sie behaupten nicht minder ohne genauere oder ohne richtige Prüfung, daß vollends der bei unserer heutigen Bevölkerungsvermehrung weiter steigende Bedarf sich gar nicht oder jedenfalls nur zu wahrhaft unerträglich hohen Kosten und Preisen durch Steigerung unserer heimischen Produktion decken lasse. Eben deswegen sei der wohlfeile Massenbezug zumal fremden Getreides die Voraussetzung der genügenden Ernährung unserer Bevölkerung und der ihnen so sehr erwünschten Andauer der weiteren starken Volksvermehrung. Die Industriestaatler werfen ihren Gegnern daher auch vor, daß deren Kornzoll- und sonstige agrarische Schutzpolitik, indem sie die Versorgung der Bevölkerung mit Agrarprodukten unterbinde oder maßlos verteure, eine schädliche, antinationale und antisoziale sei, nicht nur, weil diese Politik die unteren, die arbeitenden Klassen besonders schwer und zu Gunsten lediglich der Grundbesitzer bedrücke, sondern auch, weil sie die Andauer der starken Volksvermehrung hemme.

Allein dabei nehmen sie völlig optimistisch und ohne genügende Prüfung der dauernden Bedingungen eines lohnenden Absatzes heimischer Industrieprodukte im Auslande und eines wohlfeilen Bezugs immer größerer Massen fremder Agrarprodukte von dort her an, daß im internationalen Güteraustausch des Industriestaatssystems die sichere Möglichkeit der befriedigenden Beschäftigung und Ernährung schon der heutigen Bevölkerung, vollends einer immer größeren und anspruchsvolleren gegeben sei. Ist das aber, wie sich zeigen läßt und im 6. Abschnitt noch gezeigt werden soll, nicht der Fall, so würde auch bei freihändlerischer Agrarpolitik die gleiche Wahrscheinlichkeit sich ergeben, daß die Andauer großer Volksvermehrung Hemmungen erfahre, nur mit noch viel

schlimmeren Rückwirkungen auf die Lage der Bevölkerung, zumal der industriellen, der städtischen.

Endlich berücksichtigen die Industriestaatler bei ihrer Verwerfung des Agrarschutzes die außerordentlichen Rückwirkungen schon der heutigen Notlage eines großen Teils der Landwirtschaft und des ländlichen Grundbesitzes auf die ökonomische Lage der zunächst betroffenen Bevölkerung und von da aus weiter der Gesamtbevölkerung nicht, gehen darüber jedenfalls viel zu leichten Herzens hinweg. Wie diese Rückwirkungen bei längerer Dauer und weiterer Steigerung der bisherigen Notlage, was bei Verweigerung höherer Agrarschutzzölle mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, wie vollends diese Rückwirkungen erst werden würden, wenn — an und für sich vom freihändlerischen Standpunkte eine ganz folgerichtige Forderung — gar der bisherige Schutz fiele, das erwägen diese Politiker überhaupt nicht weiter, oder setzen sich darüber in kaum begreiflicher Verblendung hinweg. Das habe ich vorhin ausgeführt.

Ich und andere Nationalökonomen und Politiker fassen nun die Frage des Agrarschutzes und ihres praktischen Hauptpunktes, der Kornzölle, nicht nur aus dem momentanen Interessengesichtspunkt der notleidenden ländlichen Besitzer und Landwirte einerseits und des momentanen Interessengesichtspunktes der von etwaigen höheren Preisen betroffenen Konsumenten, voran der arbeitenden Klassen anderseits, sondern aus dem dauernden Interessengesichtspunkt der ganzen großen Volksgemeinschaft auf. Von diesem Gesichtspunkte aus sind wir Gegner des Freihandels in Agrarprodukten für Länder wie die west- und mitteleuropäischen, speziell wie Deutschland in der heutigen Lage der Dinge, und insoweit auch Gegner der hypertrophischen Industriestaatsentwickelung.

Gewiß — und ich persönlich habe das vielleicht, zusammen mit H. Dietzel, schärfer betont, als meine meisten, auch sonst auf ähnlichem Standpunkte stehenden Fachgenossen; Brentano hat bezügliche Ausführungen von mir daher auch ganz richtig hervorgehoben und steht selbst so —, gewiß, das ist bei gegebener Bodengröße, Bodenbeschaffenheit, Klima, auch bei einmal historisch überkommener, zu Recht bestehender Agrarverfassung, die sich nicht so leicht und vollends nicht schnell umgestalten läßt, bei gegebener intellektueller, sittlicher Beschaffenheit und ökonomischer Lage unserer Landbevölkerung ein ganz außerordentlich schwieriges Problem, die Agrarproduktion im ganzen, vollends die Getreideproduktion gemäß dem Bedarf unserer starken heutigen Bevölkerung und zumal der so rasch weiter steigenden zu steigern, überhaupt und vollends zu erträglichen Kosten und Preisen der Produkte. Ich halte hier, im Unterschied zu einigen anderen Fachgenossen, aber mit Brentano, an dem Kern

einer Hauptlehre der älteren englischen klassischen Nationalökonomie fest, an dem sogen. „Gesetz der Produktion auf Land“, dem „Grund- und Bodengesetz“, dem „Gesetz der abnehmenden Erträge“, wonach unter übrigens gleichen Umständen, besonders bei gleichbleibender agrarischer Technik, die weitere Ertragssteigerung auf demselben schon bebauten Boden im allgemeinen an einen verhältnismäßig stärker steigenden Kostenaufwand geknüpft ist, daher die Tendenz hat, sich zu verteuern. Namentlich H. Dietzel hat in seinen oben genannten neuesten Schriften (s. S. 12) mit diesem Gesetz ebenfalls argumentiert und auch Brentono erkennt es völlig an und operiert damit für seine Auffassung. In der That ist dieses Gesetz, das andere „realistische“ deutsche Nationalökonomen und Sozialisten wie Bebel gelegentlich zum alten Gerümpel der abstrakten klassischen Nationalökonomie geworfen haben, auch implicite ein wichtiges Argument gegen den Abschluß eines Volkswirtschaftsgebiets vom Ausland und vom wohlfeileren Bezug von Bodenprodukten von da, demnach gegen Kornzölle u. s. w., zumal bei erreichter hoher und weiter steigender Volksdichtigkeit. Brentano und Andere argumentieren auch demgemäß, ersterer hier völlig in den Geleisen der alten freihändlerischen Argumentation, gegen Kornzölle, auch in derselben Weise dialektisch verfahrend in der Argumentation, wie die Ricardo, Cobden, Bright, Bastiat — so in seinen Aufsätzen in der „Hilfe“ und in seiner Rede im Berliner sozialwissenschaftlichen Studentenverein im vorigen Herbst („Das Argument des Freihandels“).[1])

Aber — schon nach den älteren klassischen Autoren und deren Schule (Mill) — jenes Bodengesetz kann zwar nicht völlig aufgehoben, aber wohl seine Wirksamkeit zurückgedrängt werden. Und das muß auch als Aufgabe betrachtet werden. Eine Möglichkeit dazu ist nun, dank der Verfügung über moderne, wohlfeile Kommunikationsmittel, mehr Agrarprodukte aus der Ferne, aus dem Auslande, aus Gebieten mit dünner Volksdichtigkeit und ganz extensiven Bodenanbaus, herbeizuziehen und so vom heimischen Boden nicht so viel gewinnen zu müssen. Aber das hat eben die

---

[1]) Brentano sieht in dieser meiner Bemerkung nur „die Anerkennung, daß er seinen Zweck erreicht habe“, indem sein Vortrag nur die korrekte Wiedergabe der Argumentation der Freihändler habe sein sollen. Schön, das ist er allerdings, aber Brentano verfährt auch genau nach derselben einseitigen Methode und darin liegt hier Brentano's Schwäche, die diejenigen um so weniger leugnen sollten, welche so gern jene Methode der „klassischen Nationalökonomie“ als die falsche und veraltete hin- und ihr die „bessere“, die sogen. historische, als die wissenschaftlich überlegene oder selbst die alleinwissenschaftliche gegenüber stellen. Und zu dieser Ansicht hat doch auch Brentano früher wenigstens geneigt.

bedenkliche Rückwirkung, die heimische Landwirtschaft in extensivere Betriebsrichtung zurückzudrängen und ist an die unsicheren Bedingungen der Andauer der Möglichkeit des Bezugs jener Produkte aus der Fremde und des hinlänglich lohnenden Absatzes der heimischen Industrieprodukte in der Fremde geknüpft: Beides die mißlichen Punkte dieses Hilfsmittels. Ein anderes Mittel, wie es die klassische Nationalökonomie, u. a. vortrefflich J. St. Mill in der Erörterung des Bodengesetzes und der Gegenpotenzen darlegt, besteht dagegen in der Hebung der agrarischen Technik, in der doppelten Weise, einmal mit vermehrtem und verfeinertem Arbeits- und Kapitalaufwande einen mindestens entsprechenden, womöglich einen mehr als verhältnismäßig wachsenden Ertrag zu erzielen, also der Formel des „Bodengesetzes" entgegen, und sodann auch mit vermindertem Arbeits- und Kapitalaufwand wenigstens den gleichen Ertrag, wie bisher bei größerem solchem Aufwand, zu gewinnen.

Allerdings hat die Hilfe, welche dieses Mittel des technischen Fortschritts gewährt, ihre Grenzen. Unter ein gewisses Maß lassen sich die Kosten nicht reduzieren, über ein solches die Produktion nicht quantitativ und qualitativ sich steigern. Aber jene Grenzen sind keine festen, dieses Maß ist nicht von vornherein genau festzustellen. Grade hier verspricht die Anwendung der neueren naturwissenschaftlich fundamentierten Methoden noch ganz Enormes. Jedoch auch dabei wird in einem Lande gegebener Bodenbeschaffenheit und Klimas, wie bei uns in Deutschland, ein gewisser mittlerer Kostensatz der Produktion jeweilig als normaler zu bezeichnen sein, ein verschiedener natürlich auf verschiedenen Böden, bei verschiedenen Kulturen und Betriebssystemen. Ist dieser Kostensatz im Absatzpreise der Produkte nicht zu garantieren, dann versagt die Anwendung jenes agrartechnischen Hilfsmittels und auch der neuen Methoden.

Das aber ist eben die verhängnisvolle Lage, in die wir bei den durch die fremde Konkurrenz zu sehr herabgedrückten Getreidepreisen zu geraten drohen und teilweise schon geraten sind: Die Kosten der Produktion werden durch die Preise vielfach nicht mehr gedeckt. Von einer wirklichen „Grundrente" ist im landwirtschaftlichen Selbstbetrieb nicht nur der Großgüter, sondern auch der Bauergüter oft nichts mehr vorhanden, genügende Löhne können nicht gezahlt werden, der ländliche „Kapitalgewinn" und „Unternehmergewinn" ist knapp genug und oft bleibt nur ein kümmerlicher Arbeitslohn des Selbstwirts. Diese Notlage drängt allerdings einerseits sicher gerade auf technische Fortschritte hin, und große sind ja trotz allem erfolgt, aber andererseits hemmt sie sie auch wieder, weil alle solche Fortschritte zunächst Kosten machen und dafür die Mittel fehlen und die nicht

lohnenden Preise die aufzuwendenden Mehrkosten vollends nicht decken. Die von Brentano u. A. immer so in den Vordergrund geschobenen „zu hohen“ Grundstücks- und Landgutpreise sind hier gar nicht das eigentliche Übel. Bei stark verschuldetem Grundbesitz (besonders aus Erbschulden, Restkaufgeldern, Haushaltsschulden, solchen aus verfehlten Meliorationen) wird nur die Notlage schlimmer, weil eben von eigentlicher Grund- und Kapitalrente oft wenig mehr die Rede ist und doch Schuldzinsen und vielleicht Tilgungen zu zahlen sind. Bei nicht oder wenig verschuldetem Grundbesitz wird aber auch häufig kaum noch eine Rente von Bedeutung erzielt. Die übrigen, die eigentlichen Produktionskosten werden in beiden Fällen oft nur knapp gedeckt. Da helfen niedrige Güterpreise weder so viel noch sind sie die entscheidende Ursache der vorhandenen Notlage.

Durch Verbesserung der technischen Bildung der Landwirte aller Klassen und Größen, durch Verbesserung der Düngerwirtschaft, besonders der Benutzung von Kunstdüngstoffen, durch wohlfeilere Zuführung von Kredit in Formen und unter Bedingungen, wie sie der ländliche Besitzer allein brauchen kann, auch von Betriebskredit, von Meliorationskredit für rascher sich umsetzendes Kapital, durch Entwicklung des Genossenschaftswesens, worin ja so große Fortschritte gemacht sind, durch Regelung des ländlichen Erbrechts, wie es einmal die ökonomische Natur und Funktion des ländlichen Grundbesitzes bedingt — durch dies und Anderes mehr geschieht schon und muß immer mehr geschehen zur Hebung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und der gegenwärtigen Vertreter derselben. Der große Landwirt ist auch hier unentbehrlich als Pionier des technischen Fortschritts und praktisches Beispiel für den Bauern. Aber ohne Produkten-, besonders auch Kornpreise, welche den notwendigen Normalkosten entsprechen und weitere technische Fortschritte bezahlt machen, helfen alle jene anderen Maßregeln nicht ausreichend. Werden Preise in dieser erforderlichen, keineswegs übermäßigen Höhe gesichert, dann, aber auch dann allein, können sich die Erwartungen unserer ersten wissenschaftlichen Agrartheoretiker, der Kühn, Märcker, M. Delbrück, Orth u. a. erfüllen: daß die schon in den letzten Menschenaltern so stark gestiegene Produktivität der deutschen Landwirtschaft weiter wächst und unsere heimische Agrarproduktion auch für eine noch viel größere Bevölkerung regelmäßig den Bedarf in stärkerem Maße mit decken kann.

Daß dabei die Getreideproduktion so viel als möglich durch Futterbau, Handelsgewächse und Viehwirtschaft ergänzt wird, auch in etwas steigendem Grade, wie bisher schon, ist ja, wie wir zugegeben, notwendig, erwünscht und möglich auch im Interesse der besseren Rentabilität. Aber das kann

nicht überall und auch wo es nötig ist, nur in beschränktem Maße geschehen, schon wegen der Bedarfs- und Absatzverhältnisse und der Gefahren der baldigen Überproduktion (Handelsgewächse, Zuckerrüben), wie oben schon angedeutet wurde. Daß ferner unter deutschen agrarischen Verhältnissen der Kornbau, mit seiner Strohgewinnung, im allgemeinen die Grundlage bleiben und im ganzen nur in geringem Maße eingeschränkt werden kann, wenn die Landwirtschaft agrartechnisch und agrarökonomisch gedeihen soll, unterliegt wie bemerkt für keinen Sachverständigen einem Zweifel und ist von Meister Kühn selbst nachgewiesen worden.

Ein derartige Gestaltung der Dinge liegt nun aber auch wieder im nationalen Gesamtinteresse, auch in dem Spezialinteresse unserer Industrie und unserer industriellen Arbeiter. Sie werden dann wohl etwas höhere Getreidepreise und auch Brotpreise, als die neuerlichen, übermäßig niedrigen, zahlen müssen, haben aber dafür einen gesicherteren Absatz an die heimische Landbevölkerung. Die städtischen und industriellen Arbeiter unterliegen weniger der Konkurrenz von dem immer stärkeren Andrang der in die Städte und die Industrie einströmenden ländlichen Arbeiter. Die gesamte volkswirtschaftliche Entwicklung wird ruhiger, gesicherter gegen die Rückschläge des Welthandels. Das alte Wort „Hat der Bauer Geld, hats die ganze Welt" hat heute nicht mehr die gleiche Bedeutung wie ehedem, aber eine große Bedeutung gleichwohl immer noch. Gesichertere Beschäftigung ist aber auch für den Industriearbeiter wichtiger, als etwas billigere Brotpreise. Ich, im Unterschied zu Pfarrer Naumann und Professor Dietzel und Brentano, übereinstimmend mit Diehl, glaube daher auch als Sozialpolitiker recht wohl Arbeiterinteresse und Kornzoll vereinigen zu können und mit dem Eintreten für letzteren nicht „unsozial" zu werden. Auch die Tiraden, meine Politik gehe auf eine „Verelendung der Massen" (!!) infolge von „Verteuerung ihres Lebensunterhalts" hinaus, diese Verelendung empföhle ich, um dadurch auf langsamere Bevölkerungsvermehrung hinzuwirken (!!!) — Tiraden, die wohl die sozialdemokratische Agitationspresse braucht, zu denen sich hier aber sogar L. Brentano hinreißen läßt, — auch diese stören mich nicht, treffen mich aber auch gar nicht. In einer gesicherteren Beschäftigung, davon abhängig in einer gleichmäßigeren Lebenslage, wo nicht die Schwankungen, welche mit der Ausbeutung von Exportkonjunkturen und den unvermeidlichen Rückschlägen davon stets verbunden sind, sich so stark fühlbar machen, befindet sich der Arbeiter selbst bei etwas höheren Brotpreisen viel besser als im hypertrophischen Industriestaatssystem.

Denjenigen aber, die immer mit Englands Beispiel kommen, entgegne ich wieder: „Eines schickt sich nicht für alle, sehe jeder, wo er bleibe, sehe jeder, wie er's treibe, wer da steht, daß er nicht falle.“ Warten wir ab, wie es mit England weiter geht. In betreff aber des Vergleichs zwischen deutscher und englischer Landwirtschaft erinnere ich an die außerordentliche Verschiedenheit, die schon darin liegt, daß bei uns Verpachtung die Ausnahme, Selbstbetrieb weitaus die Regel, in England das Umgekehrte der Fall ist; daß wir trotz Mecklenburgs, Pommerns und einzelner Gebiete des preußischen Ostens weit überwiegend Mittel- und Kleinbesitz und -Betrieb, bäuerlichen, haben, auf den britischen Inseln die Dinge ganz anders liegen. Leicht ist das statistisch zu belegen und oft so belegt worden.[1]) Eine Agrarkrisis ist eben deswegen für Deutschland von unendlich viel schlimmeren und tieferen Folgen begleitet, als dort. Das ganze deutsche Volk ist im eigensten nationalen Gesamtinteresse daran beteiligt, eine solche Krise zu verhüten oder doch zu mildern. Dies um so mehr, weil eben der lohnende internationale Austausch fremden Getreides u. s. w. mit unseren heimischen Fabrikaten nicht genügend gesichert ist und kein so festes Fundament für unsere Volkswirtschaft bildet, als die Erzeugung der ersten Volksnahrungsmittel auf unserem heimischen Boden durch unsere eigene Landwirtschaft selbst. Darüber nun ein Wort in der Betrachtung der „Industrie- und Welthandelsfrage.“

VI.

Zur industriellen und Welthandelsfrage.[2])

Die „erstaunlichen Zahlen“ des britischen Welthandels, die riesige Vermehrung der Waren-Ein- und Ausfuhr im Laufe des 19. Jahrhunderts, der ungeheuere Aufschwung der Schiffahrt und Reederei, — wie oft wird uns das alles emphathisch vorgeführt, als „Beweismaterial“ für die Richtigkeit der

---

[1]) S. z. B. M. Sering Art. Grundbesitz in Elsters Wörterbuch der Volkswirtschaft I, S. 953 ff. Im Deutschen Reich sind 86,11 % der Betriebsfläche eigenes Land der Landwirte, nur der Rest Pachtland, in Großbritannien (ohne Irland) ists gerade umgekehrt, 85,8 % Pachtland (bei dem Besitz von über 1 acre oder 0,405 ha)! Reichlich die Hälfte des landwirtschaftlichen Bodens gehört selbständigen Bauern (mit unter 10 und bis 100 ha Betriebsfläche), 1/5—1/4 unselbständigen (mit kleinerer Fläche), nicht ganz 1/4 den „Großbetrieben“, diese schon von 100 ha an gerechnet, wohin auch Großbauergüter mitunter mit gehören, sowie die meisten Domänen.

[2]) 7. und 8. Artikel in Nr. 223 u. 225 der „Tägl. Rundschau“ vom 14. u. 15. Mai 1901, jetzt mit größeren Zusätzen am Schluß des Abschnittes.

„Industriestaats"-Theorie und Praxis. „387 Mark" auf den Kopf der Bevölkerung in 1899 die Summe des britischen Spezialhandels in Ein- und Ausfuhr, mehr als doppelt soviel als in jedem anderen großen Volkswirtschaftsgebiet, als selbst auch heute noch im Deutschen Reich mit 183, in Frankreich mit 189 Mark auf den Kopf. Welche Überlegenheit des Inselreichs! Wie kann nur Jemand daran zweifeln, angesichts der Blüte der britischen Volkswirtschaft, des ungeheuren Reichtums dort, der günstigen Lage auch der arbeitenden Klassen, welche in Europa das höchste Einkommen und dank dem Freihandel in Getreide und anderen Agrarprodukten neuerdings die mäßigsten Preise der Lebensmittel haben, — wie kann nur Jemand daran zweifeln, daß der britische Weg der allein richtige in der Wirtschafts- und auswärtigen Handelspolitik sei?! Wir in Deutschland sind bei unserer schon so hohen Volksdichtigkeit, unserer großen Volksvermehrung, unserem knappen Wohngebiet, unserem nur mäßig fruchtbaren Boden und Klima vollends, wie kein zweites Land, darauf angewiesen, Englands „erfahrungsmäßig" als richtig bewährten Bahnen im Welthandel zu folgen, sagen unsere Gegner. Ja, meint Brentano, wir haben bei unserer Volkszahl und deren Wachstum, unserem kleinen Staatsgebiet, unserem größtenteils schon in Kultur genommenen landwirtschaftlich brauchbaren Boden gar keine Wahl mehr. Stehen wir auch immer noch weit hinter England zurück im Welthandel, wir haben die große Distanz der wirtschaftlichen Entwicklung, der Beteiligung am Welthandel, welche uns ehemals, noch im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts, von England trennte, doch mittlerweile schon wesentlich verringert — und thaten es vollends in den letzten Jahren noch mehr. Schon beträgt unser auswärtiger Handel in Ein- und Ausfuhr zwei Drittel des britischen. Hätten wir nicht den verhängnisvollen Schritt gethan, seit 1879 hohe und steigende Agrarzölle, gar Kornzölle einzuführen, so wäre unsere Entwickelung noch weiter gediehen und — unsere unteren arbeitenden Klassen hätten das billige Getreide und Brot wie in England.

In dieser Weise tönt der freihändlerische industriestaatliche Sirenengesang. In der steigenden Summe der Mengen und der Werte der Aus- und Einfuhr im auswärtigen Handel wird förmlich der Maßstab der volkswirtschaftlichen Entwicklung gefunden! Auch in den mit Zahlen gespickten fachmännischen litterarischen Arbeiten, der Industriestaatler nicht allein, sondern auch objektiv die Dinge untersuchender Publizisten und Gelehrten, spielt die „Beweisführung" mit den Zahlen des auswärtigen Handels immer eine Hauptrolle. Und helle Freude erschallt, wenn, wie in den letzten Jahren, zumal unsere Ausfuhrziffern rasch wachsen, absolut und relativ mitunter schneller, als diejenigen anderer konkurrierender Gebiete im Welthandel, als

z. B. vollends neuerdings die französischen. Die Stabilität, in allerneuester Zeit zwar auch wieder ein Steigen, aber ein mit dem unseren verglichen geringeres, der Zahlen des französischen auswärtigen Handels, namentlich des Ausfuhrhandels, wird wohl noch besonders gern als ein „Beweis" für die Nachteile der neuerlichen „reaktionären" Hochschutzzollpolitik Frankreichs ausgegeben. Freilich — das noch weit schärfere schutzzöllnerische Nordamerika hat seine Ausfuhr in Agrar- und Industrieprodukten trotzdem noch weit mehr als ein anderes Land in den letzten Jahren gesteigert! So einfach liegen diese Fragen doch nicht. Selbst der „Segen der Caprivischen Handelsverträge" soll sich in den Ziffern unseres auswärtigen Handels direkt zeigen, indem die Erhöhung dieser Ziffern, besonders wieder unserer Ausfuhr, in den letzten Jahren ohne weiteres als Ergebnis dieser Handelsverträge hingestellt wird. In anderen Ländern, auch, nach längerer Stagnation, im britischen und französischen Ausfuhrhandel, finden wir indessen eine ähnliche Entwicklung wie bei uns. Es ist eben wieder einmal ein paar Jahre lang eine große aufsteigende Konjunktur vorhanden gewesen, bei der in Deutschland vielleicht die Handelsverträge ein wenig mitwirkten, aber keineswegs entscheidend waren. Eine Zeit, die nach allem auch bereits wieder ihr Ende erreicht hat. Nun kommt die absteigende Konjunktur, eine der regelmäßigen angenehmen Begleiterscheinungen des Industriestaats und des Welthandels. Da werden die vorausgegangenen fetten Jahre wieder durch magere abgelöst, und auch die zeitweise regelmäßiger Beschäftigung und steigender Löhne sich erfreuenden Industriearbeiter leiden unter Entlassungen und Lohndruck. Erst diese Zusammenfassung der absteigenden mit der aufsteigenden Konjunktur giebt eben das volle Bild der gerühmten Industriestaatsentwickelung, nach dem das Urteil zu fällen ist. Und seit dem Frühjahr 1901 siehts in Deutschland immer trüber aus.

Die „historische" und „statistische" Beweisführung wird indessen auch in dieser Frage, wie in so manchen anderen praktischen wirtschaftspolitischen, mit dem üblichen Aufwand an „Thatsachen", zumal, wie man rühmt, an „exakten ziffermäßigen" Tatsachen, nicht so sicher, so „exakt", wie oft behauptet wird, geliefert. Es fehlt nur zu oft die kritische Würdigung dieser Thatsachen und das eindringende Nachdenken über das Problem, zu dessen „Lösung" die Thatsachen nicht selten in gedankenloser Stoffanhäufung, beinahe könnte man sagen Stoffanbetung, herangezogen und benutzt werden.

Ich will gar nicht einmal auf die inhärenten Mängel aller, auch noch unserer eigenen, sonst vielleicht in mancher Hinsicht, zumal neuerdings noch besten Statistik des auswärtigen Handelsverkehrs hinweisen. Diese Mängel ergeben sich aus der außerordentlichen Schwierigkeit dieser Statistik

und bilden insoweit auch keinen Vorwurf für die das Material sammelnden Behörden und es verarbeitenden statistischen Büreaus. Sie zeigen sich u. a. schon in den häufig großen Differenzen der Statistik verschiedener Länder, die mit einander Handel treiben, selbst in den Mengen, vollends in den Werten, einzelner Warengruppen und Arten und des ganzen Umsatzes. Und doch müßte, wenn die Statistik wirklich richtig wäre, im gegenseitigen Verkehr zweier Länder mindestens in den Mengen, einigermaßen auch in den Werten eine wesentliche Übereinstimmung der Handelsstatistiken bestehen. Diese Werte werden übrigens verschieden festgestellt, enthalten auch bei Ein- und Ausfuhr je nachdem den Handelsgewinn und die Frachtspesen noch nicht mit oder schon mit in sich. Je nachdem man mit den Zahlen des einen oder anderen Landes (z. B. Nordamerikas oder Deutschlands) operiert, kommt man vielfach zu recht erheblichen Differenzen. Namentlich die Wertstatistik zeigt das öfters in auffälliger Weise.

Aber nehmen wir selbst an, die handelsstatistischen Zahlen seien für ein Land wirklich richtig und mit denen anderer Länder streng vergleichbar. Wird denn durch diese Zahlen, durch deren Steigerung, in der Frage vom Agrar- und Industriestaat, vom Welthandel u. s. w. so viel bewiesen? Das bewiesen, was man beweisen will, daß der industriestaatliche Weg der richtige, der bessere sei?

Über die Gewinne im auswärtigen Handel sagen uns diese Zahlen im Grunde gar nichts und doch käme darauf viel an, um in unserer Frage damit wirklich etwas zu „beweisen“. Auch wenn wir aber selbst über diese Gewinne Genaues erführen — und durch Rückschlüsse aus anderen Thatsachen, z. B. denen bezüglich des in diesem Handel von den Nächstbeteiligten erworbenen Wohlstandes und Reichtums, wie er etwa in Hamburg, Bremen, in der Einkommensteuer-Statistik u. a., sich konstatieren läßt, ist ja in der That das Gewinnbringende für die Händler mit zu erweisen — wir wüßten damit wieder noch nicht viel über den Vorteil, der aus diesem auswärtigen Handel für die inländischen Produzenten, auch für die in Exportindustrien beschäftigten Arbeiter sich ergiebt.

Aus der bloßen Höhe und Steigerung der Wertbeträge der Ein- und Ausfuhr, etwa in der beliebten Berechnung von Kopfquoten dafür, ist aber vollends für die Entscheidung der Frage vom Industriestaat so gut wie gar nichts abzuleiten. Wenn ein Land wie Großbritannien seinen Brotfruchtbedarf größtenteils, seinen Bedarf an anderen gewöhnlichen agrarischen Nahrungsmitteln und sonstigen Rohstoffen ebenfalls in erheblichem und steigendem Maße aus dem Auslande deckt, so müssen selbstverständlich seine Einfuhrziffern entsprechend steigen. Dafür kann ein solches Land eventuell

auf andere Weise Deckung leisten, u. a. wie es in großem Umfang geschieht auf Grund von Zinsguthaben in anderen Ländern, auch in denen der Herkunft des Getreides u. s. w. selbst. Oder es bezieht das Land eben, wie einst Altrom und — wie zum Teil ähnlich moderne Kolonialmächte, im Effekt seine Tribute, Steuern, Erpressungssummen in Form von Agrarprodukten der von ihm abhängigen Länder. Fehlen solche Mittel und Wege der Deckung der Einfuhren oder reichen sie nicht aus, so müssen freilich einheimische Produkte, dann meist Fabrikate, zur Zahlung der eingeführten Agrarprodukte ausgeführt werden. So ist es doch teilweise auch in England, trotz dessen riesigen Rentenbezügen aus Kapitalanlagen in der Fremde, in den eigenen Kolonien, in größerem Maße ist es so in kontinentalen Ländern, auch in Deutschland. Natürlich müssen dann immer auch die Ausfuhrzahlen und selbstverständlich besonders für Fabrikate und solche Waren wachsen, welche eben im Auslande, sei es dem Herkunftsland des Getreides u. s. w., sei es dritten Ländern, Abnehmer finden. Über die Bedingungen, die Preise, unter denen, über die Gewinne, mit denen dies geschieht, ist damit wieder noch gar nichts konstatiert. Ein erheblicher Teil der gestiegenen Beteiligung am Welthandel in Deutschland und anderen Ländern mehr, vollends in England, kommt so allerdings mit daher, daß wir jetzt viele Agrarprodukte aus dem Auslande beziehen, früher nicht; daß wir eben einen innerhalb der Volkswirtschaft sich vollziehenden Austausch zwischen Agrarprodukten und Industrieprodukten durch einen internationalen ersetzt oder wenigstens ergänzt haben; daß damit aber auch unser inländischer Markt kleiner geworden oder wenigstens nicht oder nicht entsprechend gewachsen ist infolge dieser Verhältnisse. Wie das volkswirtschaftlich zu beurteilen ist, ob günstig, ob ungünstig, ergiebt sich aus diesen bloßen Thatsachen, auch wenn sie noch so genau in der Statistik des auswärtigen Handels in Zahlen erscheinen, noch gar nicht. Die „Beweisführung“ mit jenen handelsstatistischen Zahlen ist eine völlig trügerische.

Man braucht ja auch nur ein wenig zu überlegen. Würde z. B. Großbritannien seinen Brotfruchtbedarf noch stärker, schließlich beinahe ganz aus dem Auslande decken, Deutschland statt zu $^1/_{10}$ bis $^1/_3$ es in noch weit stärkerem Grade thun, — nun so stiegen natürlich die Einfuhrziffern und einigermaßen die Ausfuhrziffern; auf den Kopf käme noch mehr „Welthandels-Beteiligung“. Denken wir uns ein kleineres selbständiges Wirtschaftsgebiet, etwa eines großindustriellen kleinen Staates, so könnte der beinahe seinen ganzen Bedarf an agrarischen Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande beziehen und beziehen müssen und dafür zur Bezahlung lauter Fabrikate ausführen, die Kopfziffer der Welthandels-Beteiligung stiege vielleicht weit über die britische, und wüchse, so lange

die Dinge so weiter gehen, immer mehr. Was beweist denn das für unsere Frage!? Gar nichts! Und doch, wie viel will man in der Diskussion, auch gegenwärtig bei uns, mit solchen Zahlen „beweisen"!! Die so vorgehen sind sich nicht über die eigentlichen Fragestellungen in dem Problem klar geworden und haben die springenden Punkte dabei völlig übersehen oder falsch aufgefaßt.

Es fragt sich zuvörderst immer: welches sind die Voraussetzungen einer solchen Entwicklung der Dinge, wie im industriestaatlichen System, und können sie hinlänglich erfüllt, auch ihre dauernde Erfüllung genügend gesichert werden? Ferner, welches sind die Begleiterscheinungen und die Folgen dieser Entwicklung? Endlich, wie ist alles das aus dem Interessengesichtspunkt der ganzen Volkswirtschaft und der nationalen Gesamtheit zu beurteilen? Bei der Untersuchung und Beantwortung dieser drei eng zusammenhängenden Fragen ergeben sich die entscheidenden Bedenken gegen das einseitig industriestaatliche Volkswirtschaftssystem in dessen moderner, im internationalen Verkehr sich zeigenden Gestaltung.

Die Voraussetzungen der starken und und immer stärkeren industriestaatlichen Entwicklung, bei welcher der volkswirtschaftliche Schwerpunkt mehr und mehr in den Bezug von Agrarprodukten aus dem Auslande und den Absatz von heimischen Produkten, namentlich Fabrikaten, ins Ausland verlegt wird, sind erstens und vor allem, daß das Ausland willens und fähig ist, uns die Agrarprodukte überhaupt und zu uns passenden, nicht zu hohen Preisen zu liefern; zweitens, daß der Bezug dieser Produkte, großenteils über See aus der neuen Welt und anderen Weltteilen und aus dem europäischen Osten, genügend gesichert ist; endlich drittens, daß unsere Fabrikate im Auslande, sei es in denjenigen Ländern, welche die Agrarprodukte liefern, sei es in anderen, genügenden gesicherten Absatz zu uns lohnenden Preisen finden, bei denen die erforderlichen heimischen Produktionskosten (einschließlich eines ausreichenden Geschäfts- und Kapitalgewinns) gedeckt werden. Nur wenn und soweit als diese drei Voraussetzungen sich zusammen erfüllen lassen, erscheint das charakterisierte Industriestaatssystem leistungsfähig und dauerhaft. Sonst droht es den Dienst zu versagen und zusammenzubrechen — von allen bedenklichen sonstigen Seiten und Folgen noch ganz abgesehen.

Bei dem Bezug der fremden Agrarprodukte handelt es sich vor allem um Brotgetreide, Weizen und Roggen, weiter um anderes Getreide, auch um Mais, dann um einige Fleisch- und Fettwaren, hier eventuell auch um lebendes Vieh, Eier, alles zusammen wesentlich um menschliche Nahrungs-

mittel. Dazu kommen die Rohstoffe, wie die Spinn- und Webstoffe, Häute u. s. w. Ein großer Teil der letztgenannten Stoffe kommt indessen hier für unsere Frage so gut wie garnicht in Betracht, so Baumwolle, Seide, sie sind wie andere Kolonialwaren notwendig aus der Fremde zu beziehen. Und auch von Schafwolle wird wohl ein erheblicher Teil, besonders geringerer Sorten, auch von Häuten, heutzutage aus dem Auslande beständig bezogen werden müssen. Es ist daran auch dort nicht leicht ein Mangel zu erwarten, — bei Baumwolle, vielleicht auch Seide und einem Teil der Schafwolle wenigstens so lange die Produktionsländer die Verarbeitung nicht selbst übernehmen, was allerdings in der Zukunft nicht unwahrscheinlich ist. Somit kommen die Nahrungsmittel, und unter ihnen Brotgetreide, für unsere Frage vornehmlich in Betracht.

1. Unmittelbar ist hier keine besondere Besorgnis zu hegen, ob wir und unter welchen Bedingungen wir von Brotgetreide unseren Bedarf sicher und genügend und nicht zu teuer aus dem Ausland beziehen können. Man kann auch gern zugeben, daß hier im Bezug von Getreide aus dem Ausland ein erwünschtes Sicherungsmittel gegenüber unseren eigenen noch immer ziemlich starken Ernteschwankungen liegt, dessen wir jedoch auch ohne so großen regelmäßigen Getreidebezug aus dem Auslande heute bei jetzigem Transportwesen, wie schon oben bemerkt, keineswegs entbehren würden. Dagegen, daß fremde Länder indessen mitunter, sei es aus eigener Not, sei es aus Gründen ihrer Wirtschafts- und Finanzpolitik, die Einfuhr ihrer uns nötigen Nahrungsmittel und Rohstoffe versagen oder erschweren können, sind wir aber schon durchaus nicht immer und leicht in Zukunft weniger als jetzt gesichert. Ich erinnere nur an das russische Verbot der Roggenausfuhr 1892, an den gegenwärtig schon durchgeführten Plan des britischen Ausfuhrzolls auf Steinkohle, an den schon aufgetauchten Gedanken von Baumwollproduktionsländern, wie in den 1860er Jahren nach dem Bürgerkriege in Nordamerika, die Baumwollausfuhr mit Zöllen zu belegen. Dieses Land und Volk schroffsten nationalen Wirtschaftsegoismus unter Führung seiner Industriemagnaten ist zu allem fähig, und wird auch, sobald es seinen Vorteil dabei sieht, Baumwollausfuhrzölle einführen, am Ende auch einmal Kornausfuhrzölle, wenn es einigermaßen durchführbar erscheint. Nach langer Abschaffung aller Ausfuhrzölle nahm man wohl an, der Ausfuhrzoll, finanzieller wie protektionistischer Art, sei „definitiv abgethan“ in der Kulturwelt. England hat uns auch hier eines anderen belehrt. Es glaubt, daß das Ausland die britische Kohle, zumal gewisse Sorten, nicht entbehren kann, daher den Ausfuhrzoll darauf tragen wird. Flugs greift es dazu, „realistisch“ alle „Prinzipien“ preisgebend, und läd dem Ausland so einen Teil der Kosten des

Buren-Kriegs auf, — zur Sühne für die Parteinahme der Fremden für die Buren, könnten die Briten noch höhnen!

Aber, selbst wenn nicht absichtlich handels- und finanzpolitische Gründe des Auslands uns so unsere Bezüge aus dem Auslande erschweren oder verhindern, — es kann auch die Fähigkeit des Auslands, unseren Bedarf zu decken, zeitweilig oder dauernd sich verringern oder aufhören. Zeitweilig bei starken auswärtigen Mißernten, wie damals in Rußland betreffs des Roggens, wie im Bürgerkriege in Nordamerika betreffs der Baumwolle; dauernd, wenn die heimische Bevölkerung in den Exportstaaten selbst erheblich wächst, ihr Bedarf an Bodenprodukten steigt, ihre eigene Industrie sich so entwickelt, daß sie die heimischen Rohstoffe selbst alle oder fast alle braucht. Gerade bei so wichtigen Lieferanten unserer Nahrungsmittel und agrarischen Rohstoffe, wie Rußland und Nordamerika, sind das Eventualitäten, mit denen durchaus in einer gar nicht so ganz fernen Zukunft gerechnet werden muß. Dann müssen wir bestenfalls diese Bezüge selbst zu erheblich höheren Preisen bewerkstelligen, womit ein oft hervorgehobener Vorteil des Industriestaatsystems entfällt. Die Bezüge können aber auch zum erheblichen Teil überhaupt dauernd unmöglich werden. Namentlich die Möglichkeit, immer größere Massen Brotfrucht, Weizen, auch Roggen, für eine wachsende Gesamtbevölkerung der Welt zu gewinnen, ist nach allem, nach neueren Forschungen, nach Untersuchung der natürlichen klimatischen Bedingungen des Getreidebaues u. s. w., viel beschränkter, als ein verbreiteter Optimismus früher angenommen hat, wenn auch vorläufig sobald kaum ein Mangel entstehen wird (Argentinien!). Dann — wird eben auch hier das „Bevölkerungsproblem" auftauchen.

Wir sollten doch überhaupt nicht vergessen, daß nicht wir Deutschen allein uns so stark vermehren und in der Hinsicht kein Recht und keine Macht und keine praktische Möglichkeit vor anderen europäischen wie amerikanischen, wie asiatischen Völkern voraus haben. In Exportländern wie Rußland erfolgt die Ausfuhr von Brotgetreide ins Ausland zudem gegenwärtig schon nicht mehr und jedenfalls nicht immer aus eigentlichen Produktionsüberschüssen über den russischen Eigenbedarf, sondern teilweise aus demjenigen Getreidequantum, welches nur durch übermäßige Herabdrückung des eigenen Konsums der Bevölkerung auf ein kaum mehr den Hunger stillendes Maß für den Export verfügbar gemacht wird. Jede, gewiß vom humanen Standpunkt aus auch erwünschte Hebung der Lebenslage eines nicht unerheblichen Teils der russischen unteren Bevölkerung vermindert den Betrag des für den Export verfügbaren Getreides. Kurz, jeder Staatsmann, jeder Nationalökonom, der nicht nur für den Augenblick denkt und Wirtschaftspolitik treibt, der wird die

Unsicherheit dauernden großen und nicht zu teuern Bezugs von fremden Nahrungsmitteln und manchen Rohstoffen, voran von Brotgetreide, auch gegenwärtig schon ernstlich mit in seine Erwägungen ziehen müssen. Das wird ihn notwendig zu einer reservierten Stellung in der „Industriestaats-frage" führen. Die klassenegoistische Auffassung des bloßen Händlertums, das immer nur von Tag zu Tag und an seinen besonderen Vorteil denkt, kann hier unmöglich der Leitstern der wissenschaftlichen Ansichten und der rationellen praktischen Wirtschaftspolitik sein. Auch die kurzsichtige und ebenfalls klassenegoistische Auffassung unserer städtischen, industriellen Arbeiter kann hier nicht entscheiden. Diese Leute und ihre Führer und Verführer — selbst den guten Glauben der letzteren in solchen Dingen angenommen — sehen eben auch nur auf den momentanen Vorteil eines wohlfeileren Kornpreises, ohne sich um die dauernde Sicherung des letzteren und die Bedingungen dafür zu kümmern.

2. Selbst wenn die Exportländer der Agrarprodukte aber stets den Willen und die Fähigkeit hätten, unseren erforderlichen Bedarf befriedigend zu decken, so kommt gerade für ein Land in der geographischen Lage und der politischen Konstellation der Dinge, wie sie eben für Deutschland bestehen, doch in der That auch in Betracht, daß in Kriegszeiten, mit denen wir bei uns aus bekannten Gründen mehr als die meisten europäischen Länder rechnen müssen, unsere Zufuhren sich leichter absperren lassen. Namentlich ist Großbritannien in seiner insularen Lage und bei seiner wenigstens einstweilen noch gesicherten Suprematie zur See günstiger daran, als unser zwischen Rußland und der Slavenwelt und Frankreich eingekeiltes Vaterland. Und doch sind selbst in England schon ernste Stimmen aufgetaucht, die auf die Gefahren einer Aushungerung hinweisen, und selbst in besonnenen Kaufmannskreisen hat man die „mittelalterliche", dem „Nichts- als Freihändler" geradezu wahnwitzig erscheinende Idee der Anlegung großer öffentlicher Kornmagazine in England ernstlich erörtert.

Ich will dies sich so ergebende Bedenken nicht überschätzen, ich gebe sogar zu, daß die ganze Wirtschaftspolitik eines großen Landes sich nicht lediglich und nicht einmal in erster Linie nach solchen doch immer nur Ausnahmeverhältnissen, wie es große politische und Kriegsverwicklungen sind, richten kann. Aber ein wichtiges Erwägungsmoment wird für jeden besonnenen Nationalökonomen und Staatsmann diese Sachlage immer mit sein. Einwände und Widerlegungen, wie sie von H. Dietzel und Brentano und Anderen versucht sind, haben mich wenigstens nicht vom Gegenteil überzeugt. Auch in seiner zweiten Artikelserie hat Brentano nur Spott für die Befürchtungen und nennt dies das schwächste Argument seiner

agrarischen Gegner. Das ist Ansichtssache. Ich überschätze es, wie ich ausdrücklich zugebe — was Brentano nicht erwähnt — auch nicht, aber nehme es auch nicht so leicht als er, meinetwegen von neuem nach der Manier der „klugen Else".

3. Wichtiger, als alles Dargelegte, als selbst die Unsicherheit eines dauernden Bezuges fremder Agrarprodukte, ist aber die Frage des Absatzes unserer Produkte, namentlich unserer Fabrikate, im Auslande, in Exportländern der Agrarprodukte selbst und in anderen. Auch hier fragt sich eben: sind die Länder willens und fähig und genötigt, unsere Produkte aufzunehmen und hinlänglich zu bezahlen? Wir sehen nun grade in diesen Ländern, voran wieder in Nordamerika und Rußland — aber auch die anderen, z. B. Rumänien, Argentinien drohen schon damit — das starke Bestreben, sich vom Bezug von ausländischen Fabrikaten unabhängiger zu machen, ihre eigene Industrie zu entwickeln, durch ein starkes Schutzzollsystem und andere Maßregeln dazu zu gelangen. Und wer wollte leugnen, daß dies Bestreben vielfach von Erfolg gekrönt und — begreiflich ist, grade vom Standpunkte der Industriestaatler!

Nun heißt es wohl: ja, das ist die Folge unserer und anderer Getreideimportländer agrarischer Schutzpolitik. Erschweren wir jenen Ländern die Einfuhr ihrer Agrarprodukte zu uns, so sind sie ja genötigt und jedenfalls um so mehr willens, ihre eigene Industrie zu entwickeln und unsere Agrarschutzzollpolitik durch ihre Industrieschutzpolitik zu vergelten! Wir haben sie erst durch unsere Agrarschutzpolitik in die schärfere Industrieschutzpolitik hineingedrängt. Allein diese Behauptung stellt den Sachverhalt und historischen Verlauf der Dinge ganz falsch dar. Völlig unabhängig von uns sind die anderen Länder in ihrer Handelspolitik vorgegangen. Die wichtigsten davon, wiederum namentlich Nordamerika und Rußland, haben exorbitante Hochschutzzölle für die Industrie und hätten sie auch ohne unsere Agrarzölle, sie machen nur in Handelsverträgen bestenfalls einige kleine Konzessionen, wie es z. B. in dem deutsch-russischen Vertrag geschehen ist. Gerade vom Standpunkt des Industriestaats, wo in der industriellen Entwicklung der volkswirtschaftliche Hauptvorteil gefunden wird, kann man sich auch, wie gesagt, gar nicht über diese Handelspolitik der fremden bisherigen „Agrarstaaten" wundern. Wie diese überhohen Schutzzölle auf Industrieprodukte auf den europäischen, auch den deutschen Export nach diesen Ländern wirken, ist bekannt (Nordamerika, Mac Kinley-Bill, Dingleytarif, Rußland u. s. w.!), noch abgesehen von den Chicanen des Zollverfahrens, dem Wertzollsystem (Nordamerika). Der mögliche Gewinn am Export von Fabrikaten wird so für uns wesentlich geschmälert und demnach — die mögliche Lohnhöhe (sächsische

Web- und Wirkwaren, Berliner Mäntel u. s. w., Wiener Perlmutterartikel!). Bei Leibe dürfen wir Deutschen aber nicht mit Retorsionen und Repressalien drohen, da schreien unsere Freihändler sofort. Nur „hübsch ruhig", „hübsch still", „nicht aufmucken", nicht gar noch den Anderen, den Yankee, den Russen durch Erhöhung unserer Agrarzölle reizen! Welche Jämmerlichkeiten mußten wir im letzten Winter in einem Teil der freihändlerischen Presse und von Handelsinteressenten erleben, als jene groben Artikel der russischen Presse über und gegen die Möglichkeit höherer deutscher Kornzölle erschienen, halboffiziösen Ursprungs, wie man sagte und — unsere braven Händler und ihre Presse sofort förmlich wie vor der Peitsche „kuschten" und gleich selbst mit ins Horn des Auslandes stießen! Ähnliches erlebten wir im Sommer 1901 bei der Veröffentlichung des deutschen Zolltarifsentwurfs, wo die „Freihändler" und ihre politischen Parteigänger wiederum vor Allem auf den „schlimmen Eindruck im Ausland" warnend hinwiesen und dies förmlich als Bundesgenossen gegen einen solchen Tarif anriefen! Nicht einmal so viel Stolz und Unabhängigkeitsgefühl haben diese Leute gehabt — auch ein Symptom des „Handelsgeistes" des Industriestaats! Freilich — keine „bornierte" Burengesinnung des „Agrarstaats". —

Zu Allem kommt nun noch, daß mit uns die anderen west- und mitteleuropäischen Volkswirtschaften, in erster Linie wieder die britische, aber selbst bereits in wachsendem Maße die nordamerikanische, auf dem Weltmarkte in den Absatzgebieten der Fabrikate, scharf konkurrieren. Oder historisch richtiger aufgefaßt, wir Deutschen sind eben mit den anderen Fabrikatenexportländern selbst in immer schärfere Konkurrenz getreten, aber die Nordamerikaner kommen rasch nach. Woher denn anders die bekannte Animosität unserer britischen „Vettern" gegen uns?! Begreiflich genug: wir verderben ihnen den Markt, die Preise, erschweren ihren Absatz, der ja z. B. im großen und ganzen, von der vorübergehend günstigen Konjunktur der letzten paar Jahre abgesehen, seit Jahrzehnten in England ziemlich stabil bleibt und — weniger Gewinn bringend ist. Das ganze Industriestaatssystem ist aber förmlich darauf angewiesen, immer den Fabrikatenexport zu steigern und ihn möglichst gewinnbringend zu erhalten, um den wachsenden Bedarf an Agrarprodukten, der im Inland nicht mehr gedeckt wird, zu bezahlen. Es ist nur vorauszusehen, daß diese Lage der Dinge sich noch immer mehr verschärft.

Handelsverträge mit den Ländern des Exports der Agrarprodukte und mit anderen mögen da einen gewiß immer erwünschten modus vivendi schaffen, aber von irgend durchschlagender Bedeutung wird das und kann es nicht sein. In Spezialitäten werden sich auch Industrieländer, wie z. B.

Deutschland, Großbritannien, Frankreich, immer etwas in gegenseitiger Ein- und Ausfuhr ergänzen können. Aber ob mit großem Gewinn und mit der erforderlichen Ausdehnung des Handels und in jedem Zweige solcher Spezialitäten auf die Dauer, steht dahin. Und so wichtig es ist, es reicht nicht allein aus.

Durch technische Fortschritte, die durch die scharfe Konkurrenz befördert werden mögen, kann ein Land des Fabrikatenexports seine Lage wohl verbessern. Und erfreulicherweise ist ja ein Teil des neueren industriellen Aufschwungs in Deutschland, in der chemischen, der Eisen-, der Elektrizitätsindustrie u. s. w., darauf zurückzuführen. Aber wir haben weder ein Monopol für unsere Fortschritte, noch stehen uns die anderen west- und mitteleuropäischen Länder und Nordamerika dauernd in der Fähigkeit, technische Fortschritte zu machen, nach. Die Vermehrung, Verbesserung und Kostenreduktion der Fabrikate hat auch bei hohem technischen Fortschritt ihre Grenzen. Die internationale Konkurrenz drückt Preise und Gewinne. In seiner Gewinnsucht scheut sich das „vaterlandslose" Kapital aber auch nicht im mindesten, überall wo es lohnt, auch beliebig im Ausland, durch Gründung von Betrieben der heimischen Industrie Konkurrenz zu machen. Darauf hat namentlich Oldenberg mit Recht besonders hingewiesen. Wir werden es ja demnächst wohl wieder in China erleben. Dadurch wird unsere Lage noch ungünstiger.

Eben deswegen ruft alles: neue Absatzmärkte — in Asien, Afrika und wo sonst noch etwas zu erwarten ist. Gewiß die richtige Folge des Systems. Aber das führt dann zu jener rücksichtslosen Politik, zu Konflikten und Kämpfen, sei es mit den Staaten und Völkern der neu zu erschließenden Absatzgebiete, sei es mit den Konkurrenten um die wirtschaftliche Eroberung dieser Gebiete. Ein rücksichtsloses „Gehe Du da weg, ich will mich an Deinen Platz stellen", ist das Ergebnis, — mit allen seinen schweren und traurigen, ethischen, humanen und sozialen Folgen. Die südafrikanische Tragödie und die entsetzliche Kriegführung der „frommen" Briten gegen die Buren, worüber ganz Europa und Amerika außer sich ist, worin hat sie denn ihre letzte Ursache anders als in dieser Expansions- und Raubpolitik nach Gebieten hin, wo wirtschaftlich noch etwas zu holen ist, wenn hier auch die auri sacra fames noch besonders mitspielt?! Da rede man nur wenigstens nicht von „Christentum".

Indessen, mag man sich auch über das Alles selbst hinwegsetzen, — wenn diese „Absatzpolitik des Industriestaats" nur dauernd genügende Erfolge hätte! Das steht eben nach allem Gesagten dahin. Und wenn dann glücklich erst durch Übersiedelung europäisch-amerikanischen

Industrie- und Handels- und Bankkapitals in Ländern der Herkunft vieler Agrarprodukte und des bisherigen Absatzes unserer Fabrikate mit wohlfeilen Arbeitskräften industrielle Konkurrenzunternehmungen geschaffen, den Japanern, Indiern, Chinesen Werkzeuge, Maschinen, Techniker, Betriebsleiter, Werkmeister geliefert, Produktionsmethoden gelehrt, Eisenbahnen u. s. w. gebaut sein werden: was wird bei diesen Völkern die Folge sein? Daß sie unsere Fabrikate weniger brauchen, ihre Rohstoffe selbst im Lande verarbeiten, uns auf dritten Märkten, ja auf unserem eigenen heimischen Markt Konkurrenz machen — um so erfolgreicher, da sie mit viel billigeren Arbeitskräften produzieren. Davon zeigen sich schon manche Spuren, besonders in Japan, Indien (Baumwoll-Industrie). Wenn selbst diese asiatischen Kulturvölker an Initiative und geistiger Originalität, technischer Erfindungsgabe hinter der europäischen Rasse bedeutend zurückstehen, was man vielleicht zu unbedingt als bewiesen annimmt; wenn selbst ihre Arbeiter bei schlechterer Bezahlung, Ernährung und Lebensweise erheblich weniger leisten, als die unseren, und so nicht im Verhältnis ihrer niederen Löhne wohlfeiler arbeiten, und bei der angedeuteten Entwicklung bald ihr Lohnniveau wohl stark steigen würde: eine starke Überlegenheit gerade im Kostenpunkte der Produktion möchte ihnen gleichwohl bleiben, mindestens für lange. Das aber ist das Entscheidende! Und darin liegt die Grenze unserer „Industriestaats-Entwicklung“: wir müssen dann auch billiger verkaufen, d. h. auf der Basis niedrigerer Löhne und geringerer Gewinne.

Brentano kommt auf diese meine Bedenken in seiner zweiten Serie, besonders in seinem Artikel IV („Hilfe“ Nr. 26 und 27) auch zu sprechen, gesteht Einiges zu, aber bleibt im wesentlichen bei seiner optimistischen Auffassung. Wie „widerlegt“ er mich?! Ich hebe nur Einzelnes hervor und begleite es meinerseits mit einigen kritischen Glossen[1]).

In der Auffassung des großen und wichtigen Unterschieds zwischen der Agrarproduktion und der industriellen im allgemeinen stimmen wir ja überein: jene untersteht im ganzen dem „Gesetz des abnehmenden Ertrags“, der Kostenverteuerung bei zunehmender, durch den wachsenden Bedarf gebotener Beschaffung ihrer Produkte, diese, die industrielle Produktion, um-

[1]) Folgendes sind Zusätze zu der früheren Ausführung von mir, die im Vorangehenden wörtlich (nur schon mit einigen Zusätzen vermehrt) wiedergegeben wurde und gegen die sich Brentano gewandt hatte. Auch hierfür, ferner für die oben berührte Frage der weiteren Entwicklungsfähigkeit unserer agrarischen Produktion und manches Andere, das ich nur kürzer berühre, sei auf den neuen Aufsatz von Dr. Ballod über das Industriestaatproblem in der „Täglichen Rundschau“ verwiesen.

gekehrt dem „Gesetz des zunehmenden Ertrags“, der Kostenverbilligung in diesem Falle. Aber wir ziehen verschiedene Konsequenzen hieraus und ich lege namentlich auf diese Seite des Kostenpunkts, so wichtig sie ist, nicht wie Brentano, das ausschließliche Gewicht. Ich frage mich vielmehr: welches sind die Folgen der immer stärkeren industriellen Entwicklung und sehe diese Folgen anders, namentlich vielfach ungünstiger als Brentano an. Und ich frage mich, welches sind die Bedingungen, unter denen die industrielle Entwicklung für den Absatz ihrer vermehrten Produkte steht, und halte diese für viel weniger gesichert, als mein Gegner annimmt.

Er glaubt im Welthandel alle Bedenken durch den alten Einwand, daß die Abhängigkeit in diesem zwischen den verschiedenen Ländern eine gegenseitige sei, zu widerlegen. In gewissem Umfang besteht diese, aber dem Maße nach ist sie verschieden. Wir sind im Bezug von fremden Nahrungsmitteln, die wir eventuell nicht entbehren können, die stärker Abhängigen, unsere Abnehmer von Industrieprodukten sind nicht so abhängig überhaupt und in geringerem Grade abhängig, weil sie teils auch selbst diese Produkte herstellen können, teils sie auch von unseren Konkurrenten im Absatz zu beziehen vermögen. Brentano beruft sich hier auf die Möglichkeit und eventuelle Notwendigkeit, daß nach Änderung der Bedarfs- und Absatzverhältnisse eben eine Verschiebung innerhalb unserer industriellen Produktion eintreten und letztere dafür eben nur beweglich genug bleiben müsse, damit die Bedenken verschwinden. Ich halte das wiederum für bei weitem nicht so leicht und, soweit es geschieht, für nicht so erfolgreich und dauernd in seinem Erfolg, als er annimmt. Stärker in seinen speziellen Forçen („Virtuositäten“) in seiner Industrie zu werden, ist gewiß hier die richtige Aufgabe für jedes Land, aber wir stehen auch hier mitten in der Konkurrenz, haben höchstens in Einzelheiten, die nicht den Ausschlag geben, und auch hier meistens nur zeitweise, eine Überlegenheit. Der Einwand von Torrens und Ricardo, daß jedes Land ein Interesse habe, sich gerade auf diejenigen Zweige zu werfen, in denen seine Überlegenheit am größten sei, wo dann immer noch internationaler Austausch von Produkten dieser Zweige mit anderen Produkten, in denen die Überlegenheit des Landes geringer sei, vorteilhaft bleibe, ist doch wenig mehr als eine dialektische Spitzfindigkeit. Er enthält ein Korn Wahrheit, aber das quantitative Moment, wie weit praktisch sich ein derartiger Austausch hiernach erhalten werde, wird, wie gewöhnlich bei dieser Methode, nicht berücksichtigt. Hier hat gerade die historische Richtung in der Nationalökonomie ihre methodischen Bedenken gegen diese Gedankenspiele der älteren Schule richtig geltend gemacht.

Wenn Brentano bei dieser Gelegenheit der „Mittelstandspolitik“ einen Hieb versetzt, die auf Erhaltung „absterbender Produktionsverhältnisse“ und Hinderung des Übergangs zu „modernen“ hinausgehe, so kann ich nur bemerken, daß auch hier wieder immer bloß die eine Seite der Frage, die etwaige Kostenenermäßigung im Großbetriebe, nicht die andere, die eigentlich soziale Seite gewürdigt wird, welche Folgen für die beschäftigten Personen der Großbetrieb habe. In der Ansicht von dem neuen Mittelstand, der in den Beamten und höheren Arbeiterkategorieen u. s. w. des Großbetriebs hervortrete, weiche ich freilich auch von Brentano und Anderen ab. Ich kann in solchen, von einzelnen großkapitalistischen Unternehmern oder Gewerbsgesellschaften abhängigen Leuten, wenn sie auch höheres Einkommen beziehen, die wirtschaftlichen Merkmale eines wahren Mittelstands kaum, die sozialen, politischen fast gar nicht finden.

Brentano hat aber auch noch einen anderen Einwand, um meine dargelegten Bedenken hinsichtlich der steten Weiterentwickelung der Industrie- und Absatzmöglichkeit ihrer Erzeugnisse im In- und Ausland zu widerlegen. Dieser Einwand ist nun, einmal von meinem Standpunkte aus betrachtet, eines seiner schwächsten Gegenargumente und fast möchte ich ihm da auch etwas spöttisch erwidern: risum teneatis amici! Er beruft sich nicht nur darauf, daß die industrielle Produktion dem Bedarf an Produkten selbst innerhalb der civilisierten Länder schwer folgen könne, sondern auch darauf, daß der Bedarf dieser Länder „nur ein vergleichsweise minimaler im Vergleich zum Zukunftsbedarf sei, wenn einmal der Rest der heute noch uncivilisierten Welt civilisiert sein wird“. Ja, „wenn“, lieber Freund! „Wenn“ die Afrikaner einmal europäisiert sein werden! Wenn die Asiaten es sein und dann nicht selbst etwa imstande sein werden, was sie von Industrieprodukten brauchen, größtenteils selbst sich zu produzieren! Wie heißt es doch: „Der Mann, der das Wenn und das Aber erdacht“ u. s. w. Auch innerhalb der civilisierten Welt sehen wir mindestens keine stetige Entwicklung des Bedarfs an allen Arten wichtiger Industrieprodukte; Brentano's Beispiel des steigenden Eisenbedarfs beweist nicht so viel, wie er daraus ableitet. Nur im Vorbeigehen sei erwähnt, wie im Konkurrenzsystem, trotz aller Kartellwirtschaft mit ihrer „geregelten“ Produktion und — ihren neuen Ausbeutungsmonopolen, ohnehin die Produktion zeitlich schwankt und oft genug, wie gerade gegenwärtig wieder (Elektrizitätsindustrie!) diese Produktion nicht sowohl schwer dem Bedarf folgt, sondern umgekehrt — keinen Bedarf oder keinen lohnend zu deckenden findet.

Aber, nun gar: der „Zukunftsbedarf der heute noch uncivilisierten Länder“!! Ja, daß die heutigen Industrie- und Fabrikatenexport-

länder nur einen kleinen Teil der Menschheit, die „uncivilisierten" den größeren umfassen, wenn man die drei großen asiatischen Kulturnationen einfach zu diesen rechnet, ist freilich wahr. Brentano stellt die einen mit 220 den anderen mit etwa 1200 Millionen gegenüber. Auch diese Zahlen wären immerhin schon zu korrigieren, denn Länder wie Österreich, Italien, Schweiz, wenigstens in Teilen auch Schweden, Skandinavien, Rußland kann man nicht einfach zu denen der großen zweiten Gruppe rechnen. So kommen zu den 220 doch wohl 100—200 Millionen noch hinzu, von den 1200 gehen sie ab. Aber nun die übrigen, also namentlich Mittel- und Südamerika, Südafrika, Australien, Asien, das übrige Afrika!

In den vier ersten Gebieten — entwickelt sich zum Teil schon jetzt und wird sich sicher in nicht ferner Zeit eine eigene nationale moderne Industrie entwickeln. Wie lange wird es dauern, daß Australien ein neues Nordamerika auch in dieser Hinsicht, wenn auch in kleinerem Maßstabe, geworden sein, z. B. seine Schafwolle zum Teil selbst verarbeiten wird? Auch in diesen Ländern wird das europäische Kapital, wie in den asiatischen, der treibende Faktor, mindestens der Handlanger sein, der die industrielle Entwicklung in seiner Profitsucht herbeiführt und begünstigt, — wie in Rußland, Ungarn u. s. w.! In Asien, in Indien, China, Japan sehen wir schon viel versprechende Anfänge und gerade hier bleiben die oben schon von mir hervorgehobenen Momente, welche die Konkurrenzfähigkeit der Völker dieser Länder betreffen, durchaus aufrecht zu halten. Auch Brentano hat nichts Wesentliches dagegen vorzubringen. Bleiben — die Afrikaner, wo in Kolonien mit europäischer Bevölkerung, wie in Südafrika, auch in den Küstengebieten am Mittelmeer die Entwicklung schwerlich eine ganz andere sein wird. Den Rest bilden die eigentlich mittelafrikanischen — Negervölker und tutti quanti und etwa die Südseeinsulaner. Die werden ja wohl nicht so leicht und jedenfalls nicht so bald selber moderne Industrie treiben, aber werden sie für den Bedarf der europäisch-amerikanischen Industrie einen hinlänglich großen lohnenden Absatz bieten?

Schon nach den bisherigen Erfahrungen möchte hier feststehen, daß man seit der Eroberung Indiens durch die Europäer, seit der Erschließung Chinas und Japans für den Welthandel, seit der Eröffnung größerer Handelswege nach und in Afrika für den Handel der civilisierten Länder die Aufnahmefähigkeit und den Bedarf dieser Gebiete an europäischen Fabrikaten gewaltig überschätzt hat. Der Handel Europas mit diesen Ländern und vollends der Ausfuhrhandel dahin hat sich gar nicht so überaus bedeutend entwickelt, sobald man die absoluten Wertzahlen berücksichtigt. Woher käme denn sonst immer noch die so stark passive Handelsbilanz Europas, Groß-

britanniens selbst mit Britisch-Indien? Und schon führt letzteres nicht gar viel weniger an Baumwollgarn und -Waren als an Rohbaumwolle selbst aus (1898—99 zusammen 78 Millionen Rupieen gegen 112), wenn auch freilich noch die Einfuhr an Baumwollwaren eine sehr große ist, 247 Millionen R. Auch die Einfuhr nach China, wenngleich der Ausfuhr überlegen, hat sich nicht eben glänzend entwickelt, wobei daran zu erinnern ist, daß Europa einen Teil seiner Bezüge aus China mit — Opium aus Britisch-Indien bezahlt. England kommt für den Handel mit China nicht mehr allein in Betracht, den Hauptteil davon hat es aber immer noch. Rechnet man selbst den ganzen Einfuhrwert nach Hongkong allein für nach China gehend an, was nicht richtig ist, so hat sich seit dem Aufschluß Chinas, also seit ca. 60 Jahren, der britische Einfuhrhandel dahin wirklich nicht eben sehr stark entwickelt, auch nicht im letzten Menschenalter. Ich beschränke mich auf Angabe von ein paar Zahlen, die ja leicht aus der britischen Handelsstatistik vermehrt werden könnten. Z. B. der Wert der britischen Ausfuhr von britischen Produkten, der besonders für unsere Frage in Betracht kommende Handel, nach Hongkong und China und, um das hier sogar mit einzurechnen, nach den sogen. Straits settlements, ein sich von da aus verstreuenden Handel, war anfangs der 1870er Jahre durchschnittlich (1871, 1872 Jahre starken Exports) 12 Millionen Pf. Sterl. Er ging schon 1873 stark herab und blieb auf geringerer Höhe jahrelang, so daß die eben erwähnten Zahlen lange nicht mehr erreicht wurden, wenn auch Auf- und Niedergehen wechselte. In den günstigen Jahren 1885 und 1886 war der Gesamtbetrag der britischen Ausfuhr durchschnittlich 10,5 Millionen Pf. Sterl., 1898 und 1899 durchschnittlich 12,1 Millionen Pf. Sterl., also nicht höher als fast 30 Jahre früher! In den Zwischenjahren war er sonst immer erheblich niedriger. Selbst nach Britisch-Indien ist seit ca. 30 Jahren nur anfangs noch ein stärkeres Wachsen des britischen Exports an heimischen Produkten, hinterher beinahe durchaus, mit Schwankungen, seit langen Jahren eine Stabilität eingetreten. 1871—72 durchschnittlich noch 18,25 Millionen Pf. Sterl., stieg dieser Export mit Schwankungen auf 31,2 Millionen in 1883 und 1884. Höhere, aber nur wenig höhere Ziffern sind seitdem nur ausnahmsweise erreicht, z. B. 1890 mit 33,6, meistens und auch seit 1890 niedrigere, 1898 und 1899 30,5 Millionen Pf. Sterl. Natürlich hat mancherlei hier eingewirkt, so die finanzielle Tributpflichtigkeit Indiens zu England, wie sie in den Schatzwechseln von London auf Indien hervortritt; ich unterschätze, im Gegensatz zu Anderen, auch nicht das Mitspielen der niedrigen Silberwährung bei dieser Stagnation des Einfuhrhandels. Aber vor Illusionen wird man sich hüten. Und wenn man auch die allgemeine britische Ausfuhr

seit der Mitte des 19. Jahrhunderts und dem Beginn der 1870er Jahre in ihre Bestandteile zerlegt, wird man wahrnehmen, wie sehr sie sich auch manchfach in den Kategorieen der Artikel verändert hat: Stabilität und selbst Rückgang in Halbfabrikaten und Fabrikaten zum unmittelbaren Gebrauch (Textilzweige), Steigerung in Maschinen, Werkzeugen u. s. w., d. h. eben zum erheblichen Teil in solchen Artikeln, durch deren Ausfuhr aus England (und überhaupt aus Europa) und Einfuhr in andere Länder deren Konkurrenzfähigkeit auf industriellem Gebiet mit Old-England und Old-Europa gesteigert wird, der „Todtengräberdienst" des europäischen Kapitals, wie wir es oben mit Oldenberg's treffendem Ausdruck schon einmal genannt haben.

Doch genug, ich könnte noch mit vielen weiteren „Materialien" dienen, um meine mehr pessimistische gegen Brentano's mehr optimistische Auffassung über die Deckung des „Zukunftsbedarfs" der Menschheit an Industrieprodukten durch die Industrie der alten europäischen Hauptländer zu belegen, wenn meine Gedankengänge das noch besonders bedürfen sollten. Es mag am Gesagten diesmal genügen. Auch über die günstigen Folgen des nunmehrigen weiteren Aufschlusses von China für den europäischen Einfuhrhandel dahin mache ich mir keine solche Illusionen, wie viele Andere. Das Hauptergebnis wird — eine Stärkung der chinesischen industriellen Konkurrenzfähigkeit sein. Warten wir's ab und sprechen uns dann wieder.

Auf Brentano's Appell an meine nationale und patriotische Gesinnung, auf den von ihm behaupteten Widerspruch solcher Gesinnung, meines begeisterten Eintretens für die starke deutsche Flotte mit dieser meiner Skepsis an der Zukunft des „Industriestaats" und gar mit meiner von Brentano mir imputierten Politik der „Verelendung der heimischen Arbeiterbevölkerung, bloß um den grundbesitzenden Klassen ihre bisherige soziale und politische Stellung zu bewahren"(!!!), — Ausführungen, auf welche Brentano hier im Zusammenhang mit den zuletzt erörterten Punkten kommt, will ich nicht hier, sondern im folgenden Schlußabschnitt antworten. Hier vorläufig nur die Bemerkung, daß ich gerade um die unvermeidliche „Verelendung" der Arbeiter in Zukunft eher zu verhüten, — eine Wirtschaftspolitik vertrete, welche nicht nur an das Heute, sondern auch an die Zukunft, und nicht nur an eine ganz ferne, sondern an eine schon deutlich erkennbare Zukunft denkt, was mir dann meinetwegen von Brentano wieder den Vorwurf einträgt, wie die „kluge Else" zu handeln.

Doch kehren wir zu unseren oben (S. 72ff.) dargelegten Bedenken allgemeiner Art betreffs der Politik des Industriestaats noch einen Augenblick zurück.

Nimmt man nämlich als Begleiterscheinungen und Folgen noch hinzu, daß dieses Industriestaatssystem unsere Bevölkerung immer mehr in die Städte, in die Industrie, vom Lande und Ackerbau forttreibt, ländlichen Arbeitermangel zum Notstand macht, die wirtschaftlichen und sozialen Gegensätze zwischen Besitz und Arbeit, Unternehmer und Arbeiter, Reich und Arm immer mehr steigert, jedenfalls, selbst bei vielfach zuzugebender Hebung der ökonomischen Lage der unteren Klassen, diese Unterschiede der Lage bei diesen Klassen empfindlicher fühlbar macht und die soziale Unzufriedenheit vermehrt — ja, wo bleiben dann die besonderen Vorteile dieses Systems?

Doch, ich muß verzichten, das Alles, so leicht es wäre, weiter auszuführen. Ich muß vieles Andere, was zu der Frage von „Agrarstaat und Industriestaat" gehört, in diesen Ausführungen übergehen — lediglich aus äußeren Gründen, wahrlich nicht, weil ich darüber nichts zu sagen hätte und die gegnerischen Ansichten nicht zu widerlegen wären.

Ich kann nur schließen: aus dem Gesichtspunkt des dauernden nationalen Gesamtinteresses und unserer ganzen deutschen Volkswirtschaft ist das einseitige, alles überwuchernde moderne Industriesystem ungünstig zu beurteilen. Es gilt daher m. E. eine solche Wirtschaftspolitik, auch eine solche auswärtige Handelspolitik besonders in Bezug auf Agrarprodukte — bei aller Anerkennung der Notwendigkeit unserer starken Teilnahme am Welthandel, die auch ohne Freihandel in Agrarprodukten uns durchaus nicht fehlen wird — zu empfehlen und zu fordern, welche uns eine richtige „Mischung" der beiden Elemente, des agrarstaatlichen und des industriestaatlichen, sichert. Dazu gehören, auch im wahren dauernden Arbeiterinteresse, agrarische Schutzzölle, nicht maßlose, aber in ausreichender, d. h. die gegenwärtigen Vertragszölle erheblich übersteigender Höhe. Handelsverträge bleiben daneben gewiß erwünscht, selbst geboten. Sie werden aber zumal mit Rußland, das schon um seinen Roggen abzusetzen viel gebundener ist uns, als wir ihm gegenüber, auch bei fester deutscher Politik in diesen Dingen nicht unmöglich sein und sich mit Vorteilen für unsere Industrie abschließen lassen. Nur muß man dann sich nicht gleich bange machen lassen und das Hasenpanier ergreifen, wie in dem oben angeführten neuesten Beispiel Rußland gegenüber. Die für die ganze Nation wichtigeren agrarischen Interessen dürfen dabei aber nicht preisgegeben werden.

Im Moment, wo diese im Mai d. J. geschriebenen Worte neu gedruckt werden, ist der neue Zolltarifgesetzentwurf veröffentlicht worden. Er entspricht im Ganzen wohl der Auffassung, die ich hier im Vorausgehenden vertreten, den Forderungen, die ich in dieser Schrift

zu rechtfertigen gesucht habe, namentlich in Betreff der Erhöhung der agrarischen Schutzzölle, besonders derjenigen für Getreide. Es ist höchst erfreulich, daß man hier wenigstens erheblich höhere Minimalzölle für Getreide, als die bisherigen Vertragssätze, unbedingt festhalten will, 5 Mk. für Roggen, 5½ Mk. für Weizen und Spelz, 3 für Gerste, 5 für Hafer, Sätze, welche gewiß nicht zu hoch sind; daß man auch die Viehzölle angemessen erhöhen will. Über Einzelnes, z. B. das Maß der Erhöhung des Maiszolls, wird sich reden lassen, ich möchte auch diese Erhöhung gleichwohl billigen. Eher sind vielleicht Zweifel berechtigt, ob unsere ganze Industrie alle die Veränderungen und Erhöhungen des Tarifentwurfs noch bedarf. In der gegenwärtigen Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft ist die „Erhaltungspolitik" agrarischer Schutzzölle in viel stärkerem Maße geboten und berechtigter, als die „Erziehungspolitik" industrieller Schutzzölle, allenfalls mit Ausnahme des Kunstgewerbes, wie G. v. Mayr trefflich ausführt[1]). Denn im Großen und Ganzen bedarf unsere Industrie einer solchen „Erziehung" kaum mehr, während wenigstens einstweilen eine schutzzöllnerische „Erhaltungspolitik" für sie noch nicht so in Frage kommt. Als Verhandlungsbasis für Handelsverträge eignet sich der Tarifentwurf aber auch für die Industriezölle vorzüglich. Möchte nur die Regierung gegenüber der sofort wieder eingetretenen einheimischen wüsten Agitation und jämmerlichen Angstmeierei vor dem Ausland und gegenüber letzterem fest bleiben. Der Reichstag wird sich schon bereitwillig zeigen. Und das Geschrei wird verstummen, wie nach 1879 und wie nach allen den großen Wandlungen (1834! 1862! 1866!), welche bei uns eine feste Regierung fast noch jedesmal gegen die irre geleitete öffentliche Meinung erzwingen mußte, — zum Segen des deutschen Volkes.

VII.

Schlußwort über Brentano's Aufsätze in der „Hilfe" „Adolph Wagner über Agrarstaat und Industriestaat".

Im Vorausgehenden habe ich in meinen Zusätzen zu meinen ursprünglichen Artikeln in der „Tägl. Rundsch." mancherlei einzelne Einwendungen von Brentano in seiner zweiten Artikelserie in der „Hilfe" berücksichtigt. Über ein paar Punkte, welche Allgemeineres und besonders seine Darstellung

---

[1]) S. dessen Aufsatz „Kunstgewerbe und Zollpolitik" in der „Allg. Ztg.", Beilage vom 29. Juli 1901 (auch selbständig erschienen).

meines Eintretens, wie er meint, aus speziell bevölkerungspolitischen Gründen zu Gunsten des Agrarschutzes und der Agrarzölle betreffen, will ich mir zum Schluß noch einige Bemerkungen erlauben.

Gleich in seinem ersten Artikel („Hilfe" Nr. 23) sagt Brentano, zwischen seiner und meiner Behandlung der Streitfrage bestehe eine Grundverschiedenheit, die die Verständigung erschwere. Ich hätte ein „absolutes Ideal vor Augen", und „zögerte nicht, den Zuständen, wie sie geworden sind und trotz aller Hindernisse, die ihnen entgegengestellt werden mögen, notwendig fortschreiten werden, Gewalt anzuthun, um die Wirklichkeit entsprechend meinem Ideal zu gestalten". Für ihn dagegen „gebe es keine absoluten volkswirtschaftlichen Ideale, ihm sei die ideale Wirtschaftsorganisation die, welche den concreten Verhältnissen eines Volkes jeweilig möglichst vollkommen entspreche. Eine gewaltsame Störung dieser Organisation, um irgend ein Ideal, gleichviel ob es der Vergangenheit und dem Vergehenden entnommen oder . . . für die Zukunft konstruiert sei, zu verwirklichen, halte er für verwerflich" u. s. w.

Ich wiederhole (o. S. 11, 12), daß es mir gar nicht einfällt, ein absolutes Ideal aufzustellen, z. B. den „reinen" Agrarstaat, und diesem nachzujagen. Ich prüfe vielmehr nur das Ergebnis einer Entwicklung, wie wir sie jetzt im „industriestaatlichen" System vor uns sehen, und beurteile es von den verschiedenen für ein Urteil in Betracht kommenden Gesichtspunkten aus. Das thut Brentano ebenso, wenn auch unsere Urteile voneinander abweichen. Darin liegt also keine Grundverschiedenheit unserer Behandlungsweise.

Aber allerdings weichen wir darin voneinander ab, daß er alles, was sich in großenteils freiem Verkehr vollzieht und in vollem freien Verkehr noch vollständiger und noch rascher vollziehen würde, für das durchaus Notwendige und Richtige ansieht und demgemäß jede legislative und administrative Maßregel, welche den Dingen eine andere Richtung ihres Verlaufs, ihrer Entwicklung geben will, prinzipiell verwirft, als unzulässige und zudem auch noch als unwirksame „gewaltsame Störung" ansieht. So in dem jetzigen Fall ist ihm die freie Entwicklung der Volkswirtschaft in industriestaatlicher Richtung das allein Richtige, das naturgemäß Gebotene, jede Schutzmaßregel für die Landwirtschaft, jeder Schutzzoll für deren Produkte, etwas „Gewaltsames", Störendes, Schädliches, Verwerfliches, Verfehltes.

Das ist aber wissenschaftlich und methodisch betrachtet, nichts Anderes als die — Rückkehr zum leitenden Hauptgrundsatz der Wirtschaftspolitik des „ökonomischen Individualismus und Liberalismus",

des Smithianismus nicht nur, sondern des extremen Epigonentums des letzteren, wie im britischen und continentalen Manchestertum, im Bastiatismus, in der „deutschen Freihandelsschule". Von dieser Seite wird — dem einstigen Gegner Brentano denn auch Lorbeer gestreut, man betrachtet ihn da nach jugendlichen Irrwegen als den „endlich wieder vernünftig gewordenen", reumütig zurückkehrenden. Ich frage dabei nur: wozu dann der ganze einstige große Lärm, mit dem der „Kathedersozialismus" in seinen jungen Jahren, und als einer der damals jüngsten und lautesten — Lujo Brentano dabei den Manchesterstandpunkt so eifrig bekämpft hat.[1]) Ich finde in dieser neuen Erfahrung mit Brentano freilich meine alte Ansicht über seinen eigentlichen wirtschaftspolitischen Standpunkt nur bestätigt, mache ihm daher auch keineswegs einen Vorwurf der „Schwenkung" jetzt, daß er nämlich im Grunde durchaus der älteren Konkurrenztheorie anhängt und auch in den Arbeiterfragen, von den Verhältnissen des Arbeiterschutzes, wie ich zugebe, abgesehen, eigentlich nur mit dem Unterschiede, daß er die Individualkonkurrenz durch die Vereins- oder Verbandskonkurrenz ersetzt.

Dieser Standpunkt Brentano's ist die folgerichtige Konsequenz der Auffassung der Volkswirtschaft als eines Naturphänomens im eigentlichen Sinne, der volkswirtschaftlichen Entwicklung als eines rein natürlichen Vorgangs. Diese Auffassung teile ich eben nicht in diesem Maße wie er und sehe in ihr — einen Rückfall in den Grundfehler der auf dem alten naturrechtlichen Boden stehenden liberalen Nationalökonomie des 18. Jahrhunderts. Von diesem Grundfehler hat sich die deutsche wissenschaftliche Nationalökonomie, die historische Richtung, aber nicht minder fast alle übrigen Richtungen im 19. Jahrhundert los zu machen gesucht. Brentano knüpft an ihn wieder an. Ich mache ihm daraus, wie gesagt, keinen Vorwurf, ich konstatiere nur die Thatsache. Dies erklärt aber unsere Verschiedenheit der Auffassung und der Standpunkte wie in anderen, so auch in dieser uns hier beschäftigenden Frage.

Ich verwerfe gar nicht den Gedanken, welcher wie der älteren Nationalökonomie auch wieder Brentano und in anderer, doch verwandter Weise

---

[1]) Es ist daher auch äußerlich förmlich amüsant, daß Brentano nunmehr ein beliebter Redner in der Berliner volkswirtschaftlichen Gesellschaft geworden und seine Arbeiten, wie noch jüngst sein Münchener Vortrag, in der Sammlung der „Zeitfragen" dieser Gesellschaft erscheinen. Die Epigonen von Prince-Smith, Faucher, K. Braun, L. Bamberger triumphieren und denken „Na, wartet nur, Ihr Kathedersozialisten werdet alle noch einmal wieder vernünftig, schwört Eure Jugendsünden ab und bekehrt Euch zur Orthodoxie des laisser faire"! Es ist eben auch hier im Himmelreich „St. Manchesters" mehr Freude über einen bekehrten Sünder als über tausend Gerechte.

der sozialistischen Doktrin hier zu Grunde liegt, den Gedanken der „natürlichen Evolution“ der Volkswirtschaft. Aber ich bestreite, daß alles, was sich unter einer Rechtsordnung der absoluten Freiheit des Verkehrs auf der Grundlage unserer Privateigentumsordnung vollzieht, nur allein das „Naturgemäße“ und zwar stets das — allein Erreichbare und wenigstens relativ — Beste sei. Ich halte daran fest, daß man es gerade im Wirtschaftsleben stets auch mit Ergebnissen bewußter menschlicher Willensakte, Handlungen, Unterlassungen zu thun habe; daß die concreten wirtschaftlichen Verhältnisse eines Volks stets mit ein Ergebnis dieser Willensakte u. s. w. seien; daß hier freilich für das, was Menschen thun und erreichen können, nach Maßgabe der menschlich physisch-psychischen, wenig veränderungsfähigen Organisation und der Gebundenheit durch die äußere Natur, kein völlig freier Spielraum bestehe, verwerfe demgemäß die sozialistischen Gedanken wirtschaftlicher Organisation als unausführbar, weil der menschlichen Natur, als einer im Kern gegebenen und festen, widersprechend, aber ich nehme auch nicht eine so völlige Naturgebundenheit des Wirtschaftslebens, seiner Organisation und Entwicklung an, wie sie, mag er es zugeben oder nicht, Brentano's Auffassung zu Grunde liegt.

Deshalb wage ich es auch, nicht, wie Brentano mir vorwirft, absolute, wohl aber relative Ideale auch für die Gestaltung des Wirtschaftslebens und der ganzen Volkswirtschaft, demnach auch Zielpunkte für die Annäherung an solche relative Ideale und Wegweiser zu diesen Zielpunkten hin aufzustellen, sowie Mittel anzugeben, sich diesen Zielpunkten zu nähern, wie allgemein und in anderen Spezialfällen, so auch in der Frage des Agrar- und Industriestaats.

Ich falle dabei gegenüber den „reinen Evolutionisten“, zu denen ich Brentano zähle, aber m. E. nicht in den entgegengesetzten Fehler, in undurchführbarer und sonst unzulässiger Weise den Dingen Gewalt anzuthun, indem ich in der durchaus maßvollen Art, wie ich es in dieser Schrift näher dargelegt habe, dafür eintrete, daß durch richtigen, ausreichenden Agrarschutz, auch durch agrarische und selbst Kornzölle, ein richtiges Maß der „Mischung“ zwischen agrarstaatlicher und industriestaatlicher Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft zu erhalten gesucht wird. Ich berufe mich dafür auf die dargelegten, m. E. überzeugenden Gründe, warum bei uns das „agrarstaatliche“ Element in der von mir nicht bestrittenen notwendigen „Mischung“ beider stärker und zwar im volkswirtschaftlichen, nationalen, sozialen Interesse der Gesamtheit stärker erhalten werden muß, als wenn nach dem Grundsatz des reinen laisser faire et passer die Entwicklung vor sich ginge und daher

jene Mischung sich bei Freihandelsprinzipien im auswärtigen Verkehr mit Agrarprodukten zu sehr zum Nachteil des agrarstaatlichen Elements vollzöge.[1])

Wie ich ihm schon oben (S. 7) vorgeworfen, macht sich aber Brentano seine Kritik und Polemik zu leicht, weil er meine Auffassungen und Forderungen übertreibt und so sich einen Popanz schafft, gegen den er kämpft. In jeder Kleinigkeit tritt das hervor, in Allem zusammen vollends. Nur ein Beispiel in ersterer Hinsicht. Gleich in seinem 1. Artikel sagt er von mir: „Der Satz, hat der Bauer 's Geld, hat's alle Welt, scheint ihm das absolute, ewige Ideal". Was sage ich?: „Das alte Wort hat heute nicht mehr die gleiche Bedeutung, wie ehedem, aber eine große Bedeutung immer noch." Ich will aber sonst nur noch einige charakteristische Stellen von Brentano anführen, um zu zeigen, was er aus meinen Auffassungen und Forderungen, wie ich sie oben dargelegt habe, in wichtigen Fragen gemacht hat. Diese Stellen sind m. E. so schroff und übertreibend, daß es genügt, sie zu zitieren, selbst ohne ein Wort der Antikritik, weil sie sich selbst richten und zeigen, wohin Voreingenommenheit und Parteileidenschaft und — ein lebhaftes Temparement (für das ich wahrlich Verständnis habe!) führen können.

Im Artikel 3 (Hilfe Nr. 25) heißt es z. B., ich stellte eine solche Steigerung der Brotpreise und der Ausgaben einer Arbeiterfamilie in Aussicht, daß schließlich „Malthus recht behält". „Der einzige Unterschied zwischen seiner (d. h. meiner) Auffassung und der seiner Gegner ist der, daß er in der so hervorgerufenen Verelendung der großen Masse der deutschen Bevölkerung eine dem Gott der Landwirtschaft zu bringende Hekatombe erblickt, während seine Gegner sich voll Empörung dagegen auflehnen." Damit vergleiche man meine Ausführungen über Bevölkerung oben und über das Interesse gerade der Arbeiter an Erstarkung der Leistungsfähigkeit, damit der Kauffähigkeit der Landwirtschaft!

An einer anderen Stelle am Schlusse dieses Artikels heißt es: „es ist eine destruktive Haß- und Neidpolitik, selbst auf Kosten der Wehrfähigkeit des Reichs (!), die Wagner vertritt." Hier und mehrfach werde ich beschuldigt, die Interessen der Reichs- und Staatsfinanzen, der politischen

---

[1]) Ich beschränke mich auf das Gesagte. Die ganze Kontroverse hängt mit den großen methodologischen Streitfragen der Wissenschaft und mit Punkten der Psychologie zusammen, die hier weiter zu erörtern nicht der Platz ist. In der 3. Auflage meiner „Grundlegung", bes. im 1. Buche in Band I, in Auseinandersetzungen mit dem Sozialismus hier, auch z. B. in dem Aufsatze in der „Kosmopolis" 1898 „zur Kritik des sozialistischen Zukunftsstaats" (gegen Liebknecht) habe ich meinen oben dargelegten Standpunkt näher entwickelt und begründet.

Macht des Reichs und ihrer Grundlagen zu vernachlässigen oder gar zu schädigen. Bisher ist mir wohl öfters von Gegnern der Vorwurf gemacht worden, die deutschen Machtinteressen, die Pflege der Finanzen, die Entwicklung und Ausnutzung der Steuerkraft übermäßig zu betonen und an die Besteuerung viel zu weitgehende Ansprüche, besonders in der Richtung einer „sozialen Steuerpolitik“ zu stellen, — jetzt wird mir das Gegenteil vorgeworfen. Dagegen brauche ich mich, glaube ich, nicht besonders zu verwahren. Nebenbei bemerkt, auch gegenüber anderweiter Polemik der „Hilfe“: ich habe stets gewiße wesentliche Mängel und Bedenken der indirekten Verbrauchsbesteuerung anerkannt und thue es heute wie jemals und dennoch halte ich diese Besteuerung für unentbehrlich, für weiterer Entwicklung bedürftig, nehme ich auch den Kornzoll trotz seiner „Lebensmittel verteuernden“ Wirkung in Schutz, weil es eben andere noch wichtigere Gründe für diese Steuern und selbst für diesen Zoll giebt und die Bedenken gegen diese Abgaben in der oben S. 26 dargelegten Weise, wenn auch nicht ganz beseitigt, so doch sehr eingeschränkt werden können.

Aber es kommt bei Brentano noch besser. Ich verweise oben (S. 77) auf die Bedenken der rücksichtslosen Politik der Absatzausdehnung für Industrieprodukte auf fremden Märkten. Brentano konstruiert auch daraus einen Widerspruch mit meiner sonstigen Vertretung der deutschen Machtpolitik, der Flottenvergrößerung. Soll ich deswegen den Mißbrauch der Macht verlangen oder auch nur in Schutz nehmen?!

Weiter sagt er, ich „schreckte in meiner Argumentation nicht zurück vor den schwersten und traurigsten ethischen, humanen und sozialen Folgen der Verelendung der heimischen Arbeiterbevölkerung, bloß um den grundbesitzenden Klassen ihre bisherige soziale und politische Stellung im Staate zu bewahren.“ Die Widersprüche seien zu groß, als daß er diese Ausführungen Wagners als für dessen wohl überlegter innerster Meinung entsprechend nehmen könnte. Es seien nur Argumente des Augenblicks („Hilfe“ Nr. 27). Nach meiner Festhaltung aller dieser Punkte im Obigen, in den Zusätzen zu den früheren Artikeln in dieser Schrift, aber auch in vollster Übereinstimmung mit lang gehegten, immer wieder überprüften, seit Jahren öffentlich von mir vertretenen Auffassungen und Forderungen erkennt vielleicht Brentano jetzt selbst, daß er sich in dieser Annahme irrt. Objektivere und weniger leidenschaftliche Beurteiler meiner Ausführungen werden, glaube ich, kaum in diesen die behaupteten Widersprüche finden.

Aber die seltsamsten „Widerlegungen“ und die erregtesten Vorwürfe bringt Brentano erst in seinem Schlußartikel (Hilfe Nr. 28), die Vorwürfe

womöglich dann noch gepfefferter in seinem Artikel in den „Münch. Neuesten Nachrichten“ und gar in seiner Rede in der Münchener Versammlung der Nationalsozialen.

Weil unsere Erde nach Naturgesetzen einmal ihre Wärme verlieren und erstarren wird, jede Umsetzung von Arbeit in Wärme das beschleunigt, vergleicht er meine Befürchtungen hinsichtlich der Zukunft der deutschen Volkswirtschaft bei der Weiterentwicklung zum Industriestaat mit denen eines Naturforschers, der, „um den künftigen Weltuntergang zu verzögern“ (d. h. den rascheren Wärmeverlust zu verhüten), der Gegenwart den Stillstand empfehlen würde?! Haben wir es bei den von mir dargelegten Aussichten unserer Volkswirtschaft in einseitig industriestaatlicher Richtung mit astronomischen oder mit geologischen Zeitperioden zu thun?! Was sind das für Vergleiche, für Vorwürfe? Handelt man deswegen, wie die „kluge Else“ des Märchens, wenn man einmal schärfer die Kehrseite der industriestaatlichen Entwicklung in der Weise, wie ich es oben gethan, darlegt, doch wahrlich nicht übertreibend, nicht emphatisch und pathetisch, nicht phrasenhaft, sondern nüchtern und objektiv?!

Und hier schließt dann Brentano wieder mit schroffer Polemik gegen meine Auffassung der Kehrseiten auch der sehr raschen Volksvermehrung, aber auch freilich mit völlig unrichtiger Wiedergabe dessen, was ich sage und meine: meine neuerlichen (?) Auffassungen ließen keine andere Konsequenz zu, als daß ich auf Wiederbeseitigung der Verlängerung der Lebensdauer der deutschen Bevölkerung, dieses Triumphes neuerer ökonomischen und hygienischen Fortschritte, zusteuerte, indem ich durch Verteuerung der Lebensmittel eine Ermäßigung im Tempo der Bevölkerungszunahme herbeiführen wolle. „Wie muß es die arbeitenden Klassen für höhere Getreidezölle begeistern, wenn sie hören, daß sie so als Mittel dienen sollen, sie früher ins Grab zu bringen“, ruft er aus: „die Zukunft der deutschen Volkswirtschaft liegt (nach Wagner) in der Erzeugung landwirtschaftlicher Übermenschen (!), wenn auch durch vergrößerte Kindersterblichkeit und durch Beseitigung überflüssiger alter Leute auf dem Wege der Verelendung durch Brotverteuerung“. Freilich: „das eigene Gefühl Wagner's empört sich, sobald man seine Lehre in dieser Weise zum klaren Ausdruck (!!) bringt“.

Nein, antworte ich, nicht einmal über solche „Darstellungen“ (um es nicht anders zu nennen) meiner Lehre empöre ich mich, sie läßt mich kalt. Ich empöre mich sogar nicht über diese Vorwürfe, auch nicht, wenn man wie Brentano zum Schluß auch noch thut, die Manen Fichtes zitiert, um vor meiner „nationalen Verzagtheit“, meinem Mangel an Erkenntnis „der sittlichen Aufgaben der Bekämpfung der Selbstsucht und der Hingebung an

den Staat" zu warnen. Wer ein wenig meine öffentliche Thätigkeit, meine Lehrthätigkeit, meine wissenschaftlichen und publizistischen Schriften und Aufsätze und Zeitungsartikel kennt, und solcher Kenner sind doch nicht Wenige, die lächeln mit mir über solche Insinuationen.

Ich nehme sie Brentano auch nicht übel, sondern denke mir, — nicht splitterrichtend, vielmehr wohlbewußt an ähnlichem Fehler selbst zu leiden —, „wohin reißt Einen doch oft das Temperament!" Aber ich halte eine „Widerlegung" solcher Vorwürfe auch nicht weiter für nötig. Ohne es boshaft zu meinen, da ich weiß, daß Brentano mir doch im Ernst das Alles nicht vorwirft, sondern nur mich in einem falschen Wahne befangen und die Konsequenzen meiner Lehren nicht erkennend glaubt, sage ich nur: es genügt auch hier, wie bei einem Pasquill: „hängt es niedriger". Das ist mir gegenüber den Lesern dieser Schrift wie allen Anderen gegenüber eine ausreichende Genugthuung. Alles, was ich wirklich gesagt und „gelehrt" habe, wird von diesen Vorwürfen nicht getroffen noch widerlegt.